

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Werner Röder

Deutscher Widerstand  
im Ausland

Zur Geschichte des politischen Exils  
1933—1945

André Jardin

Zur 175. Wiederkehr  
des Geburtstages  
von Alexis de Tocqueville  
Tocqueville als Parlamentarier

Michael Hereth

Die Gleichheit als Gegner  
der Freiheit?

Hans Kremendahl

Zur Problematik  
eines Systemvergleichs

ISSN 0479-611 X

B 31/80

2. August 1980

Werner Röder, Dr. phil., geb. 1938 in Pilsen; Studium der Geschichte, Amerikanistik und Politikwissenschaft in Deutschland und den Vereinigten Staaten; Leiter des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Veröffentlichungen u. a.: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940—1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, 1968, 1973; Sonderfahndungsliste UdSSR, 1976; (Mitverf.) Einheit der Nation. Diskussion und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, 1978; (Mithg. und Mitverf.) Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Band I, 1980.

André Jardin, geb. 1912, studierte Jura und Geschichte, wurde zunächst Studienrat, erhielt dann Lehraufträge an der Sorbonne und in Vincennes.

Veröffentlichungen: Herausgeber von 7 Bänden der Werke Tocquevilles; gemeinsam mit G. W. Pierson Herausgeber der Lettres d'Amérique von Gustave de Beaumont; gemeinsam mit A. T. Tudesq Verfasser von La France des Notables (2 Bde.), Paris 1973; Verfasser diverser Arbeiten über Tocqueville; er arbeitet zur Zeit an einer Histoire de la pensée libérale et des mouvements libéraux en France aux XVIIIème et XIXème siècles.

Michael Hereth, Dr. phil., Dipl.-Volksw., geb. 1938; Studium der Volkswirtschaftslehre, Geschichte und Politik in München, Bonn und Erlangen; Tätigkeit in der Erwachsenenbildung; wiss. Assistent an der Ruhr-Universität Bochum; Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages (1970—1975); Ordentlicher Professor für politische Wissenschaft in Duisburg (1973—1976) und an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg (seit 1976).

Veröffentlichungen u. a.: Parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, München 1969; Die Reform des Deutschen Bundestages, Köln 1971; Freiheit, Politik und Ökonomie, München 1974; Der Fall Rudel oder die Hoffähigkeit der Nazi-Diktatur, Hamburg 1977; Alexis de Tocqueville. Die Gefährdung der Freiheit in der Demokratie, Stuttgart 1979; Aufsätze zum Bundestag, zur politischen Ökonomie und zur politischen Theorie.

Hans Kremendahl, Diplom-Politologe, Dr. rer. pol. habil., geb. 1948, Privatdozent am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Pluralismus in Deutschland. Entstehung, Kritik, Perspektiven, Leverkusen 1977; Sozialismus und Grundgesetz (hrsg. zus. mit Thomas Meyer), Kronberg 1974; Bundesrepublik Deutschland — Deutsche Demokratische Republik. Vergleich der politischen Systeme (zus. mit Klaus Böger), Stuttgart 1979.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Deutscher Widerstand im Ausland

## Zur Geschichte des politischen Exils 1933–1945

### I. Einleitung

Die deutschsprachige Emigration nach 1933 umfaßt annähernd eine halbe Million Vertriebene und damit etwa ein Zehntel der Fluchtbewegungen in Europa zwischen den beiden Weltkriegen. Die überwiegende Mehrheit ist durch die antijüdische Politik des Nationalsozialismus zur Auswanderung gezwungen worden; schätzungsweise 30 000 Emigranten dürften als aktive Regimegegner ins Ausland geflohen sein. Für die Geschichte der politischen Kultur Deutschlands und Österreichs ist die Emigration nach 1933 ein weiteres Beispiel der Heimatlosigkeit demokratisch-oppositioneller Kräfte. Anders als seine historischen Vorläufer bot das politische Exil in der nationalsozialistischen Zeit jedoch den einzigen Freiraum für Planen und Handeln, der sich nicht nur dem allumfassenden Unterdrückungsapparat des totalitären Regimes, sondern auch seinen unmittelbaren geistigen und psychischen Einwirkungen entzog. Dies war um so bedeutungsvoller in einer Periode, in der sich die Entwicklung Deutschlands auf eine historische Zäsur zubewegte und entscheidende Neuordnungen auf dem europäischen Kontinent bevorstanden: So etwa die Zerschlagung des Deutschen Reiches, die Vertreibungen aus den abgetrennten Ostgebieten und aus der Tschechoslowakei, der Konflikt um die Einflußzonen der Sowjetunion und der Westmächte in Europa. Das Exil hat nicht nur frühzeitig zu diesen bereits absehbaren Veränderungen Stellung bezogen, sondern teilweise selbst aktiven Anteil am politischen und geistigen Neuaufbau in den Nachfolgestaaten des Deutschen Reichs und in der Republik Öster-

reich genommen. Zum anderen markiert die Emigration der vom Nationalsozialismus „rassisch“ Verfolgten den Endpunkt des jüdisch-deutschen Zusammenlebens, das vor allem im kulturell-wissenschaftlichen Bereich durch außerordentliche Leistungen geprägt war. Von entsprechender Bedeutung war deshalb auch die Wirkung dieser Gruppe in den Immigrationsländern bzw. der in ihren Herkunftsstaaten zu verzeichnende Verlust.

In der Bundesrepublik hat sich das in den 60er Jahren erwachte Interesse an diesem Bereich der jüngsten deutschen Geschichte zunächst der Exilliteratur zugewandt. Die Forderung, gerade diese Literatur nicht allein mit werkimmanenten Interpretationsmethoden zu untersuchen, sondern sie auch im Zusammenhang mit der politischen, ideologischen und sozio-ökonomischen Entwicklung der Zeit zu sehen, hat zweifellos die Beschäftigung mit der Geschichte des Exils unterstützt und zur Förderung multidisziplinärer Forschungsvorhaben geführt. Die entscheidenden Impulse für eine Exilforschung im Bereich der Zeitgeschichte und Politikwissenschaft dürften jedoch von jenem neuen Bewußtsein ausgegangen sein, das in der Bundesrepublik das „Ende der Nachkriegszeit“ signalisierte: Die Vorherrschaft des wirtschaftlichen Gründergeists, das Bemühen um allseitige Absicherung gegenüber dem Osten und die Sorge um den inneren Frieden bei der „Bewältigung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit wurden mehr und mehr durch die Frage nach den intellektuellen und politischen Traditionen überlagert, an die eine freiheitliche Republik als juristischer Nachfolgestaat des Dritten Reichs auf Dauer würde anknüpfen können. Freilich erschwerten die zunächst äußerst spärlich scheinenden Quellenüberlieferungen eine Entscheidung darüber, ob das organisierte Exil in seiner geschichtlichen Substanz wie von seiner Beschreibbarkeit her überhaupt ein Erkenntnisgegenstand der historischen Forschung sei.

*Vorabdruck eines Teils der Einleitung zu Band I des vom Institut für Zeitgeschichte, München, und von der Research Foundation for Jewish Immigration, New York, herausgegebenen „Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration“, das in diesen Tagen im Verlag K. G. Saur, München, New York, Paris, London, erscheint.*

Erst eine von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Dokumentation hat die Möglichkeit systematischer Untersuchungen auf breiter Basis nachgewiesen und eröffnet: Im Rahmen des „Projektes zur Sicherung und Erschließung von Quellen zur deutschsprachigen Emigration“ sind zwischen 1969 und 1973 umfangreiche schriftliche Überlieferungen zur Geschichte des politischen Exils in Archiven der Bundesrepublik und des Auslands festgestellt bzw. aus Privatbesitz erworben und in einem Zentralkatalog beim Institut für Zeitgeschichte verzeichnet worden.

Forschungen zur jüdischen Emigration fanden vor allem Ansätze in der ungewöhnlichen Sozialstruktur: Im Unterschied zu den historischen europäischen Auswanderungsschüben haben nicht nur „unbekannte Emigranten“ ihre Ursprungsländer verlassen; einen starken Anteil stellten Intellektuelle, Angehörige der freien Berufe, Beamte und Richter, Hochschullehrer, Wirtschaftsführer und Leiter des jüdischen Gemeinschaftslebens, Rabbiner, Verbandsfunktionäre, Künstler und Journalisten. So gilt das Interesse bei der Erforschung der Geschichte des ehemaligen deutschen Judentums neben dem Ausnahmezustand jüdischen Lebens im Dritten Reich zwischen Ausharren, Emigration und Massenmord vor allem dem Beitrag der Ausgewanderten zu Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft der Aufnahmeländer und dem über mehrere Generationen zu verfolgenden Prozeß ihrer Akkulturation.

Das Institut für Zeitgeschichte in München und die Research Foundation for Jewish Immigration, New York, kamen 1972 überein, durch eine repräsentative biographische Dokumentation der Gesamtgruppe, also des politischen Exils und der „rassisch“ begründeten Emigration, Quellen für weiterführende historische und sozialwissenschaftliche Forschungen bereitzustellen und darüber hinaus mit der Veröffentlichung eines biographischen Handbuchs zum Wissensstand über Struktu-

ren und Geschichte von Exil und Emigration beizutragen<sup>1)</sup>).

In langjährigen, systematisch betriebenen Recherchen in Archiven, Bibliotheken und vor allem auch im betroffenen Personenkreis selbst haben die Bearbeiter eine rund 25 000 Emigranten umfassende Datensammlung aufgebaut, die nach dem Abschluß des Projekts der Forschung in München und New York zugänglich sein wird. Auf der Grundlage dieses Archivs wurden für das Handbuch über 8 000 Kurzbiographien erstellt. Der inzwischen erschienene Band I, den das Institut für Zeitgeschichte in München redaktionell betreut hat, dokumentiert fast 4 000 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Öffentlichem Leben; Band II, für den die Federführung bei der Research Foundation for Jewish Immigration liegt, wird 1981/82 zunächst in englischer Sprache veröffentlicht werden. Er enthält biographische Eintragungen aus den Bereichen Wissenschaft, Literatur, Sachpublizistik, Kunst und Theater. Der zweisprachige Indexband, den das Institut für Zeitgeschichte vorbereitet, soll zur gleichen Zeit vorliegen.

Ohne großzügige Hilfe von Förderungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland hätte ein Forschungsprojekt dieses Umfangs nicht verwirklicht werden können. Von 1972 bis 1974 hat der Bundesminister für Forschung und Technologie und anschließend die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Rahmen ihres Schwerpunkts Exilforschung die Arbeiten in München und in New York finanziert. 1978/79 hat die Research Foundation der City University of New York und 1979 das National Endowment for the Humanities (Washington/D.C.) die Tätigkeit des amerikanischen Projektpartners zusätzlich gefördert.

Der nachfolgende Überblick zur Geschichte des deutschsprachigen Exils ist ein Auszug aus der Einleitung zu Band I des *Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration*.

## II. Motive, Anlässe, Dimensionen

Die gemeinsame Kausalität der „rassischen“, „politischen“ und „weltanschaulichen“ Emigration ist im totalitären und terroristischen Charakter der NSDAP zu suchen, einer sozial und intellektuell zunächst randständigen Partei, die durch das Zusammentreffen spezifisch deutscher Entwicklungen mit der Erschütterung des gesellschaftlichen Gleichgewichts im

Verlauf der Weltwirtschaftskrise herrschaftsfähig wurde.

Für sie verkörperte die sozialistische Arbeiterbewegung, hierin dem Judentum durchaus ähnlich, ein politisches, ideologisches und mo-

<sup>1)</sup> Zu Konzeption und Methodik im einzelnen: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emi-

ralisches Feindbild, das die Grenzen der in modernen westlichen Gesellschaften üblichen Polarisierung weit überschritt: Durch das obrigkeitliche System des wilhelminischen Deutschlands war nicht allein die Integration der organisierten Arbeiterschaft in einen parlamentarischen Verfassungsstaat verhindert worden; das Scheitern der bürgerlichen Revolution hatte vor allem dazu geführt, daß die der Arbeiterbewegung zugrunde liegende emanzipatorische Tradition vom Bürgertum nicht mehr als Teil gemeinsamer politischer Interessen verstanden wurde. Gründung und Aufstieg des Deutschen Reiches vollzogen sich nicht unter ideologischen Prämissen von *liberté, égalité, fraternité*, sondern Hand in Hand mit der Erhöhung des autoritär regierten nationalen Machtstaats zur selbstgenügsamen sittlichen Kategorie. In der Arbeiterbewegung war damit auch — anstelle der Erfahrung pragmatischer Bündnisse mit dem liberalen Bürgertum — die politische und psychologische Grundvoraussetzung hergestellt, um auf der eschatologischen Geschichtsphilosophie des Marxismus eine geschlossene, schichten-spezifische Weltanschauung zu errichten. Neben dem rhetorischen Anspruch, die revolutionäre Kraft bei der historisch zwangsläufigen Ablösung des Kapitalismus durch eine sozialistische Zukunftsordnung zu sein, stellten ihr internationalistisches Bekenntnis, die Ablehnung jeder monarchisch-ständischen Hierarchie und ihr grundsätzlicher Laizismus die ideologischen Grundpositionen der Gesellschaft auch unmittelbar in Frage. Dies rückte die sozialistische Arbeiterbewegung viel wirksamer in die Position des bedrohlichen Außenseiters, als es sozialpolitische oder parlamentarische Konflikte vermocht hätten. Während große Teile des Judentums in der wilhelminischen Ära um die Eingliederung in diese Gesellschaft bemüht waren, entwickelte die Arbeiterbewegung ihre „Gegenkultur“ zu hoher interner Wirksamkeit: Mit ihren Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, ihren Selbsthilfeorganisationen, ihrem Verlags- und Presseapparat und den innerhalb einer solchen Solidargemeinschaft entstehenden besonderen Ausdrucks- und Verhaltensweisen nahm die sozialistische Arbeiterbewegung eine gesellschaftlich ähnlich fremdartige Rolle ein wie das traditionell geprägte Judentum. Freilich zog sie aufgrund ihrer ungleich höheren Zahl

gration nach 1933, Band 1, S. XII—LV III. — Zur Geschichte der jüdischen Emigration gibt der dort abgedruckte Beitrag von Herbert A. Strauss im einzelnen Auskunft (S. XIV—XXXIII) Vgl. des weiteren vom selben Verfasser: Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses, in: Yearbook, Leo Baeck Institute, XXV und XXVI, 1980, 1981.

und ihrer zunehmenden Präsenz im parlamentarischen Bereich neben den ideologischen und sozialen Aversionen auch existentielle Ängste der staatstragenden Schichten und des Kleinbürgertums auf sich.

Der relativ hohe Anteil von Politikern, Intellektuellen und Funktionären jüdischer Abstammung in führenden Positionen der Arbeiterbewegung erklärt sich — abgesehen von einer gewissen Affinität zwischen jüdischer Ethik und sozialistischem Reformismus — zu einem guten Teil aus dem gesellschaftlichen Außenseitertum beider Gruppen: Anstelle der Anpassung an die sozialen und religiösen Werte des herrschenden Systems versprach der „wissenschaftliche Sozialismus“ in seiner Zukunftsordnung nicht nur staatsbürgerliche Gleichheit, sondern auch die Aufhebung der jüdischen Sonderexistenz an sich. Ideologie und Solidarismus der Arbeiterbewegung boten die Möglichkeit, zumindest innerhalb einer deutschen Gegenkultur voll integriert zu sein; darüber hinaus öffnete sich im Rahmen der Sozialdemokratie ein Zugang zu einflußreichen politischen und parlamentarischen Funktionen, die in bürgerlichen Parteien für Juden ungleich schwerer erreichbar waren.

Mit dem Ersten Weltkrieg und dem Fronterlebnis einer scheinbar klassenlosen Kampf- und Überlebensgemeinschaft waren erstmals die Voraussetzungen für eine gefühlsmäßige Identifizierung von Arbeiterbewegung und „gesamtnationalen“ Interessen gegeben. Die Einbeziehung sozialdemokratischer Politiker in Verwaltungsaufgaben und zuletzt in die Regierungsverantwortung schien schließlich auch eine Integration in die politischen Herrschaftsstrukturen des Kaiserreichs anzubahnen. Es war gerade diese Teilhabe an einer untergehenden Ära, die es den Führern der deutschen Sozialdemokratie nach dem verlorenen Krieg psychologisch erleichterte, auf das Gedeihen der Republik ohne wirklich tiefgreifende Veränderungen in Verwaltung, Justiz, Militär und Bildungswesen zu hoffen. Andererseits hatte der sozialpatriotische Kurs der SPD-Mehrheit das Erstarken einer radikalen Linken innerhalb und außerhalb der eigenen Partei gefördert: Die kriegsgegenerische Aktivität dieser linken Opposition und die führende Rolle der Sozialdemokratie bei der Ablösung der Monarchie belasteten im Bewußtsein der deutschen Nationalisten die Arbeiterbewegung mit der Hauptschuld am militärischen Zusammenbruch und an der Erniedrigung des Vaterlandes. Die hohe Emotionalität dieses Gegnerbildes wurde durch die Periode der relativen Stabilität der Republik letztlich noch verstärkt. Denn unter der Ägide von So-

zialdemokratie und Liberalismus bahnten sich im politisch-sozialen Bereich und auf dem Gebiet der Künste, der Literatur und der Sitten Modernisierungstendenzen an, die zwar nur in den kulturellen Metropolen eine nachhaltige Blüte erlebten, von den politisch zeitweise in den Hintergrund gedrängten Traditionalisten aber um so stärker als Provokation und Bedrohung empfunden wurden. Sozialdemokraten und Freie Gewerkschaften sahen ebenso wie der liberale Teil des Bürgertums und die Mehrheit der deutschen Juden in der Weimarer Republik jene Voraussetzungen verkörpert, die ihnen zur Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit, individueller Freiheit und bürgerlicher Gleichberechtigung notwendig erschienen. In den Augen der nationalistischen und monarchistischen Rechten verbanden sich demgemäß Arbeiterbewegung, Liberalismus und jüdischer Einfluß in Wirtschaft, Kultur und Politik mit der demokratischen Republik zum Symbol für den Niedergang des deutschen Machtstaates und seiner „natürlichen“ Ordnung; der Rassenantisemitismus der Völkischen hinwiederum begriff Kommunismus, Sozialdemokratie, Liberalismus, kapitalistische Ausbeutung und Republik insgesamt als Produkte jüdischen Geistes und weltweiten jüdischen Machtstrebens.

Die NSDAP ist nicht nur als Partei dieser nationalsozialistischen „Weltanschauung“ am 31. Juli 1932 zur stärksten Reichstagsfraktion gewählt worden. Eine entscheidende Rolle spielten dabei die Hoffnungen industrieller Kreise auf wirtschafts- und gesellschaftspolitische Interessenvertretung sowie die Enteignungsfurcht des Mittelstands und Kleinbürgertums angesichts einer fortdauernden Wirtschaftskrise und der lautstarken Propaganda der kommunistischen Organisationen. Dazu kam das Protest- und Veränderungsbedürfnis einer Armee von proletarischen und intellektuellen Erwerbslosen. Wie schließlich auch große Teile der übrigen Bevölkerung waren diese ideologisch unprofilierten, d. h. einem geschlossenen politisch-weltanschaulichen System nicht verpflichteten Wählergruppen der NSDAP aufgrund allgemein verbreiteter sozialer Ängste, nationalistischer Affekte und eines traditionellen Milieu-Antisemitismus bereit, in der Hoffnung auf Wiederherstellung wirtschaftlicher Sicherheit, staatlicher Autorität und nationaler Selbstbestätigung auch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die Zurückdrängung von Juden aus einflußreichen öffentlichen und wirtschaftlichen Positionen zu begrüßen, ohne daß sie die damit verbundenen „Exzesse“ mehrheitlich gewünscht oder gebilligt hätten. Auch die Betroffenen selbst, vor allem aber die meisten

der mittlerweile an Einfluß und Rechtsstaatlichkeit gewohnten Partei- und Verbandsfunktionäre, hatten von einer vorübergehend amtierenden nationalsozialistischen Reichsregierung schlimmstenfalls Organisationsverbote bzw. die Beschränkung der Juden in ihren beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten erwartet. Der ungehemmte Terror, in dem der hochgradig ideologisierte Haß der Nationalsozialisten nach der Machtergreifung seinen Ausdruck fand, traf sie deshalb in der Regel unvorbereitet. Die Intensität dieses Hasses entsprach dem historisch geprägten Charakter des nationalsozialistischen Gegnerbilds: Nicht die Ablösung des innenpolitischen Kontrahenten war in erster Linie das Ziel, sondern eine „Abrechnung“ in der Tradition von Volkstums- oder Religionsfehden. Hierbei fiel der sozialistischen Arbeiterbewegung und dem Judentum die Rolle der artfremden Minderheiten zu, deren usurpierte Herrschaft ein für allemal zerschlagen werden mußte.

Anlaß für die erste Welle der politischen Emigration war die akute physische Gefährdung jener, die aufgrund ihrer Rolle bei der Gründung der Republik als „Novemberverbrecher“ galten oder als prominente Politiker, demokratische Verwaltungsbeamte, „Kulturbolschewisten“ und literarische Exponenten der Linken sich einen Ruf als Gegner des Nationalsozialismus erworben hatten; hinzu kam die Bedrohung vieler kommunistischer, sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Funktionäre, die auf lokaler Ebene als militante Antifaschisten bekannt waren und nun persönliche Racheakte örtlicher Nationalsozialisten befürchten mußten. Allein in Preußen, wo schon seit dem 22. Februar 1933 die SA als Hilfspolizei eingesetzt worden war, wurden im März und April an die 30 000 offizielle Festnahmen verzeichnet. Ende 1933 befanden sich zwischen 60 000 und 100 000 KPD-Mitglieder in Haft. Vor allem nach dem Reichstagsbrand überschritten Tausende von regional und örtlich exponierten Aktivisten der Linken sowie einzelne Angehörige der politischen und publizistischen Prominenz als Touristen getarnt oder illegal die jeweils nächsten Grenzen ins Saargebiet, nach Frankreich, Holland und Belgien, nach Dänemark, in die Tschechoslowakei, nach Österreich oder in die Schweiz. Ihre Flucht war auch innerhalb der großen Parteien noch unorganisiert. Viele unter den politischen Exilanten waren wegen ihrer jüdischen Herkunft auch potentiell Verfolgte des Rassenantisemitismus; den Ausschlag für ihre Flucht gab jedoch die aktive politische Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Hinzu kam — wie in den weiteren Jahren des NS-Regimes auch — ein kleiner Kreis von Emigran-

ten aus überwiegend wissenschaftlichen und kulturellen Berufen, die zwar nicht aufgrund ihrer Abstammung oder politischen Betätigung gefährdet waren, aber ihre moralische, intellektuelle oder kreative Verkümmern unter dem nationalsozialistischen System befürchteten.

Wie begründet die Motive der ersten Fluchtwelle waren, zeigen die blutigen Ereignisse in den SA-Kellern und „wildem“ Konzentrationslagern in den Monaten nach der sogenannten Machtergreifung. 500 bis 600 politische Gegner sind in dieser Zeit von Nationalsozialisten ermordet, Tausende in grausamster Weise gefoltert worden. Andererseits illustrieren die zahlenmäßig überwiegenden Fälle vergleichsweise glimpflicher Mißhandlung, relativ kurzen Lageraufenthalts und lediglich beruflich-gesellschaftlicher Zurücksetzung auch ehemals besonders aktiver Gegner des Nationalsozialismus, daß die Flucht ins Ausland zwar das eventuell tödliche Risiko in der „revolutionären“ Phase des Regimes aufhob, für die nichtjüdischen Emigranten jedoch in der Regel nicht die einzige Überlebensalternative gewesen wäre. Nach der politischen „Ausschaltung“ der Gegner, der Zerschlagung ihrer Organisationen und der Eliminierung ihres weltanschaulichen Einflusses im öffentlichen und kulturellen Leben gab man sich zumeist mit einer Abkehr von den früheren Ideen zufrieden; die Eingliederung vormals „marxistisch verhetzter Volksgenossen“ in die nationale Gemeinschaft war ein vom Regime proklamiertes Ziel. Daher lag auch die ungehinderte Abwanderung politischer Gegner keineswegs in seinem Interesse. Im Gegenteil: Verschärfte Grenzkontrollen und die vorübergehende Einführung eines Sichtvermerks für Auslandsreisen sollten die Zugriffsmöglichkeiten für die Partei- und Staatsorgane sicherstellen. Darüber hinaus vermutete man mit Recht, daß politische Emigranten sich nicht lediglich den Verfolgungsmaßnahmen zu entziehen trachteten, sondern vom Ausland her die Tätigkeit gegen den Nationalsozialismus fortsetzen würden. So hat denn auch nur ein kleinerer Teil dieser Emigranten die Gelegenheit zur Rückkehr wahrgenommen, die seitens des Dritten Reichs denjenigen nichtjüdischen Flüchtlingen geboten wurde, die unter der Schockwirkung der Machtergreifung ins Ausland gegangen waren, sich anschließend aber politischer Aktivitäten im Exil enthalten hatten. Demgemäß unterschied sich die individuelle Emigration der ersten Monate im wesentlichen zwar durch Anlaß und Umstände, kaum jedoch durch politische Substanz und Zielrichtung von der gegen Jahresmitte 1933 einset-

zenden und in höherem Maße organisierten zweiten Phase der Emigration.

Nach SA-Terror, Versammlungs- und Presseverboten und regionalen Polizeimaßnahmen gegen die Linkskräfte begann mit der Notverordnung *Zum Schutze von Volk und Staat* vom 28. Februar 1933 für die Parteiorganisationen selbst und ihre Parlamentsvertreter eine Periode der Halblegalität; am 9. März wurden die Reichstagsmandate der KPD annulliert, am 2. Mai die Gewerkschaften aufgelöst, am 22. Juni erfolgte das Verbot der SPD und am 14. Juli 1933 die formelle Besiegelung der nationalsozialistischen Alleinherrschaft durch das *Gesetz gegen die Neubildung von Parteien*. Die bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik verkündeten zwischen dem 27. Juni und dem 6. Juli 1933 ihre Selbstauflösung. SPD, KPD und die Splittergruppen der Linken hatten sich angesichts zunehmender Behinderung ihrer Organisations- und Pressearbeit schon ab Frühjahr 1933 gezwungen gesehen, ihren Aktionsspielraum durch Vertretungen und Stützpunkte im benachbarten Ausland zu vergrößern. Zunächst unter der Leitung von einigen wenigen Beauftragten stehend, erweiterten sie sich ab Sommer 1933 durch die Ausreise gefährdeter Spitzenfunktionäre, bis sie nach den endgültigen Parteiverboten im Reich den Charakter von Auslandsleitungen bzw. Parteivorständen im Exil annahmen. Ihnen oblag zum einen die Organisation, Unterstützung und publizistische Vertretung der illegalen Gruppen; zum anderen traten sie an die Spitze von Parteiorganisationen im Exil, die sich aus den Angehörigen der ersten Fluchtwelle bildeten.

Im Rahmen einer dritten Abwanderungsphase, die bis in die Kriegsjahre hinein andauerte, erhielt die „Parteiemigration“ Zuzug durch geflüchtete Mitglieder ihrer Widerstandsorganisationen. Die Fortführung der alten Parteien und Gewerkschaften bzw. die Betätigung in ihrem Sinne war inzwischen Gegenstand polizeilicher Verfolgung und gerichtlicher Ahndung geworden. Der terroristische Charakter des Nationalsozialismus in seiner Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner fand nunmehr seinen Ausdruck in den Praktiken der Geheimen Staatspolizei und zum Teil auch der Sondergerichtsbarkeit; überdies drohte nach der Verbüßung der Justizstrafe in der Regel zeitlich unbegrenzte „Schutzhaft“ in Konzentrationslagern. Der „Terror von unten“ wurde durch den „Terror von oben“ abgelöst. Um so mehr bildeten der Widerstand in der Illegalität und der Widerstand im Exil eine Einheit, da die organisierte Opposition im Inland auf Kommunikations- und Koordinierungsfunktionen, auf das Propagandaschriftgut der

Exilgruppen und auf die von ihnen bereitgestellten Fluchtwege und Auffangstellungen in hohem Maße angewiesen war. Die Flucht oder Delegierung von gefährdeten Illegalen ins Ausland und die Fortsetzung ihrer politischen Arbeit im Rahmen der Exilpartei waren ebenso wie der Inlandseinsatz von Emigranten als Kuriere und Instruktoren konzeptioneller Teil des Widerstands unter den Bedingungen des sich mehr und mehr perfektionierenden nationalsozialistischen Polizeistaats.

Neben den Parteien, Gruppen und Verbänden, die das Gesamtspektrum der Linken in der Weimarer Republik verkörperten, fanden sich auch Vertreter der bürgerlichen Politik bis hin zu oppositionellen NSDAP-Mitgliedern in der Emigration wieder. Meist um führende Persönlichkeiten geschart, versuchten Liberale, Christlich-Soziale, Bündische, Nationalkonservative, Monarchisten und linke Nationalisten in wechselnden Organisationsformen und Bündnissen, ihren Kampf gegen Hitler fortzusetzen. Die Emigration von Würdenträgern der beiden großen christlichen Konfessionen war dagegen nur in wenigen Fällen durch akute weltanschauliche oder politische Konflikte mit dem NS-Regime bedingt; darin unterscheiden sie sich von einer relativ großen Anzahl theologischer Hochschullehrer. Ein großer Teil der prominenteren Geistlichen und Ordensleute ist aufgrund ihrer jüdischen Herkunft von den Kirchenbehörden ins Ausland versetzt oder vermittelte worden. Allerdings kann an der Basis eine breitere Emigrationsbewegung von oppositionellen Klerikern konstatiert werden, als dies gemeinhin in der Widerstandsliteratur erkannt wird. In diesem Zusammenhang spielten auch die von den Nationalsozialisten inszenierten Kriminalisierungsversuche eine Rolle, so etwa die Disziplinarprozesse gegen mehr als hundert Ordensleute in den Jahren 1935/36. In Österreich war die politische Bedrohung, der sich geistliche Anhänger des christlichen Ständestaates 1938 nach dem Anschluß ausgesetzt sahen, neben der rassistischen Verfolgung für viele Anlaß zur Flucht.

Die Zahl der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Emigranten wurde Ende 1933 auf 3 500 Personen geschätzt; nach Angaben des Hochkommissars des Völkerbunds befanden sich 1935 neben etwa 65 000 rassistisch verfolgten Emigranten aus Deutschland 5 000—6 000 Sozialdemokraten, 6 000 bis 8 000 Kommunisten und fast 5 000 Oppositionelle anderer Richtungen als Flüchtlinge im Ausland. Insgesamt dürfte 1935 das politische Exil zwischen 16 000 und 19 000 Menschen gezählt haben. Dies legt den Schluß nahe, daß neben den etwa 4 000 politischen Flüchtlingen

aus dem Saargebiet nach dem Referendum vom Januar 1935 vor allem der zunehmende Erfolg der Gestapo bei der Zerschlagung von Widerstandsgruppen einen wesentlichen Anstieg in den Jahren 1934/35 verursacht hat. Aus dem gleichen Grund wird man von einer relativen numerischen Stagnation des reichsdeutschen politischen Exils in den folgenden Jahren ausgehen können.

Nach dem 12. Februar 1934 gesellten sich zu den politischen Emigranten aus Deutschland mehrere Tausend Verfolgte des österreichischen Ständeregimes, also Aktivisten der verbotenen Linksparteien und der aufgelösten Freien Gewerkschaften Österreichs. Ihre Auslandsorganisationen standen in enger Verbindung mit den illegalen Parteiapparaten in der Heimat. Da die österreichische Polizei bei weitem nicht die Effizienz der Gestapo erreichte, lag der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit bis 1938 weitgehend im Inland. Das autoritäre System wurde neben der Bekämpfung der Linkskräfte und der ebenfalls verbotenen NSDAP zunehmend auch in scharfe weltanschauliche, außen- und wirtschaftspolitische Konflikte mit dem Dritten Reich verwickelt. Nach dem deutschen Einmarsch im März 1938 richtete sich deshalb der Haß der Nationalsozialisten — abgesehen von ihren brutalen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung — mindestens ebenso gegen die Repräsentanten des Ständestaats wie auf die ehemaligen Arbeiterparteien, mit deren Angehörigen man immerhin die Haft in „Anhaltelagern“ und Gefängnissen geteilt hatte. Der erneuten Flucht von Österreich-Emigranten aus dem „Altreich“ und einer unbekanntenen Zahl einheimischer sozialistischer und kommunistischer Aktivisten schloß sich deshalb auch eine kleine Gruppe konservativer Gegner des Nationalsozialismus an. Christlich-Soziale, Legitimisten und die teilweise schon seit 1934 im Exil lebenden Vertreter der Linken erhoben jetzt gleichermaßen den Anspruch, die eigentlichen Exponenten des österreichischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus zu sein. Diese Konstellation trug wesentlich zur besonderen Zersplitterung des österreichischen Exils bis 1945 bei. In den Asylländern, vor allem ab 1940/41 in Großbritannien und den USA, später in Schweden und in Lateinamerika, kam es zu einer mehr oder minder ausgeprägten Teilung der österreichischen Exilorganisationen in drei Hauptlager: Auf der einen Seite die kommunistische Emigration, die unter konspirativer Beibehaltung der Kaderstruktur Volksfrontpolitik innerhalb von sogenannten Massenorganisationen zu betreiben versuchte; auf der anderen Seite die bürgerlich-ständestaatlichen und legitimisti-

schen Kreise, die der kommunistischen Bündnisstrategie in unterschiedlichem Maß entgegenkamen, und schließlich die sozialistische Emigration, die mit keiner der beiden anderen Richtungen zusammenzuarbeiten bereit war.

Ab Herbst 1938 wurde das deutschsprachige Exil schließlich noch durch die politischen Flüchtlinge aus der CSR erweitert. Innerhalb der deutschen Minorität in der Tschechoslowakei war die politische und gesellschaftliche Polarisierung zwischen der Arbeiterbewegung und dem antisozialistischen Lager durch den nationalen Konflikt verschärft worden. Seit dem Ende der 20er Jahre hatte die sudetendeutsche Sozialdemokratie vergeblich die Zusammenarbeit mit den tschechoslowakischen Regierungsparteien zugunsten einer sozialpolitischen Lösung der Minderheitenfrage angestrebt. Im Bewußtsein weiter Teile der deutschen Bevölkerung, die nach 1935 mehr und mehr der irredentistischen Sammlungsbewegung Konrad Henleins zulief, entfernten sich die Sozialdemokraten damit zunehmend von den nationalen Zielen der eigenen Volksgruppe. Aufgrund der weitreichenden Unterstützung, die sie seit 1933 den reichsdeutschen Exilorganisationen in der CSR gewährt hatte, war die sudetendeutsche Arbeiterbewegung darüber hinaus besonderes Verfolgungsobjekt der Geheimen Staatspolizei. So flüchteten bei der Abtretung der Sudetengebiete an das Reich im Herbst 1938 annähernd 30 000 politisch gefährdete Deutsche ins Landesinnere. 4 000—5 000 Sozialdemokraten, etwa 1 500 Kommunisten und schätzungsweise 150 Mitgliedern und Funktionären der *Deutsch-DEMokratischen Freiheitspartei* gelang anschließend — neben etwa 25 000 verfolgten Juden — die Emigration ins Ausland. Zahlenmäßig stellten damit die Sudetendeutschen das Hauptkontingent der politischen Emigration aus der Tschechoslowakei. Tausende, die keine Auswanderungsmöglichkeit fanden, fielen nach der Errichtung des Protektorats der Gestapo in die Hände oder waren schon vorher von tschechischen Behörden in ihre Heimatorte abgeschoben und so de facto den Na-

tionalsozialisten ausgeliefert worden. Mit der Gründung der tschechoslowakischen Exilregierung waren Paris und später London auch die Hauptzentren sudetendeutscher Exilpolitik. Starke sozialdemokratische Gruppen bildeten sich in Norwegen und — nach Kriegsbeginn — in Schweden. Die kommunistische Führung emigrierte in die UdSSR, wo sich zwischenzeitlich auch die Leitungsgremien der übrigen kommunistischen Exilparteien niedergelassen hatten. Im Unterschied zur reichsdeutschen und österreichischen Emigration nach 1933/34 verblieben den sudetendeutschen Gruppen kaum noch Zeit und politisch-geographische Möglichkeiten, mit der Opposition im Land Verbindungen aufzunehmen. Ihre Flucht war vielmehr Teil einer Entwicklung, die zur Bedrohung des europäischen Exils insgesamt führte.

Bis kurz vor Beginn des Kriegs dürften annähernd 30 000 Menschen das Deutsche Reich, Österreich und die deutschsprachigen Teile der Tschechoslowakei aus politischen Gründen verlassen haben. Ihre Mehrheit hat sich über kürzere oder längere Zeit dem Exil zugehörig und seinem Kampf gegen den Nationalsozialismus verpflichtet gefühlt. Über 300 000 politische Gegner des NS-Regimes befanden sich im Frühjahr 1939 in deutschen Konzentrationslagern, in Gefängnissen, Zuchthäusern und Untersuchungshaft.

Die Geschichte des deutschsprachigen Exils in den Jahren 1933 bis 1945 ist durch die Vielfalt von Organisationen, ideologischen Richtungen, Bündnissen und geographischen Sonderentwicklungen gekennzeichnet. Nur ein Teil der Geschehnisse ist bisher in der wissenschaftlichen Literatur ausreichend abgehandelt worden. Vieles wird — auch gestützt auf die in Band I des *Biographischen Handbuchs* erstmals dokumentierten Fakten und Zusammenhänge — durch weitere monographische und regionale Untersuchungen zu erhellen sein, bevor eine Gesamtdarstellung der deutschsprachigen Emigration unternommen werden kann<sup>2)</sup>.

### III. Die Zufluchtsländer

hinaus sahen sie in den europäischen Demokratien die tatsächlichen oder potentiellen Verbündeten gegen den Nationalsozialismus

Während sich ein nicht unerheblicher Teil der jüdischen Emigration nach überseeischen Einwanderungsländern mit dem Ziel dauernder Niederlassung wandte, blieb die Mehrheit der politischen Flüchtlinge zunächst in den Anrainerstaaten des Reichs. Für die Parteien und Gruppen waren die möglichst enge Teilnahme an den Entwicklungen in der Heimat und die Verbindung zur Opposition im Lande wesentlicher Teil ihres Selbstverständnisses; darüber

<sup>2)</sup> Der in dieser Einleitung gegebene Überblick beschränkt sich auf allgemeine Entwicklungslinien. Im übrigen wird auf die in den biographischen Beiträgen des Handbuchs genannte Literatur und die in der Form von individuellen Lebens- und Tätigkeitsbeschreibungen dargebotenen neuen Forschungsergebnisse verwiesen.

und die eigentlichen Zentren der internationalen Politik. Schriftsteller, Publizisten und Journalisten fanden den engen Wirkungskreis des Exils durch eine Leserschaft in den deutschen Sprachgebieten Europas erweitert und auf dem Kontinent am ehesten ein ihnen vertrautes kulturelles Klima. Der Mehrheit der Parteiemigration, also den einfachen Mitgliedern und Arbeiterfunktionären, gebrach es in der Regel an Mitteln, Beziehungen und Weltläufigkeit, um den bedrückenden Lebensumständen des Flüchtlingsdaseins durch Auswanderung nach Übersee zu entgehen. Vor allem aber erhoffte man — zumindest in den ersten Jahren des Exils — den baldigen Zusammenbruch des Regimes, der die unverzügliche Rückkehr in die Heimat ermöglichen würde.

Zentren des organisierten politischen Exils waren in der Vorkriegszeit *Frankreich* und die *Tschechoslowakei*. Ende 1933 hielten sich annähernd 30 000 der insgesamt etwa 65 000 deutschen Emigranten in Frankreich auf; die Größenordnung dieser Emigrantenkolonie scheint — nachdem sie 1935 durch die Saarflüchtlinge auf ca. 35 000 angestiegen war — in den Folgejahren verhältnismäßig konstant geblieben zu sein. Es ist anzunehmen, daß zwischen 7 000 und 10 000 deutsche Emigranten als politische Flüchtlinge nach Frankreich gekommen sind. Dies würde auch mit der bei der *Reichsvertretung der Juden in Deutschland* registrierten Zahl von annähernd 18 500 jüdischen Frankreich-Auswanderern in etwa korrespondieren. Paris wurde zum geistigen, kulturellen und politischen Mittelpunkt des oppositionellen Deutschlands mit einem Mikrokosmos von Organisationen, Gruppen, Vereinigungen und Diskussionszirkeln, in dem auch Persönlichkeiten des literarischen Lebens und eine hochstehende linksbürgerliche Publizistik wesentlichen Einfluß ausübten. Stärkste politische Kraft war jedoch die Exil-KPD, die mit Unterstützung der französischen Schwesterpartei bis 1935 ihre Auslandsleitung und ab 1936 die Operative Leitung des Politbüros in Paris unterhielt. Etwa die Hälfte der emigrierten deutschen Kommunisten dürfte Mitte der 30er Jahre in Frankreich gelebt haben.

Die *Tschechoslowakei* war durch die Niederlassung des Parteivorstands der SPD in Prag im Juni 1933 und die Gründung der *Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften* in Komotau im Juli 1935 zum Zentrum des sozialdemokratischen Auslandswiderstands geworden. Die weit ins Reich hineinragenden Grenzen der CSR und die Solidarität der sudetendeutschen Arbeiterbewegung boten außerordentlich günstige Voraussetzungen, geheime Kontakte nach Deutschland aufzubauen. Für

die österreichische Linke war die Tschechoslowakei zwischen 1934 und 1938 sogar der einzige Nachbarstaat, der bei geeignetem Grenzverlauf die politischen Möglichkeiten zu illegalen Verbindungen in die Heimat bot. Im Mai 1933 etablierte sich in Prag das Zentralkomitee der KPO, in Brünn wurde im Februar 1934 das *Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten* gegründet. Obwohl vermutlich an die 20 000 Flüchtlinge in der CSR ein erstes Asyl gefunden haben, lag das Land aufgrund der hohen Weiterwanderungsrate an der Peripherie der jüdischen Emigration. Bis 1938 dürften sich auf Dauer weniger als 3 000 jüdische Emigranten neben etwa 1 500 politischen Flüchtlingen in der Tschechoslowakei aufgehalten haben. So gaben die aus Mitteldeutschland, Schlesien, Bayern und Österreich über die nahe Grenze entkommenen Arbeiterfunktionäre dem CSR-Exil im Vergleich zu Frankreich ein eher proletarisches Gepräge.

Obwohl die Behörden hier wie in den anderen europäischen Zufluchtsländern rigoros das Verbot abhängiger Erwerbstätigkeit und unerwünschter Einmischung in die Innenpolitik durchzusetzen suchten, lagen die gegen das nationalsozialistische Regime gerichteten Tätigkeiten der Exilorganisationen durchaus im Interesse der Regierungen in Prag und Paris. Solange es die Kräfteverhältnisse im Innern und auf dem Kontinent zuließen, beantwortete man die Demarchen des Reichs mit dem Hinweis auf die im eigenen Land herrschenden demokratischen Freiheiten oder gab vor, von illegalen Aktivitäten der Emigranten an den Grenzen keine Kenntnis zu haben.

Neben den in der CSR und in Frankreich angesiedelten Auslandsleitungen unterhielten Parteien, Gruppen und Gewerkschaftsorganisationen des Exils Vertretungen, Sekretariate und Grenzstellen in fast allen anderen Nachbarstaaten und bis 1935 in dem unter Völkerbundsverwaltung stehenden Saargebiet. Letzteres bildete allerdings eher ein provisorisches Asyl auf dem Weg nach Frankreich. Zwischen März 1933 und Frühjahr 1934 war für etwa 37 000 Emigranten das Saargebiet erste Station ihrer Flucht. 5 000—6 000 hatten sich dort vorübergehend niedergelassen, unter ihnen vermutlich 1 500 politische Flüchtlinge. Viele beteiligten sich unter der Devise „Schlagt Hitler an der Saar!“ aktiv am Abstimmungskampf gegen die Rückgliederung an ein nationalsozialistisches Deutschland. Zusammen mit oppositionellen Saarländern aus dem sozialistischen, kommunistischen und christlichen Lager wanderten viele reichsdeutsche Flüchtlinge nach dem Referendum vom Januar 1935 nach Frankreich weiter.

Auch *Österreich* war nur ein Transitland der Emigration, das für Angehörige der Linksgruppen spätestens mit dem Februarumsturz von 1934 seine Anziehungskraft verlor; abgesehen von den knapp 2 500 jüdischen Emigranten aus Deutschland, fand lediglich das katholisch-konservative Exil nach der Errichtung des Ständestaats bis 1938 in Österreich einen wichtigen Stützpunkt und offizielle Förderung.

Die *Sowjetunion* hat — zum Teil im Gegensatz zu Artikel 12 der Verfassung von 1925, der allen Ausländern Asyl zusicherte, die „wegen ihrer Tätigkeit im Dienste der revolutionären Befreiungsbewegung Verfolgungen ausgesetzt sind“ — nur wenige Emigranten aus dem nationalsozialistischen Machtbereich aufgenommen. Daß zwischen 1933 und 1941 lediglich 17 deutsche Juden von der *Reichsvertretung* als Rußland-Auswanderer registriert werden konnten, dürfte allerdings zum guten Teil auf die geringe Attraktivität der UdSSR als Immigrationsland zurückzuführen sein. Nach 1938 wurde immerhin rund tausend jüdischen Verfolgten aus Österreich Aufnahme in der Sowjetunion gewährt — angesichts der zunehmend eingeengten Fluchtmöglichkeiten eine vergleichsweise geringe Zahl. Gegenüber den unteren Rängen der kommunistischen Parteiemigration war die sowjetische Aufnahmepraxis gleichermaßen restriktiv: Als Voraussetzung für eine Einreisegenehmigung galt, daß „Todesstrafe oder sehr lange Einkerkung droht oder die Auslieferungsgefahr unmittelbar besteht und die Sowjetunion die allerletzte Möglichkeit der Asylgewährung darstellt“. Das „Vaterland aller Werktätigen“ war also auch für die Linke kein offenes Zufluchtsland. Ausnahmen bildeten lediglich der Zuzug von mehreren Hundert Aktivisten des österreichischen *Republikanischen Schutzbundes*, denen die UdSSR nach den Februarkämpfen von 1934 zusammen mit ihren Angehörigen (insgesamt annähernd tausend Personen) demonstrativ Asyl bot, sowie 1938/39 die Einreisegenehmigung für etwa 200 kommunistische Familien aus der Tschechoslowakei. Der vorübergehende oder dauernde Aufenthalt sympathisierender Intellektueller, Schriftsteller und Künstler orientierte sich an den propagandistischen und kulturpolitischen Eigeninteressen Moskaus und war von der individuellen Einladung durch eine Sowjet-Institution abhängig. Die Stalinschen Säuberungen haben unter den führenden Funktionären der kommunistischen Exilparteien in der UdSSR einen hohen Blutzoll gefordert. Nach 1945 rückten die Heimkehrer aus der Sowjetunion, die durch linienkonformes Verhalten die Säuberungsperiode überlebt und nach

1941 in Partei-, Komintern- und Propagandafunktionen ihre Loyalität gegenüber dem Sowjetstaat unter Beweis gestellt hatten, in beherrschende Positionen der kommunistischen Parteiapparate ein. Die innerhalb der Exilparteien ausgetragenen Führungskämpfe und ideologischen Konflikte wirkten auch nach Kriegsende fort. So sind den Säuberungen der 50er Jahre in der DDR und der CSSR vor allem ehemalige Angehörige der „Westemigration“ zum Opfer gefallen.

Einen besonderen Platz unter den Exilländern nahm auch das republikanische *Spanien* ein. Für seine Verteidigung im Bürgerkrieg engagierten sich ab Ende 1936 vor allem kommunistische und linkssozialistische Emigranten in zivilen Hilfsfunktionen und als Angehörige der Internationalen Brigaden: Zum einen hatte für sie der bewaffnete Widerstand gegen den Faschismus im Rahmen einer völkerumspannenden Einheitsfront besonderen ideologischen und emotionalen Stellenwert; zum anderen bot sich hier den kommunistischen Exilorganisationen die Möglichkeit, nach weitgehender Lahmlegung der illegalen Arbeit in der Heimat durch die Erfolge der Gestapo eine größere Zahl ihrer einfachen Mitglieder aus den auf Dauer demoralisierenden Notunterkünften und Emigrantenkollektiven der Asylländer abzuziehen. Von den vermutlich etwa 5 000 deutschen und österreichischen Angehörigen der Internationalen Brigaden sollen annähernd 2 000 im Bürgerkrieg gefallen sein. Nach der Niederlage der Republik Anfang 1939 ging die Mehrzahl der Spanienkämpfer nach Frankreich, wo sie in der Regel schon beim Grenzübertritt interniert wurden. Ein Teil fand später Anschluß an die Résistance oder die Untergrundorganisationen der kommunistischen Exilparteien in Südfrankreich.

Durch die Annexion der Sudetengebiete im Herbst 1938 und mit der Besetzung der sogenannten Rest-Tschechei im März 1939 wurden *Großbritannien* und *Schweden*, zwei bisher am Rande liegende Aufnahmeländer, zu Zentren der politischen Emigration in Europa. Die Londoner Regierung hatte strikt darauf geachtet, die Zahl der durchreisenden Flüchtlinge aus Deutschland bis 1935 mit etwa 2 500 und dann mit 7 000—8 000 Transitmigranten konstant zu halten. Aufenthaltsgenehmigungen auf Dauer wurden nur in Ausnahmefällen erteilt. Erst nach den Pogromen der „Reichskristallnacht“ und auch als moralische Reaktion auf die Mitverantwortung für das Münchner Abkommen öffnete sich Großbritannien Flüchtlingen ohne gesicherte Weiterwanderungsmöglichkeit. Anfang 1939 wurden neben 16 000 jüdischen Emigranten 4 000 politische Flüchtlinge aus Deutschland, Österreich und

aus den Sudetengebieten registriert. 1940 hielten sich über 55 000 deutsche und österreichische Emigranten sowie 8 000 Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei in England auf, bis Ende 1941 haben insgesamt über 32 000 deutsche und 27 000 österreichische Juden Aufnahme gefunden. Durch Weiterwanderung nach Übersee und durch Internierung in Australien und Kanada verringerte sich die Zahl der Deutschen und Österreicher bis 1942 auf etwa 40 000, bis 1943 auf annähernd 25 000. Der Anteil der politischen Flüchtlinge aus Deutschland, Österreich und der CSR dürfte 1940 etwa 5 000 betragen haben. Seine Bedeutung als Exilland erhielt Großbritannien vor allem durch die Niederlassung des sozialdemokratischen Parteivorstands in London Anfang 1941 und durch eine starke Vertretung der sudetendeutschen Arbeiterbewegung.

In Schweden hatten sich bis 1937 angesichts der wenig attraktiven wirtschaftlichen Verhältnisse und besonders auch aufgrund der fremden-, speziell judenfeindlichen Einwanderungspraxis nur etwa 1 500 deutsche Emigranten niedergelassen. Die schwedische Haltung ist auch während der Kriegsjahre unter Hinweis auf die Neutralität im wesentlichen gleichgeblieben. Die meisten der knapp 4 000 nach 1938 eingereisten Emigranten aus Deutschland, Österreich und den Sudetengebieten hatten sich nur deshalb nach Schweden gewandt und waren dort aufgenommen worden, weil das Land für sie die letzte Asylmöglichkeit darstellte. 1943 dürften sich einschließlich der Flüchtlinge aus dem besetzten Dänemark und Norwegen höchstens 5 000 deutschsprachige Emigranten in Schweden aufgehalten haben. Da im Gegensatz zu anderen Aufnahmeländern sich hiervon ein sehr hoher Anteil, vermutlich ein Drittel, aus politischen Flüchtlingen rekrutierte und die Umwelt wenig Integrationsmöglichkeiten bot, wurde das Exil in Schweden durch relativ mitgliederstarke Parteiorganisationen in den städtischen Zentren geprägt. So entstand bei den nichtkommunistischen Gruppen ein breiteres Spektrum an innerparteilicher Diskussion als etwa in Großbritannien, wo nach 1941 in erster Linie die offiziellen Leitungsgremien der Exilparteien das politische Geschehen innerhalb der Emigration bestimmten.

Die Schweiz, das dritte europäische Asylland während des Zweiten Weltkrieges, verhielt sich aufgrund von Wirtschaftsnationalismus und Überfremdungsangst, vor allem aber aus Rücksichtnahme auf ihre außen- und handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland ebenfalls außerordentlich zurückhaltend bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Bis 1941 sind lediglich etwas über 1 800 jüdische Emigran-

ten aus dem Reich und knapp 3 500 aus Österreich von der Reichsvertretung mit dem Auswanderungsziel Schweiz registriert worden. Die Zahl der Transitmigranten war freilich um vieles höher: 1938 zählte man bis zu 12 000 und 1939 bis zu 8 000 Emigranten, die auf Weiterwanderung warteten, darunter etwa 5 000 jüdische Flüchtlinge. Insgesamt haben während der Kriegsjahre annähernd 10 000 deutschsprachige Emigranten in der Schweiz gelebt; der Mehrzahl war nur aufgrund mangelnder Ausreisemöglichkeiten vorübergehend Asylrecht eingeräumt worden. Der Bundesrat hatte schon im April 1933 den Emigranten neben der Erwerbsarbeit auch jedwede politische Tätigkeit untersagt. Dementsprechend niedrig war mit wenigen Hundert Personen der Anteil des parteipolitisch aktiven Exils. Bis in die zweite Hälfte der 30er Jahre war es einzelnen Gruppen durch streng konspiratives Verhalten gelungen, Verbindungen zum Widerstand in Süd- und Südwestdeutschland zu pflegen. Während des Krieges lag die Bedeutung der Schweiz als Exilland zum einen darin, daß sich hier für Verfolgte aus dem Reichsgebiet und aus dem besetzten Frankreich die letzte Fluchtmöglichkeit in ein Nachbarland bot. Zum anderen konnte man von der Schweiz aus — meist in Zusammenarbeit mit alliierten Geheimdiensten — Kontakte zu oppositionellen Kreisen in der Heimat wieder anknüpfen und in den letzten Kriegsmonaten und während der ersten Besatzungsperiode eine Anzahl von Funktionären und Politikern zur frühestmöglichen Mitarbeit am politischen Neuaufbau nach Deutschland entsenden.

Die Vereinigten Staaten waren für die politische Emigration der Vorkriegsjahre aufgrund der besonderen Einwanderungsbedingungen und angesichts der auf ihre Heimat orientierten Bindungen und Interessen der Exilanten als Asylland von geringer Anziehungskraft. Mit der zunehmenden Bedrohung in Europa wandten sich in erster Linie politische Flüchtlinge aus wissenschaftlichen und akademischen Berufen, Schriftsteller, Publizisten und einzelne prominente Politiker vor allem aus dem sozialdemokratischen und bürgerlichen Lager nach den USA. Sie verfügten am ehesten über die Voraussetzungen für ein Non-Quota-Visum bzw. über die persönlichen oder politischen Möglichkeiten zur Beschaffung von Affidavits und Passagegeldern. Soweit sich die Aktivitäten dieser Gruppe während der Kriegsjahre noch im Bereich der Exilpolitik bewegten, also nicht nur im Rahmen wissenschaftlicher oder propagandistischer Mitwirkung an den Kriegsanstrengungen der USA, konzentrierten sie sich auf die Weiter-

verfolgung individueller Positionen der Vorkriegszeit in kleinen Zirkeln von Gleichgesinnten und — wie im Fall der sozialdemokratischen *German Labor Delegation* — auf die politische und materielle Unterstützung der in den europäischen Asylländern fortgeführten Parteiorganisationen.

Als einziges überseeisches Aufnahmeland beherbergte Mexiko ein organisiertes deutschsprachiges Exil größeren Umfangs und überregionaler Bedeutung. Vor allem emigrierte Kommunisten und Linkssozialisten hatten hier — in der Regel von Frankreich aus — Zuflucht gesucht, da Mexiko neben vertriebenen spanischen Republikanern auch ehemaligen Angehörigen der Internationalen Brigaden ohne Vorbehalt Asyl bot und eine entwickelte einheimische Arbeiterbewegung den Exilgruppen Unterstützung gewährte. In Lateinamerika dürften sich während des Zweiten Weltkriegs insgesamt mehrere Tausend deutschsprachige politische Emigranten — unter ihnen an die 300 Mitglieder der KPD — aufgehalten haben. Neben Mexiko ist es jedoch nur in einigen wenigen Staaten zu größeren Zusammenschlüssen oder zu nennenswerter publizistischer Aktivität gekommen.

Die Verhältnisse in den Aufenthaltsländern waren von nicht unwesentlichem Einfluß auf die Entwicklung des politischen Exils. Sie wirkten als mehr oder weniger zufällige äußere Faktoren, denn nur in Ausnahmefällen konnte der Flüchtling ganz frei und in Kenntnis der ihn dort erwartenden Umstände ein Asylland wählen; mit dem Herannahen des Krieges wurde für die in Europa lebende Mehrheit der politischen Emigranten die Flucht aus dem nationalsozialistischen Machtbereich in ein beliebiges noch offenes Land zur Überlebensfrage. Schon die fremdenrechtliche Praxis entschied weitgehend über Art, Umfang und Dauerhaftigkeit des politischen Engagements. So war das Verbot der Erwerbstätigkeit zum Beispiel eher geeignet, den Zusammenhalt von Parteimitgliedern in städtischen Zentren und die Bewahrung eigenständiger politischer Lebensformen zu fördern als etwa der faktische Arbeitszwang im kriegführenden Großbritannien mit der damit verbundenen Verteilung der Emigranten auf die Produktionsstätten im Lande. Politisches Betätigungsverbot und Internierung wie in der Schweiz konnten zwar ein offenes Organisationsleben unterbinden, stärkten andererseits aber den persönlichen Zusammenhalt von Gleichgesinnten, ihre Loyalität gegenüber der eigenen Vergangenheit und die Bereitschaft zu künftiger Aktivität. Auch die politische

Kultur des Aufnahmelandes, vor allem die Existenz einer der eigenen Tradition verwandten Arbeiterbewegung, die den Flüchtling als Angehörigen einer Bruderpartei respektierte und von ihm die Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus erwartete, gehörte zu den entscheidenden Faktoren für die Aufrechterhaltung der politischen Identität im Exil. Wo wirtschaftliche und gesellschaftliche Integrationschancen, geographische Distanz zum Herkunftsland und zivilisatorisch-kulturelle Assimilierungsmöglichkeiten zusammentrafen, also in den englischsprachigen Einwanderungsgebieten in Übersee, mußte mit fortschreitenden Jahren die personelle Auflösung des politischen Exils einsetzen.

Es wird geschätzt, daß sich höchstens vier Prozent der emigrierten Juden wieder in West-Berlin und in der Bundesrepublik niedergelassen haben. Die Anzahl der Rückkehrer unter den etwa 30 000 ursprünglich aus politischen Gründen Geflüchteten ist nicht verlässlich zu bestimmen. Sie könnte als Indikator dafür dienen, inwieweit das Exil seinen Charakter als Teil der Volksoption gegen den Nationalsozialismus über die Funktionärskader der Auslandsorganisationen hinaus trotz langer Kriegsjahre und weltweiter Zerstreuung bewahrt hat. Von den annähernd 2 150 in Band I des *Biographischen Handbuchs* aufgenommenen politischen Emigranten sind ca. 280 (13 v. H.) vor 1945 bei illegalen Missionen ins Reich oder in den besetzten Ländern der Gestapo in die Hände gefallen; ein Teil hat Gefängnis- und Lagerhaft überlebt. Nur etwa 30 gingen vor Kriegsende — meist schon 1933/34 und nach der Besetzung Westeuropas — freiwillig nach Deutschland zurück. Annähernd 200 (9 v. H.) starben vor 1945 im Ausland. Knapp 1 000 (46 v. H.) sind nach 1945 in ihre Heimatländer zurückgekehrt — bei Herkunft aus den ehemaligen Ostgebieten und der Tschechoslowakei meist in die deutschen Nachkriegsstaaten oder nach Österreich. Natürlich kann dieser unerwartet hohe Anteil von Rückkehrern nicht ohne weiteres auf das gesamte deutschsprachige Exil übertragen werden. Er erlaubt aber die Annahme, daß ein beträchtlicher Teil des Exils an seinem politischen Selbstverständnis festgehalten hat. Darüber hinaus sind manche der in den Emigrationsländern verbliebenen Flüchtlinge durch Beibehaltung bzw. Wiedererwerb der alten Staatsbürgerschaft zu Auslandsdeutschen oder Auslandsösterreichern geworden, die oft wesentlich zur Wiederanknüpfung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen in ihren Niederlassungsländern beigetragen haben.

#### IV. „Für Deutschland — gegen Hitler“: Exil und Widerstand

In der Vorkriegsperiode sahen die politischen Exilorganisationen ihre Hauptaufgabe in folgenden Bereichen: Zum einen in der Unterstützung, Anleitung und Außenvertretung illegaler Gruppen in der Heimat, zum anderen in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Politik des Auslands; schließlich bemühte man sich um Wahrnehmung der sozialen, rechtlichen und politischen Interessen der emigrierten Mitglieder sowie um Hilfe für inhaftierte Anhänger und deren Familien in der Heimat. Mit den letztgenannten Anstrengungen und in dem Ziel, dem Nationalsozialismus durch Aufklärung und politische Aktionen größtmöglichen Schaden im Ausland zuzufügen, bewegten sich die Exilorganisationen und die Verbände der jüdischen Emigration teilweise auf gleichem Terrain. „Mit dem Gesicht nach Deutschland“ standen jedoch — soweit es eigene Zukunftsperspektiven betraf — lediglich solche Emigrantengemeinschaften, die sich zu Recht oder zu Unrecht als der freie Arm der in der Heimat geknebelten, die wahren Interessen des Volkes vertretenden Parteien und politischen Richtungen verstanden: also in erster Linie die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung und ihre dissidierenden, oft erst im Exil entstandenen Sondergruppen; daneben die direkten oder sich auf deren Tradition berufenden Nachfolger der bürgerlich-liberalen Parteien sowie die Vertreter aller jener konservativen, ständestaatlich-autoritären und neonationalistischen Strömungen, die trotz gewisser historisch-ideologischer Affinität zum Nationalsozialismus im NS-Regime den Verrat an ihren politischen, gesellschaftlichen und moralischen Wertvorstellungen sahen.

Bei allen Exilorganisationen stand zunächst der Kontakt zum Widerstand im Inland an erster Stelle der Bemühungen. Dem gemeinsamen Bewußtsein, Sprecher des inneren Widerstands und somit Repräsentanten der eigentlichen Volksinteressen zu sein, wurden in der Praxis am ehesten die Exilvertretungen der alten Arbeiterbewegung und die von ihnen abgespaltenen Linksgruppen gerecht: Die einen aufgrund ihrer tatsächlichen Anhängerschaft in der Heimat und mit Hilfe parteiähnlicher Organisationen, die sich auf gerettete Verbandsgelder und Zuwendungen aus ausländischen Quellen stützen konnten; die Splittergruppen dank ihrer frühzeitigen Vorbereitung auf Konspiration und Illegalität, die ihnen nun eine relativ erfolgreiche Zusammenarbeit mit Gesinnungsfreunden in der Heimat ermöglichte. Mit Hilfe besoldeter Grenzfunktionäre in der CSR, in Dänemark, den Niederlanden,

in Belgien, Luxemburg, Frankreich und in beschränktem Maße auch von Polen, Österreich und der Schweiz aus versuchte man, Informations- und Propagandamaterial in Umlauf zu bringen oder an illegale Gruppen zur weiteren Verbreitung zu liefern. Kuriere und Instruktoren bemühten sich um ständige Verbindungen zu den Widerstandskreisen im Inland, um den Aufbau neuer Organisationen und um vertrauliche Nachrichten über politische und wirtschaftliche Entwicklungen.

Abgesehen vom erhofften Aufklärungseffekt und einer direkten Verunsicherung des Regimes mußten die Exilgruppen darauf bedacht sein, sich in der Heimat durch illegale Organisations- und Propagandatätigkeit Kader zu erhalten und gegenüber der Bevölkerung das eigene Fortbestehen als politische Kraft unter Beweis zu stellen. Die Legitimierung durch Untergrundaktivitäten war schließlich auch wesentliches Argument in den politischen und ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Parteien im Exil und bei ihren intern konkurrierenden Richtungen und Führungsgruppen. Die kommunistischen Parteien hatten darüber hinaus den einschlägigen Direktiven der Komintern zu folgen; bei der KPD führte die in der Illegalität zunächst noch fortgesetzte „revolutionäre Massenarbeit“ zu besonders hohen Verlusten. Presse, öffentliche Meinung und die befreundeten Parteien des Auslands neigten dazu, die Bedeutung und den Vertretungsanspruch der Exilorganisationen — d. h. auch ihre politische, publizistische und materielle Unterstützung — von Verbindungen zu oppositionellen Kräften in der Heimat abhängig zu machen. Exilgruppen, die dazu aufgrund ihrer politischen Basis und ihrer finanziellen Möglichkeiten nicht eigentlich in der Lage waren, strebten zumindest nach dem Anschein enger Beziehungen zum inneren Widerstand. Ihre oft dilettantischen Organisationsversuche führten ebenso wie das illusionäre Bestreben der großen Exilparteien, ein totalitäres System innenpolitisch mit den Mitteln der Schriftenpropaganda zu bekämpfen, nicht selten zur Gefährdung von Anhängern in der Heimat und der zu ihrer Hilfe entsandten Beauftragten. Der Wettbewerb um die Legitimierung der Exilorganisationen als Hauptvertreter der Opposition trug wesentlich zu der scharfen Fraktionierung der politischen Emigration und zur Schaffung jener menschlichen und moralischen Problematik bei, die Politik im Exil seit jeher begleitet.

Keine der Exilgruppen hat den vereinzelt geforderten Versuch unternommen, mit Attenta-

ten und Sabotage die Konsolidierung des Regimes möglicherweise wirksamer zu stören — nicht zuletzt aufgrund der Einsicht, daß Rückkehr und politische Zukunft nicht nur von ihren jeweiligen Parteigängern, sondern viel mehr noch von jener Mehrheit abhängen würden, die dem Regime im besten Fall mit kritischen Vorbehalten gegenüberstand und nicht durch die Anwendung von „Gegengewalt“ in ihrer Furcht vor Anarchie und sozialem Umsturz bestärkt werden durfte. Innerhalb der Exil-SPD erwartete man zudem das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft am ehesten von einer Aktion aus Kreisen der Reichswehr in Verbindung mit traditionellen Ordnungskräften, also Teilen der konservativen Beamenschaft und der Kirchen: Eine solche Entwicklung durch politische Aufklärungsarbeit im Inland und durch eine internationale Isolierung des NS-Regimes zu fördern, konnte als der eigentliche Beitrag zum Sturz Hitlers gelten. Insgesamt haben die Exilparteien — abgesehen von der grundsätzlichen Loyalität der Kommunisten gegenüber der Sowjetunion — in der Regel strikt darauf geachtet, sich in der Zusammenarbeit mit Regierungsstellen und besonders bei Kontakten zu zivilen und militärischen Geheimdiensten der Asylländer an den eigenen politischen Interessen zu orientieren. Auch nach Kriegsbeginn stand bei ihnen das Bestreben im Mittelpunkt, zwischen wirksamer Bekämpfung des Nationalsozialismus, politisch-ideologischen Grundpositionen und berechtigten Belangen der eigenen Nation im Hinblick auf eine spätere Rechtfertigungspflicht sorgfältig abzuwägen.

Das Scheitern der Widerstandsbewegungen und die Niederwerfung des Nationalsozialismus allein durch auswärtige Mächte waren geeignet, Tätigkeit und Wirkung auch der politischen Emigration als historisch irrelevant erscheinen zu lassen. In der Tat erwiesen sich die Mittel und Methoden des Widerstands dem nationalsozialistischen Herrschaftsapparat nicht gewachsen, Erwartungen und Zielsetzungen von Exil und innerem Widerstand meist als illusionär. Auf weite Strecken könnten deshalb Strategien und Aktionen der Opposition aus heutiger Sicht eher als Resultat ideologisch bedingter Fehleinschätzungen oder als Mittel zur Verfolgung parteipolitischer Sonderinteressen und nicht als verantwortbare Versuche zum Sturz der Diktatur gewertet werden. Für die damals Handelnden war jedoch die Fortführung des Kampfes gegen das Regime ein zentrales Element ihrer persönlichen Identität, die ja unter den Bedingungen des Exils vor allem durch den „politischen Auftrag“ geprägt wurde. Die Frage nach der Wirksamkeit ihres opferreichen Bemü-

lens kann nicht ausschlaggebender Maßstab sein. Der Widerstand in Illegalität und Exil gehört vielmehr zur Geschichte demokratischer Insurrektionen im deutschsprachigen Mitteleuropa und verdient es somit um so mehr, als Teil der jüngsten deutschen und österreichischen Nationalgeschichte rezipiert zu werden.

Eine vermutlich größere Beeinträchtigung nationalsozialistischer Interessen bewirkte die „Offensive der Wahrheit“, also der publizistische Kampf gegen das Regime im Ausland. Obwohl er im Verständnis der Exilorganisationen der illegalen politischen Arbeit in der Heimat untergeordnet war, bildete er in der Tat die Hauptaktivität der Gruppen. Weit über 400 Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtendienste, Rundbriefe und Bulletins konnten bisher allein für die reichsdeutsche Emigration namhaft gemacht werden, in ihrer Mehrheit Kampfblätter der Parteien und ideologischen Richtungen. Nur zum Teil waren sie lediglich für die interne Diskussion und zur illegalen Verbreitung in der Heimat bestimmt. Die wichtigsten Periodika, oftmals Fortsetzungen der ehemaligen Parteiorgane oder von reputierten politisch-kulturellen Zeitschriften, erreichten neben einem deutschsprachigen Publikum in der Tschechoslowakei, in Polen, in der Schweiz, im Saargebiet und in Österreich auch Politiker, Behörden und Redaktionen des Auslands. Pressedienste, Verlautbarungen, Rednerauftritte, die Beiträge emigrierter Journalisten in Presse und Rundfunk der Asylländer, Buchveröffentlichungen prominenter Politiker und bekannter Autoren sowie Erlebnisberichte von Verfolgten trugen des weiteren dazu bei, daß sich die Emigration auf dem Gebiet der internationalen Meinungsbildung zu einem ernst genommenen Gegner entwickeln konnte.

Wenn auch die Wirkung der Exilpolitik auf die Entwicklung in der Heimat und die Haltung des Auslands letztlich gering geblieben ist und ihr Einfluß auf die der Öffentlichkeit in den Asylländern sich nicht mehr messen läßt, so bezeugen doch die intensiven Abwehrmaßnahmen, daß das Dritte Reich zumindest die potentielle Gefährdung seiner Ziele durch die politische Emigration recht hoch eingeschätzt hat.

Die schon im Mai 1933 angeordnete listenmäßige Erfassung der politischen Emigranten führte zu einer detaillierten Datensammlung im Reichssicherheitshauptamt, die durch systematische Ausspähung mit Hilfe der diplomatischen Vertretungen, der NSDAP-Auslandsorganisation, von Gestapo-Agenten und nebenberuflichen „V-Männern“ bis Kriegs-

ende laufend ergänzt worden ist. Infiltrations- und Bestechungsversuche, Entführungs- und Mordaktionen jenseits der Grenzen, gezielte Gegenpropaganda, diplomatische Interventionen und auch die kollegiale Zusammenarbeit der Gestapo mit Polizei- und Ausländerbehörden der Asylstaaten sollten den Aktivitäten des Exils die personellen, materiellen und politischen Grundlagen entziehen. Eine besondere Wirkung erhoffte man sich von dem 14. Juli 1933 erlassenen *Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und über die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft*, auf dessen Grundlage bis in die letzten Kriegsmomente hinein annähernd 40 000 Personen namentlich zu Staatenlosen erklärt wurden. Es richtete sich zunächst ausschließlich gegen emigrierte politische Gegner; erst ab 1937 wurden zunehmend auch jüdische Flüchtlinge von der Ausbürgerung betroffen. Bis April 1939 wurden aufgrund der Recherchen von Gestapo und Auswärtigem Amt etwa 9 000 Emigranten der relativen Mobilität beraubt, die ihnen ein gültiger deutscher Reisepaß gewährt hätte. Die 11. *Verordnung zum Reichsbürgergesetz* vom 25. November 1941 verfügte schließlich die kollektive Ausbürgerung der jüdischen Emigranten und schloß so auch die letzten Lücken in einem System der archaischen Ächtung durch Expatriation.

Die Tätigkeit der Auslandsgruppen wurde schon ab 1935/36 durch die Zerschlagung von Widerstandskreisen in Deutschland zunehmend behindert, da damit nicht nur die Möglichkeiten für die Inlandpropaganda abnahmen, sondern auch die Berichterstattung über den Nationalsozialismus an Detailkenntnis und Authentizität verlieren mußte. Ab 1937 schränkte die Prager Regierung unter massivem deutschen Druck die Bewegungsfreiheit der politischen Emigration in der CSR mehr und mehr ein. Die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei und der Schock der „Reichskristallnacht“ verstärkten den Druck der Zuflucht suchenden Emigranten auf die wenigen verbliebenen Asylländer Kontinentaleuropas, die sich zudem einer wachsenden Bedrohung durch die deutsche Expansionsmacht ausgesetzt sahen. Die damit Hand in Hand gehende Einengung des fremdenrechtlichen Spielraums für die Exilparteien und die Appeasementtendenzen der europäischen Staaten trafen sich mit der schwindenden finanziellen Basis der nichtkommunistischen Gruppen und dem Tiefpunkt der organisierten Opposition im Reich. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom August 1939 lähmte schließlich auch die kommunistischen Exilorganisationen.

Mit dem deutschen Angriff im Westen erreichte die Krisenphase der politischen Emigration zwischen 1938 und 1941 ihren Höhepunkt: Zum Betätigungsverbot und zur organisatorischen Auflösung durch die Flucht der Emigranten aus den westeuropäischen Hauptstädten oder die Weiterwanderung nach Übersee kamen Zwangsverschickung, Internierung und — wie in Frankreich — Dienstverpflichtung in Arbeitskompanien der Armee. In den Jahren 1939 bis 1941 wurden 18 000—20 000 deutschsprachige Emigranten in über 100 französischen Internierungslagern festgesetzt. Familienangehörige, Entlassene und Entflohenen versammelten sich im Süden Frankreichs in der Hoffnung auf Ausreisemöglichkeit. Die Parteien und Gruppen des Exils konzentrierten sich in dieser Zeit auf Hilfsmaßnahmen für bedrohte Mitglieder durch Beschaffung von Einreisegenehmigungen vor allem nach Großbritannien und Übersee. 1940/41 konnten z. B. fast 1 000 sozialdemokratische Flüchtlinge mit Unterstützung amerikanischer Gewerkschaftsorganisationen aus Frankreich gerettet werden; 1942 dürften sich noch etwa 500 deutsche und österreichische Sozialisten ohne Ausreisevisum dort aufgehalten haben. Manche der auf dem Kontinent zurückgebliebenen Emigranten fanden schließlich illegalen Unterschlupf in den besetzten Ländern, konnten ihre Identität dauerhaft tarnen oder schlossen sich später einheimischen Widerstandsbewegungen an. Einige versuchten, trotz gesperrter Grenzen und des Risikos einer Abschiebung die nahe Schweiz zu erreichen; andere wählten — oft mit Sichtvermerken zweifelhaften Werts und mit Hilfe obskurer Schiffahrtsunternehmen — den Weg zu afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Zielhäfen. Unbekannt ist die Zahl derer, die in den Internierungslagern aufgrund mangelhafter Lebensbedingungen umgekommen, von der Gestapo aufgegriffen oder von kollaborierenden einheimischen Behörden an die deutsche Besatzungsmacht ausgeliefert worden sind.

Erst mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion und dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg begann für das deutschsprachige Exil nach der organisatorischen Auflösung und der politischen Desorientierung der Jahre 1938 bis 1941 eine neue Phase der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

Die Zentren der politischen Emigration hatten sich zwischenzeitlich nach England, Schweden, in die Schweiz und bei den kommunistischen Parteien in die Sowjetunion verlagert. Daneben bestanden kleinere Gruppen, Kreise und Parteizirkel — oft um Zeitschriften oder um einzelne prominente Persönlichkeiten ge-

schart — in fast allen überseeischen Ländern. Die geographische Verstreuung der Anhängerschaft stellte das organisierte Exil nicht nur vor das Problem, die alten Verbindungen über entfernte Grenzen und in Kriegszeiten aufrechtzuerhalten; die entmutigenden politischen Entwicklungen, die Mühsale eines permanenten Emigrantendaseins und die neuen Integrationsmöglichkeiten in den überseeischen Einwanderungsländern trugen auch wesentlich zur zahlenmäßigen Schrumpfung des Exils bei. Viele politische Flüchtlinge gaben mit den Jahren das Selbstverständnis des nach der Heimat orientierten Exilanten zugunsten einer neuen Identität als Einwanderer auf, die ihnen in der Regel eher die Energie zur Gründung einer erträglichen materiellen Existenz und die psychischen Voraussetzungen für ein Sichlösen von den politischen und moralischen Verstrickungen des Herkunftslandes geben konnte. Darüber hinaus war besonders außerhalb großstädtischer Emigrantenkolonien die Befürchtung weit verbreitet, durch politische Betätigung bei den Behörden des Gastlandes unangenehm aufzufallen bzw. mit einer offenen Stellungnahme auch für die freihetlichen Kräfte in der Heimat vom steigenden Haß der Umwelt gegen den nationalsozialistischen Kriegsgegner betroffen zu sein. Die Parteien und Gruppen des Exils reduzierten sich zwar nicht zu „Generälen ohne Armee“, das erschwerte Festhalten an politischen Zielen und kulturellen Werten führte jedoch das organisierte Exil durch einen Ausleseprozeß, der hohe Anforderungen an das nationale Identitätsbewußtsein des einzelnen stellte. Unter den politischen Flüchtlingen jüdischer Herkunft waren es in erster Linie die Anhänger der sozialistischen und kommunistischen Parteien, die auch in dieser letzten Phase trotz zunehmender Kenntnis des Genozids an ihren alten Bindungen festzuhalten vermochten.

Im Unterschied zur ersten Periode des Exils von 1933 bis 1938 konzentrierten sich die nichtkommunistischen Parteien und Gruppen während des Zweiten Weltkriegs fast ausschließlich auf den Versuch, durch ihre Publizistik sowie mit Hilfe direkter Kontakte zu Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und zu politischen Kreisen das Meinungsbild in den Gastländern zu beeinflussen. Hatten hierbei in der Vorkriegszeit noch die Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Forderung nach einer kompromißlosen Haltung der Demokratien im Vordergrund gestanden, so überwogen nunmehr die Propagierung des „Anderen Deutschlands“ und die Fragen einer künftigen Nachkriegsordnung in Europa. Mit ihren Zukunftsprogrammen beschäftigten sich die Exilgruppen

mehr und mehr im Rahmen *interner* Diskussionen und Planungsarbeiten. Die einst so rege publizistische Tätigkeit war durch die äußeren Umstände empfindlich eingeschränkt worden. Lediglich in einigen lateinamerikanischen Ländern konnten sich parteinahe Exilzeitschriften und Buchverlage in der Kriegszeit halten; in den USA verlagerte sich die öffentliche Diskussion in die Spalten deutschsprachiger Emigrantenzeitungen, während in den übrigen Asylländern meist hektographierte, auflagenschwache Informationsblätter die Funktion von Partei- und Gruppenorganen übernehmen mußten. Finanziell hielten sich die verbliebenen, mitunter personell auf England, Skandinavien, Nord- und Südamerika verteilten „Auslandsleitungen“ durch die bescheidenen Beiträge der Gruppenmitglieder und durch Zuwendungen befreundeter Organisationen der Asylländer mehr schlecht als recht über Wasser.

Sieht man von der Schweiz und von Schweden ab, die allerdings „illegale“ Aktionen gegen das Dritte Reich als Verletzung ihrer Neutralität strafrechtlich verfolgten, war ein direkter Kampf gegen den Nationalsozialismus in der Regel nur im Rahmen der alliierten Kriegsanstrengungen möglich. So haben einzelne Mitglieder und Funktionäre der Exilparteien und eine Reihe ihnen nahestehender Intellektueller und politischer Publizisten ihren persönlichen Beitrag zur Niederwerfung des NS-Regimes als Mitarbeiter von Propagandaeinrichtungen, als Berater bei kriegswichtigen Behörden oder im Dienst der alliierten Streitkräfte zu leisten versucht. Die Exilvertreter der demokratischen Parteien und der Freien Gewerkschaften sahen sich dagegen gehalten, eine *organisierte* Zusammenarbeit mit den militärischen Gegnern Hitlers von einem Mindestmaß politischer Übereinstimmung bzw. autonomen Handlungsspielraums abhängig zu machen. Da Amerikaner, Briten und die tschechoslowakische Exilregierung aus grundsätzlichen Erwägungen eine auch nur einigermaßen selbstbestimmte Mitwirkung deutscher Organisationen als Verbündete im Kampf gegen das Dritte Reich ablehnten, waren deren Aktionsmöglichkeiten äußerst begrenzt. Lediglich in einigen Fällen ist es zur Ausstrahlung von Rundfunkbotschaften der Exilparteien, zur Verwendung ihrer Flugblatt-Texte oder zur Überlassung von Informationsmaterial an alliierte Behörden gekommen. Gegen Kriegsende haben einzelne Gruppen die Gelegenheit benutzt, in Verbindung mit den militärischen Nachrichtendiensten Kuriere hinter den deutschen Linien einzusetzen; neben der Berichterstattung an die Alliierten sollten sie vor allem die eigenen politischen Leitsätze un-

ter den Kadern in der Heimat bekannt machen und durch schnellstmöglichen Wiederaufbau ihrer Organisationen Einfluß auf die künftige Entwicklung sichern. Darüber hinaus gab es vereinzelt Pläne, innerhalb der alliierten Streitkräfte Emigranten-Einheiten zu bilden oder gar selbständige „freideutsche“ Verbände aufzustellen. Sie gingen ebenso wie Versuche zur Schaffung einer Exilregierung oder einer offiziellen Gesamtvertretung der deutschen Opposition in der Regel von konservativen Kreisen aus und scheiterten schon an der grundsätzlichen Weigerung der Westmächte, ihre Kriegsziele durch die Anerkennung eines „Anderen Deutschlands“ auch nur in Teilen festlegen zu lassen. Einen Sonderfall bildet hier lediglich die österreichische Emigration: Zwar blieb der Versuch erfolglos, nach dem Kriegseintritt der USA unter legitimistischen Vorzeichen ein österreichisches Bataillon innerhalb der US-Armee aufzustellen; als jedoch die Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 die Wiederherstellung Österreichs zum Kriegsziel erklärt, seine Behandlung aber von dem Beitrag abhängig gemacht hatte, den das Land zu seiner eigenen Befreiung leisten würde, entstanden Ende 1944/Anfang 1945 auf Initiative von Vertretern der KPÖ innerhalb der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee in Serbien und Slowenien fünf österreichische Bataillone als offizielle Einheiten auf alliierter Seite. Allerdings kam nur ein Bataillon vor Kriegsende zum militärischen Einsatz. Abgesehen von den ausländischen Kampfgruppen des französischen und belgischen Maquis, denen sich auch deutsche und österreichische Emigranten anschlossen, war dies der einzige relativ eigenständige Beitrag des politischen Exils zur bewaffneten Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich.

Die Loyalität gegenüber der Sowjetunion bestimmte während des Krieges noch deutlicher als zuvor die Situation der kommunistischen Exilparteien. Zwischen dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und dem Überfall

auf die Sowjetunion waren sie innerhalb der politischen Emigration völlig isoliert und galten in den westlichen Asylländern als Werkzeug der Achse Berlin-Moskau. Ihre Aktivitäten richteten sich vor allem auf die Hilfe für internierte Mitglieder. Auch nach 1941 behielten sie zumeist ihre konspirative Organisationsform bei und traten als Parteiapparate kaum noch an die Öffentlichkeit. Die wesentliche Aufgabe lag nunmehr darin, im Rahmen von Hilfs- und Kulturverbänden und ab 1943 in „demokratischen Blockorganisationen“ politische und nichtorganisierte Emigranten für eine gemeinsame Front zu gewinnen; diese Vereinigungen dienten in der Regel auch als Plattform für die propagandistische Arbeit der kommunistischen Exilparteien im Westen. Für die in der UdSSR etablierten zentralen KP-Führungen schien sich nach dem Ende der „imperialistischen Phase“ des Krieges dagegen in der Tat die Perspektive einer weitreichenden Exilpolitik zu eröffnen. Im Bereich der Rundfunk- und Frontpropaganda, in der Roten Armee, in der sowjetischen Verwaltung und in den Einrichtungen der Komintern haben Emigranten zum Teil in maßgeblicher Position gewirkt; die Gründung des *Nationalkomitees „Freies Deutschland“* im Jahr 1943 konnte schließlich gar als Ausgangspunkt für eine anerkannte politische Gesamtvertretung der deutschen Opposition verstanden werden. Die weitere Entwicklung bewies jedoch, daß sich die kommunistischen Exilparteien in der UdSSR zwar voll als Verbündete der KPdSU und des Sowjetstaats begreifen durften, aber ebenso von den wechselnden Interessenlagen Moskaus abhängig und damit letztendlich Instrumente seiner Mitteleuropa-Politik waren. Mit der Festlegung der Sowjetunion auf eine Zerstückelung des Deutschen Reichs und den sogenannten Bevölkerungstransfer ergab sich ab 1944 außerhalb der UdSSR eine neue und endgültige Isolierung der Exil-KPD, recht eigentlich ihr Ausscheiden aus der politischen Emigration, die sich insgesamt ja als Vertretung deutscher Volksinteressen begriff.

## V. Zwischen Volksfront und „demokratischem Patriotismus“

Die Diskussionen, Konflikte und theoretisch-ideologischen Überlegungen innerhalb der politischen Emigration hatten sich zunächst der Frage nach den Gründen für das Scheitern der eigenen Bewegung in der Heimat zugewandt. Mit Ausnahme der kommunistischen Parteien, die auch hier der Komintern-Linie verpflichtet waren und den Sieg der Reaktion 1933/34 als weiteren Schritt der kapitalistischen Gesellschaft in ihre unvermeidbare Krise begriffen, führte die Niederlage zur

Selbstkritik an den politischen Strategien seit dem Ersten Weltkrieg und damit auch an den ideologischen Theoremen dieser Periode. Unmittelbare Folgen waren in der Regel eine Rückwendung zu linken Traditionen des politischen Denkens und radikale Forderungen an eine künftige Innen-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik. Freilich ist dieser Wandel bei den Auslandsleitungen der alten Parteien auch durch das Konkurrenzverhältnis zu linken Oppositionsgruppen stark gefördert

worden, die ihren Standpunkt durch den Gang der Geschichte voll gerechtfertigt sahen.

Dieser ersten Reaktion schlossen sich jedoch bald schon Versuche an, durch Faschismus-Analysen die politischen Entwicklungen des zurückliegenden Jahrzehnts unter Anwendung sozialwissenschaftlicher und ideengeschichtlicher Methoden zu reflektieren. Die Besinnung auf die „objektiven Faktoren“ für das Aufkommen und den Sieg des Faschismus förderte die ideologische Stabilisierung der Parteileitungen und ihre Rückkehr zu den grundsätzlichen Zielvorstellungen und politischen Mitteln der Vor-Exilzeit. Zu den weiterführenden Ergebnissen der historischen Aufarbeitung gehörte jedoch in fast allen Lagern des Exils die Erkenntnis, daß der Sieg der Diktatur wesentlich und zwangsläufig auf die soziale Isolierung der eigenen Bewegung zurückzuführen sei. Abgesehen von linken Splittergruppen, deren Hoffnung auf eine Einheitsfront der Arbeiterbewegung erst durch den deutsch-sowjetischen Pakt ganz zerschlagen wurde, gingen die Exilparteien davon aus, daß ihre künftige Politik auf einem Bündnis mit anderen Gesellschaftsschichten aufgebaut werden müsse.

Beeindruckt von den inneren Erfolgen des Nationalsozialismus, sahen Teile der reichsdeutschen und der sudetendeutschen Sozialdemokratie einen Bündnispartner in jenen Volksschichten, die — wie Kleinbürgertum und Bauernschaft — den Anschluß an die moderne Industriegesellschaft sozial, wirtschaftlich und bewußtseinsmäßig nicht oder nur mangelhaft vollzogen hatten und aufgrund des exklusiven Klassencharakters der alten Arbeiterbewegung dem Faschismus als scheinbare Massenbasis dienten: Sie sollten für einen national ausgerichteten, berufsständisch gegliederten und die christliche Sozialethik einbeziehenden Sozialismus gewonnen werden, in dessen Rahmen die organisierte Arbeiterschaft ihre bisherige Außenseiterposition innerhalb der Volksgemeinschaft würde überwinden können. Im Gegensatz dazu fand die Mehrheit des politischen Exils zu der Schlußfolgerung, daß lediglich durch das Zusammenwirken der freiheitlichen Arbeiterbewegung mit dem demokratisch gesinnten Teil des Bürgertums die Verwirklichung einer zeitgemäßen Sozialordnung möglich sein werde. In fast allen Lagern ging man davon aus, daß Privat- und Staatskapitalismus durch die ökonomischen und politischen Erfahrungen der 30er Jahre und die Instrumentalisierung der Wirtschaft für die Kriegspolitik des Dritten Reiches endgültig diskreditiert worden waren. An ihre Stelle müsse eine sozialistische Planwirtschaft treten, die ihre Produktionsziele am Konsumbe-

dürfnis der Mehrheit ausrichten würde; Werk-tätigen und Verbrauchern sollte dabei durch ein wirtschafts- und rätendemokratisches Verfahren weitgehende Mitbestimmung garantiert werden. Während die Linksgruppen zunächst noch forderten, diese Neuordnung gegebenenfalls auch mit den Mitteln einer revolutionären Kampfpartei zu verwirklichen, sahen die Sozialdemokraten ihre Aufgabe darin, die Mehrheit im Rahmen einer pluralistischen Demokratie von dieser Politik zu überzeugen. Um so mehr schien es geboten, das Wiedererstehen rigider klassenmäßiger Parteischranken zu verhindern, die eine Gewinnung anderer Bevölkerungsgruppen und damit den erstrebten politischen Grundkonsens der Gesamtnation gefährden würden. Zweifellos umfassen diese Überlegungen bereits wesentliche Elemente des Volkspartei-Verständnisses der sozialistischen und christlich-sozialen Nachkriegsparteien und des historischen Ausgleichs zwischen der österreichischen Arbeiterbewegung und den ehemaligen Trägern des Ständestaats. Die Schaffung von Einheitsgewerkschaften nach 1945 dürfte von ihnen sogar unmittelbar beeinflußt worden sein.

Die Möglichkeit zur Einbeziehung der Kommunisten in eine demokratische Bündnispolitik eröffnete sich erst nach dem 7. Weltkongreß der Komintern vom Sommer 1935. Anstelle des bisherigen „ultralinken“ Kurses forderten die kommunistischen Parteien nun die Einheitsfront der Arbeiterbewegung und eine Volksfront aller Hitlergegner. Es zeigte sich jedoch bald, daß die nur taktische Annäherung der KPD an parlamentarisch-demokratische Prinzipien ohne ein glaubwürdiges Abgehen vom Ziel der Diktatur des Proletariats den Gegensatz zur Sozialdemokratie nicht überbrücken konnte. Die zeitweilige Kooperation zwischen Vertretern der KPD und einzelnen bürgerlichen und sozialdemokratischen Exilpolitikern — so vor allem in Paris innerhalb der *Deutschen Volksfront* — scheiterte am Führungsanspruch der kommunistischen Partner. Nach 1939 engte die KPD ihr Bündnis Konzept zunehmend auf die „Einheitspartei aller Werktätigen“ neben der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften ein. Ereignisse wie die „Säuberungen“ in der UdSSR oder der deutsch-sowjetische Pakt machten es dabei noch illusorischer als zuvor, auf eine Bündnisbereitschaft innerhalb der sozialistischen Exilgruppierungen zu hoffen. Einen vorübergehenden Aufschwung erlebte das kommunistische Bündnis Konzept durch die Moskauer Gründung des *Nationalkomitees „Freies Deutschland“* im Juli 1943, nach dessen Muster bald *Freie Deutsche Bewegungen* in den westlichen Exilländern entstanden. Entscheidendes Moment wa-

ren dabei die weitgehenden Zugeständnisse die die Sowjetunion einer wirksamen deutschen Widerstandsbewegung einzuräumen bereit schien. Angesichts der zu erwartenden harten Haltung der Westmächte gegenüber einem besiegten Deutschland weckte der sowjetische Schritt gerade bei den nationalgesinnten Kreisen des Exils Hoffnungen auf ein neues Tauroggen. Die Moskauer Deutschlandpolitik ab 1944 entzog schließlich auch dieser Koalition jede Grundlage. Nach 1945 wurde die „Blockpolitik“ mit bürgerlichen Organisationen unter Ausschluß oder Gleichschaltung der sozialdemokratischen Parteien zu einem konstitutiven Element der kommunistischen Strategie in den sowjetisch dominierten Ländern Mitteleuropas.

Das ambivalente Verhältnis des deutschen Exils zu den Kriegszielen der Alliierten war schon in den theoretischen Positionsschriften zu Ende der 30er Jahre vorgezeichnet. Neben den Kommunisten mit ihrer bis 1941 von Moskau bestimmten Definition des „imperialistischen Krieges“ sahen auch die übrigen politischen Gruppen die militärische Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich mehr oder weniger als traditionellen Interessenkonflikt zwischen imperialistischen Mächten und nicht ausschließlich als „Bürgerkrieg zwischen Demokratie und Diktatur“. Es war jedoch offenbar, daß der Expansionswille des Regimes nur durch ein militärisches Eingreifen des Auslands gebrochen und der Sturz des Nationalsozialismus nur durch seine Niederlage an den Fronten eingeleitet werden konnte. Nach dem Wahlspruch „Für Deutschland, gegen Hitler“ ergab sich eine zwangsläufige Solidarität mit dem militärischen Kriegsziel der Alliierten. Die entmutigenden Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Unterdrückungssystem hatten darüber hinaus zu der Überzeugung geführt, daß die Erhebung des „Anderen Deutschlands“ und die sozialistische Revolution nur durch einen „militärischen Kaiserschnitt“ auszulösen seien. Als ein wirksamer Widerstand im Reich auch im Verlauf des Krieges immer unwahrscheinlicher wurde, hoffte man — wenn überhaupt — auf eine demokratische Erhebung zum Zeitpunkt der letzten entscheidenden Niederlage auf dem Schlachtfeld. Die Neugestaltung Deutschlands durch die freiheitlichen Kräfte in der Heimat und im Exil würde in jedem Falle von der Haltung der künftigen Besatzungsmächte abhängig sein.

Bis 1943, also während der Periode der *policy of postponement* in der alliierten Deutschlandplanung, sahen die Exilgruppen in den Friedenszielen der *Labour Party* vom November 1939, in der Atlantik-Charta, den Erklärun-

gen Stalins vom November 1941 und vom Mai 1942 oder in der Rundfunkrede Churchills am 21. Mai 1943 durchaus Voraussetzungen für den Aufbau eines unabhängigen demokratischen Deutschlands innerhalb einer kooperativen europäischen Staatengemeinschaft. Es galt, in der Öffentlichkeit und bei Parteien und Politikern der Gastländer um Vertrauen für die selbstregenerativen Kräfte des „Anderen Deutschlands“ zu werben. Der Kampf gegen die „vansittartistische“ These von der grundlegend autoritären, militaristischen, imperialistischen und humanitätsfeindlichen Natur des deutschen Volkes und seiner Kollektivschuld an Aufstieg und Untaten des Nationalsozialismus wurde deshalb zu einem der Hauptanliegen des Exils. Nachdem auf der Konferenz von Teheran Ende 1943 das Einverständnis der Mächte mit der Abtretung deutscher Gebiete an Polen bekanntgeworden war und Pläne zur Aufteilung des Reichs in den Diskussionen auftauchten, versuchten die nichtkommunistischen Exilgruppen trotz aller Aussichtslosigkeit dieses Bemühens, durch Proteste, Memoranden und Stellungnahmen den Plänen für Gebietsabtretungen, Bevölkerungstransfer, Entindustrialisierung und staatliche Zerstückelung entgegenzutreten. Mit der Einsicht in die Vergeblichkeit politischer Aktionen im Ausland wurde die antifaschistische Periode des Exils von einer Phase des demokratischen Patriotismus abgelöst, der zwar weiterhin den Nationalsozialismus als Hauptfeind begriff, in erster Linie aber die politische Selbstbestimmung, die territoriale Unversehrtheit und die materiellen Existenzmöglichkeiten des deutschen Nationalstaats in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellte. Die Haupttätigkeit der Exilorganisationen galt ab 1943 der Ausarbeitung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Plänen und Programmen für eine autonome deutsche Nachkriegsrepublik. Sie sollten den demokratischen Kräften in der Heimat eine einsatzfähige Konzeption in die Hand geben und den Westmächten nach dem erwarteten Fiasko ihrer Besatzungspolitik als Alternative dienen.

Trotz aller harten Bedingungen, die Washington und London dem besiegten Deutschland zu diktieren gedachten, lag für die nichtkommunistischen Gruppen die langfristige Zukunftsperspektive im Bündnis mit den westlichen Demokratien: Zum einen setzten sie ihre Erwartungen in den wirtschaftlichen und politischen Zwang zu einer Föderation der mittel- und westeuropäischen Staaten, die früher oder später auch zur Eingliederung des auf diese Weise zum Partner aufsteigenden deutschen Gemeinwesens führen müsse. Zum anderen aber sah man voraus, daß die Westmächte sehr

bald in Konflikte mit der expansiven Sowjetunion gerade in der europäischen Kernzone verwickelt sein würden. Gewisse Revisionen des Kriegsergebnisses zugunsten eines demokratisch orientierten Deutschlands würden dann in den Bereich des Möglichen rücken.

Innerhalb der österreichischen Emigration standen nationale Frage und politische Bündiskonzeption in engem Wechselverhältnis. Die *Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten* hielt an dem seit 1918 als Verfassungspostulat bestehenden Grundsatz fest, daß Deutsch-Österreich ein Teil der deutschen Republik sei. Ihre Zukunftsperspektive lag zunächst im Aufgehen Österreichs in einem revolutionären Gesamtdeutschland; bis zur Moskauer Deklaration von 1943 hoffte man zumindest auf die Eingliederung des österreichischen Staatswesens in eine europäische Föderation unter sozialistischen Vorzeichen. Auch für die österreichischen Kommunisten war der Anschluß an ein „Rätedeutschland“ bis in die zweite Hälfte der 30er Jahre hinein selbstverständlicher Programmpunkt. Ab 1937 allerdings erfolgte in dieser Frage eine zunächst mühevoll, dann aber um so rascher vollzogene Kehrtwendung: Noch vor dem deutschen Einmarsch bekannte sich die KPÖ zu einer historisch und kulturell gewachsenen österreichischen Nation, die getrennt von der deutschen bestehe. Auf dieser Grundlage konnte die kommunistische Emigration von Anfang an den Widerstand gegen das NS-Regime als nationalen Befreiungskampf definieren. Das ständestaatliche und legitimistische Exil vertrat in seinen zum Teil ganz unterschiedlichen Gruppierungen zwar nicht die gleichen Vorstellungen in der nationalen Frage, wandte sich aber ebenso gegen den vollzogenen Anschluß und die preußisch-protestantische Überfremdung Österreichs. So bildete sich schließlich auch hier ein national-österreichisches Selbstverständnis heraus, das vielerorts die Zusammenarbeit mit der kommunistischen Emigration ermöglichte. Sie sollte in erster Linie in den Asylländern darauf hinwirken, daß der Anschluß von 1938 als völkerrechtswidriger Akt nicht anerkannt wurde. Nachdem sich 1943 die künftigen Siegermächte für die Eigenstaatlichkeit Österreichs entschieden hatten, rückten auch für das österreichische Exil einschließlich der Sozialisten Form und Inhalte des künftigen Nationalstaats in den Vordergrund seiner Überlegungen und Auseinandersetzungen.

Für das sudetendeutsche Exil stellte sich das Problem der nationalen Interessenvertretung unter weitaus schwierigeren Bedingungen. Sozialdemokraten und Kommunisten hatten zu-

nächst eine Wiedererrichtung des tschechoslowakischen Staats ohne autonomistische Lösung der Minderheitenfrage abgelehnt. Während der Kriegsjahre stand dann die weiterhin auf Selbstbestimmungsgarantien beharrnde Mehrheitsgruppe der Sozialdemokratie einer volksfrontähnlichen Koalition aus Kommunisten, „staatsloyaler“ sozialdemokratischer Opposition und Bürgerlich-Liberalen gegenüber, die mit der tschechoslowakischen Exilregierung zusammenarbeitete. Dieses Bündnis zerbrach 1944 an den Plänen für eine Aussiedlung der deutschen Minderheit, denen sich lediglich die Kommunisten anschlossen. Die sozialdemokratische Mehrheitsgruppe versuchte vergeblich, diese Politik durch publizistische Interventionen und die Schaffung einer eigenständigen Widerstandsbewegung in der Heimat zu durchkreuzen. Die Vertriebung der deutschen Volksgruppe aus der Tschechoslowakei kam zumindest für die nichtkommunistischen Exilanten einer zweiten, endgültigen Emigration gleich. Sie ließen sich entweder in den Asylländern nieder oder gingen als „Rückkehrer“ nach Deutschland oder nach Österreich. Einige von ihnen sind an führender Stelle in der Vertriebenenpolitik tätig geworden.

Von den westlichen Besatzungsmächten wurde eine frühzeitige oder gar gruppenweise Rückkehr von politischen Emigranten bewußt verhindert. Nur in Einzelfällen sind Einreisegenehmigungen erteilt worden; wer aufgrund seiner politischen Haltung zu Bedenken seitens der Militärregierungen Anlaß gab, konnte in der Regel erst nach 1949 eine Rückkehr in die Bundesrepublik in die Wege leiten. Eine vermutlich nicht geringe Zahl ehemaliger Exilanten hatte angesichts der personell und strukturell restaurativen Tendenzen in Westdeutschland inzwischen die Hoffnung aufgegeben, an der Gestaltung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung mitwirken zu können. Obwohl zunächst ein waches und durchaus positives Interesse gegenüber der Emigration — etwa bei der Diskussion zwischen Walter von Molo, Frank Thieß und Thomas Mann in den Jahren 1945 und 1946 — bestanden hatte, orientierte die Öffentlichkeit ihr Bild vom Exil schließlich an ehemaligen Emigranten, die als Spezialisten der Besatzungsverwaltung und somit in der Rolle des „Siegens“ in Erscheinung traten. Unbemerkt und ungewürdigt blieb dagegen, daß die zurückgekehrten nichtkommunistischen Mitglieder des deutschen Exils in ihrem Bewußtsein und ihren Programmwürfen einer Politik verpflichtet waren, die — abgesehen von der militärischen und organisatorischen Zerschlagung des Nationalsozialismus — in wesentlichen Punkten

den damaligen Konzeptionen der Siegermächte zuwiderlief. Mehr noch: Die Begleitscheinungen des Kalten Krieges und das verfrühte Ende der engagierten Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich trugen dazu bei, daß das Exil in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung und sogar aus den Reihen demokratischer Parteien mit landesverräterischem Verhalten oder zumindest mit der feigen Distanzierung von den Geschicken des eigenen Volks in Verbindung gebracht wurde. Daß zahlreiche Remigranten trotz solcher Wiederbelebung nationalsozialistischer Propagandainhalte in hohe Wahlämter aufsteigen konnten, spricht andererseits für eine erfolgreiche Integration in das politische Leben der Bundesrepublik: Abgesehen von dem beträchtlichen Anteil im Pressewesen, von führenden Funktionen in Verwaltung, Diplomatie, Rechtsprechung und Bildung und einer vermutlich starken Präsenz in Partei- und Gewerkschaftsapparaten entfielen nach 1945 zeitweise über 50 Prozent der Sitze im Parteivorstand der SPD auf Heimkehrer aus dem

Exil, 28 haben in den Westzonen und in der Bundesrepublik Ministerämter innegehabt, über 360mal sind ehemalige Emigranten in die westdeutschen Parlamente gewählt worden. Obwohl viele Anhaltspunkte für einen unmittelbaren Zusammenhang spezifischer Exilerfahrungen mit neuen Parteistrukturen, politischen Grundwerten, Wirtschaftstheorien, außenpolitischen Orientierungen oder den Strategien der Deutschlandpolitik sprechen, kann die Frage nach einem *kollektiven* Einfluß der Remigranten als informelle Gruppe auf die politischen und geistigen Entwicklungen der Nachkriegszeit noch nicht verläßlich beantwortet werden. Ihre gewiß bedeutsame Teilnahme am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland stellt jedoch ebenso wie die ähnlich gelagerte Remigration nach Österreich und die prominente Mitwirkung kommunistischer Emigranten an der Errichtung des SED-Staats zumindest die personelle Kontinuität zwischen der politischen Kultur der vernationalsozialistischen Zeit, dem Widerstand im Exil und der Nachkriegsgeschichte her.

## Zum zeitgeschichtlichen Hintergrund der Arbeiten von A. Jardin und M. Hereth über Alexis de Tocqueville

1814 wird Kaiser Napoleon von der Armee zur Abdankung gezwungen. Mit Ludwig XVIII. kehren die Bourbonen auf den Thron zurück. Er oktroyiert die *Charte constitutionnelle*: Nach britischem Vorbild wird ein Zweikammersystem eingeführt, die *Chambre des Pairs* mit erblicher Mitgliedschaft und die nach hohem Zensus gewählte Deputiertenkammer. (Das aktive Wahlrecht war an einen Besitz von mindestens 300 Francs geknüpft, nur 90 000 Franzosen waren wahlberechtigt.) Gesetzesinitiativen konnten allein von der Regierung ausgehen; die Minister sind dem König verantwortlich. Die neue Verfassung begünstigt politisch Adel und Klerus, läßt aber folgende Errungenschaften der Revolution bestehen: Die *Neuverteilung der Nationalgüter* wird zunächst noch fortgeführt; der Anteil von Adel und Klerus am Grundbesitz ging zugunsten von Kleinbauern und Besitzbürgertum zurück. Feudale Hörigkeitsverhältnisse auf dem Lande sind für die Zukunft ausgeschlossen. Der *Code civil* erkennt die Rechtsgleichheit der einzelnen Bürger an; persönliche Freiheit, Privateigentum, Zivilehe und Ehescheidung sind rechtlich abgesichert.

*Politische Parteien*: Die *Ultraroyalisten* (mit Karl X. als Gallionsfigur) setzen sich für die Restaurierung der alten Adelsprivilegien ein, die *Independents* für die „liberalen Prinzipien von 1789“, die *Doktrinäre* (exponierter Vertreter: Historiker François Pierre Guillaume Guizot, 1787—1874) für eine konstitutionelle Monarchie.

1815 Die Wirren des Wiener Kongresses werden von Napoleon für die Rückkehr aus Elba benutzt; nach dem mißglückten Zwischenspiel der „Hundert Tage“ und seiner endgültigen Verbannung folgt die sogenannte „Zweite Restauration“: „Weißer Terror“ gegen Jakobiner und Bonapartisten; Wahl der ultraroyalistischen *Chambre introuvable* (1816 aufgelöst); Säuberung der Behörden (70 000 Verhaftungen). Der König will zwischen Revolution und Restauration ausgleichen und stützt sich auf gemäßigte Royalisten. Nach seinem Tod

1824 regiert Karl X. mit Kirche und Ultras. Die Reaktion versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen: Sakrileg- und Pressegesetze, die Aufsicht der Kirche über die Schulen, die Rückkehr der Jesuiten, die Auflösung der Nationalgarde und hohe Entschädigungen für die konfiszierten Güter der emigrierten Adligen sollen die Forderungen von Adel und Klerus nach Wiederherstellung ihrer ursprünglichen Macht befriedigen.

1830 führen die „Juliordonnanzen“ (Auflösung der soeben gewählten, von der liberalen Opposition majorisierten Kammer, Pressezensur, Wahlrechtsänderung) am 27. 7. zur Juli-Revolution, vorbereitet u. a. von Adolphe Thiers (1797—1877), Historiker und Redakteur des „National“. Nach Barrikadenkämpfen in Paris dankt Karl X. ab und flieht nach England. Gegen die schwachen bürgerlich-republikanischen Kräfte und die noch unorganisierten Arbeiter läßt die Partei der Bourgeoisie (u. a. Thiers, Guizot) Louis Philippe, Herzog von Orléans (geb. 1773), unter Annahme der Trikolore zum „König der Franzosen“ proklamieren; er wird der „Bürgerkönig“ genannt. Die Verfassung wird im Sinne des Großbürgertums revidiert; Ministerverantwortlichkeit und Senkung des Wahlzensus auf 200 Francs schränken die Macht des grundbesitzenden Adels und Klerus ein. Wirtschaftlich beginnt die Zeit des Kapitalismus und der Industrialisierung, vor allem im Bereich des Manufakturwesens, des Bergbaus und der Eisenbahnen.

Frankreich bleibt jedoch durch die Landwirtschaft geprägt. Das Manufakturwesen ist der ausländischen Konkurrenz in weiten Teilen unterlegen und kann sich nur durch Druck auf die Löhne der Arbeiter behaupten.

1831 und 1834 demonstrieren die Lyoner Seidenweber gegen fortgesetzte Lohnkürzungen; die militärischen Repressionen lassen die Erhebung zu einem Aufstand anwachsen, der von der Armee niedergeschlagen wird.

Mit Hilfe von Guizot setzt Louis Philippe ein konservatives Regime durch. Man sagt, in Wirklichkeit herrschten die Bankiers. Das Finanzbürgertum (*pays légal*) wird mit der Aufforderung „Bereichert Euch!“ gewonnen; 1842 wird die Eisenbahn privatisiert.

1846/47 Wirtschaftskrisen radikalisieren das neue *Proletariat*. Louis Blanc (1811—1882) fordert Produktiv-Assoziationen, in denen die Arbeiter in demokratischer Selbstverwaltung über Produktion und Profit entscheiden sollen. Das Recht auf Arbeit soll durch die Einrichtung staatlicher Nationalwerkstätten durchgesetzt werden.

1847 Reformbankette (z. B. diejenigen von Alphonse Lamartine, 1790—1869, des späteren Außenministers) mit Forderungen nach Änderung des Wahlrechts und des Parlaments werden von Guizot verboten. Dies ist der Anlaß für die *Februar-Revolution*.

1848 (22.—24. 2.): Studenten, Arbeiter und die Nationalgarde erzwingen in Barrikadenkämpfen die Abdankung des Bürgerkönigs und rufen die Republik aus.

1848—1852 *Zweite Republik*

Die Zweite Republik mit ihren sozialen Institutionen (unter Louis Blanc als Arbeitsminister werden Nationalwerkstätten errichtet) stellt einen Kompromiß der an der Revolution beteiligten Klassen dar: die Mehrheit bilden die Vertreter der neuen, industriellen Bourgeoisie, außerdem sind das republikanische Kleinbürgertum, die republikanische Bourgeoisie (repräsentiert durch den „National“), die dynastische Opposition und die Arbeiterklasse vertreten.

1848 März: Verkündung des allgemeinen Wahlrechts, erstmals auch für besitzlose Arbeiter und arme Bauern.

23. April: Wahlen zur Nationalversammlung: gemäßigte republikanische Mehrheit.

Mai: Massenaufstand linker Kreise.

Juni: Schließung der Nationalwerkstätten, daraufhin Arbeiteraufstand, der von der Armee niedergeschossen wird (10 000 Tote).

November: Verfassung der Zweiten Republik: eine Kammer, direkte Wahl des Präsidenten. Das um Sicherheit besorgte Bürgertum gibt 75% der Stimmen dem Neffen Napoleons I.

Dezember: Louis Napoleon (geb. 1808) wird Prinz-Präsident, aus unterschiedlichen Beweggründen zunächst gestützt von Bauern, Kleinbürgern und Arbeitern. Louis Bonaparte regiert gegen das Parlament mit Hilfe von Armee und Bürokratie.

1849 scheidet ein Aufstand; es beginnt eine Phase der Auseinandersetzung zwischen Legislative und Exekutive.

1850 März: Die Linke verzeichnet einen bedeutenden Stimmengewinn bei den Wahlen; daraufhin wird im Mai das allgemeine Stimmrecht abgeschafft.

1851 2. Dezember Staatsstreich: Auflösung der Kammer, Verhaftungen, Louis Napoleon regiert mit Hilfe der bürokratischen Exekutive und läßt sich

1852 als Napoleon III. zum „Kaiser der Franzosen durch die Gnade Gottes und den Willen der Nation“ wählen.

### Einige weltpolitische *Fragen*, zu denen Tocqueville Stellung nimmt

Die *Großmächte* sind Großbritannien, Rußland, Österreich, Preußen und Frankreich. Die Juli-Revolution eröffnet in Westeuropa die Epoche der bürgerlichen Vorherrschaft in den konstitutionellen Monarchien; in Mittel- und Südeuropa erhalten die nationalen und liberalen Bestrebungen neuen Auftrieb.

Kongreß-*Polen* war durch die Wiener Kongreßakte 1815 Rußland zugeschlagen worden (das es vorher annektiert hatte).

*Indien* war britische Kronkolonie; Napoleon versuchte zweimal (1801 und 1807/08) vergeblich, den Subkontinent unter französischen Einfluß zu bringen.

*Algier* wird 1830 von Frankreich besetzt, Algerien dient sowohl als Kornkammer als auch als Siedlungsraum für französische Kolonisatoren. 1843 wird die Eroberung abgeschlossen.

*Belgien* befindet sich im Widerstand gegen die 1815 zusammengeschlossenen Vereinigten Niederlande, wird 1830 nach einem Aufstand selbständig und gibt sich 1831 eine liberale Verfassung. 1831/32 wird der Angriff der Niederlande mit französischer Hilfe abgeschlossen; Luxemburg wird aufgeteilt.

In *Italien* erfaßt die revolutionäre Bewegung Modena, Parma und die Romagna. Bis auf die Besetzung von Ancona (1831—1838) bleibt die erhoffte französische Hilfe aus, so daß österreichische Truppen ‚die Ruhe wieder herstellen‘ können.

*Orient-Frage*: Nach dem Abzug der Franzosen aus Ägypten (1803) usurpiert der Albaner Mohammed Ali (1769—1849) die Macht. Seine weiteren Eroberungskriege, nationale Befreiungserhebungen und die Eingriffe der Großmächte tragen zum weiteren Verfall des Osmanischen Reiches bei, das durch innere Zerrüttung geschwächt ist. 1839—1841 Orient-Krise: Eine britisch-russisch-preußische Übereinkunft nötigt Frankreich, die Unterstützung Ägyptens aufzugeben. Mohammed Ali wird erblicher Statthalter; das von ihm 1833 eroberte Syrien fällt an die Türkei zurück.

### Biographische Anmerkungen

*Barrot*, Odilon (1791—1873), Konstitutioneller Monarchist, Führer der dynastischen Linken während der Juli-Monarchie, Gegner Guizots, Mitorganisator der Reformbankette. Unter Louis Napoleon zunächst Minister, später in der orleanistischen Opposition.

*Beaumont de la Bonnière*, Gustav (1802—1866), Publizist. War mit Tocqueville in Amerika, schrieb später dessen Biographie. Zog sich nach dem Staatsstreich Napoleons aus der aktiven Politik zurück.

*Billaut*, Adolphe (1805—1863), Anhänger Napoleon III.

*Corcelle*, Claude Tircuy de (1802—1892), Abgeordneter 1837—1852, 1849 Statthalter Frankreichs in Rom.

*Cousin*, Victor (1792—1867), Philosoph. Im Kabinett Thiers 1840 Minister für öffentliche Erziehung. Verläßt 1851 seinen Lehrstuhl an der Sorbonne.

*Dufaure*, Armand (1798—1881), 1839 Minister für öffentliche Arbeiten, unter Marschall Soult 1845 Vizepräsident der Chambre. Mehrmals Minister. Konservativer Republikaner.

*Espartero*, Balomero (1793—1879), spanischer General und Monarchist, 1841—1843 Regent. Zog sich 1856 endgültig zurück.

*Fieschi*, Giuseppe (1790—1836), Abenteurer und korsischer Nationalist, nach Attentat auf Louis Philippe zum Tode verurteilt.

*Michelet*, Jules (1798—1874), Historiker, setzte sich für die bürgerlichen Freiheiten ein. Seit 1834 Regierungsmitglied, 1848 wegen seiner liberalen Ansichten suspendiert.

*Montalembert*, Charles Forbes de (1810—1870), Führer der liberalen Katholiken, seit 1835 Vorsitzender der Chambre des pairs. Unterstützt zunächst die restriktive Politik Louis Napoleons, geht aber nach dem Staatsstreich in die Opposition.

*Quinet*, Edgar (1803—1875), Historiker mit liberalen und atheistischen Ansichten. Von Guizot 1846 von seiner Literatur-Professur suspendiert, 1851 verbannt.

*Rivet*, Jean (1800—1872), Abgeordneter 1839—1846 und 1848—1851.

*Villemain*, Abel François (1790—1870), von 1840—1844 Erziehungsminister unter Guizot.

*Die Redaktion*

## Tocqueville als Parlamentarier

„Hundertmal habe ich gedacht, daß, falls ich Spuren in dieser Welt hinterlassen sollte, es wohl mehr auf meine Schriften als auf meine Taten zurückzuführen sein wird“, schrieb Alexis de Tocqueville (1805—1859) im Dezember 1850 in Sorrent, als er während der Genesung von einer Lungenerkrankung über sein bisheriges Leben nachdachte und sich mit dem Gedanken trug, historische Forschungen zu betreiben, die dann später zur Veröffentlichung von *L'Ancien Régime et la Révolution* führten. Ein echter Wandel, denn abgesehen von der kurzen Skizze eines Aufsatzes über *Indien* und einigen akademischen Notizen hatte er in den vorangegangenen zehn Jahren seine ganze Kraft dem öffentlichen Leben gewidmet.

Gewiß, es ist Tocqueville nie gelungen, dort auf höchster Ebene die Rolle eines Guizot, eines Thiers oder auch nur die eines zwar kurzen, aber entscheidenden Augenblick lang wichtige Rolle eines Lamartine zu spielen. Beaumont, und darin stimmen die meisten Biographen mit ihm überein, hat uns seinen Freund als zu nervös geschildert, um sich auf die Rednerbühne zu drängen, als zu zurückhaltend und zu wenig geschickt, um eine dauerhafte Partei um sich zu sammeln. Freilich hat Beaumont zu schwarz gemalt, wenn er Tocqueville zu einem Einzelgänger macht, der sich von allen Parteien fernhielt; und sein Zeugnis ist mit einigem Vorbehalt zu lesen: Ihn plagte ein schlechtes Gewissen, weil er Tocqueville während der Zeit der politischen Auseinandersetzungen über die Juli-Monarchie im Stich gelassen hatte. Als Herausgeber der unvollständigen *Oeuvres complètes* seines Freundes hat er darin dann auch mit Sorgfalt jede Anspielung auf ihre ehemaligen politischen Differenzen getilgt.

Tatsächlich war die politische Karriere Tocquevilles keineswegs durchschnittlich: Während der Juli-Monarchie war er in der Abgeordnetenkammer Berichterstatter über Gesetzesvorlagen zur Abschaffung der Sklaverei und zum Gefängniswesen — zwei der größten moralischen Probleme für das liberale Be-

wußtsein jener Zeit — und über das Algerien-Statut, Gegenstand leidenschaftlicher Kontroversen. Gegen Ende der Juli-Monarchie verfügte er über eine Art moralischer Autorität, die zunächst zweifellos umstritten, im Laufe der Zeit jedoch nach und nach anerkannt wurde. Diese Autorität macht die Rolle verständlich, die der ausgesöhnte Gegner der Republik während der Zweiten Republik spielte: 1848 Mitglied des Verfassungsausschusses, 1849 Außenminister, dann Berichterstatter des Entwurfs zur Revision der Verfassung, an dem die Zukunft des Landes hing.

Die großen Linien seines politischen Programms während der Juli-Monarchie lassen sich anhand seiner Korrespondenz und seiner Aufsätze, die leider nicht alle identifiziert sind, aufzeigen, und vor allem anhand seiner etwa dreißig Reden, die er zwischen 1839 und 1848 im Parlament gehalten hat. Die letzte, vom 27. Januar 1848, in der er einen allgemeinen Eindruck von Instabilität schildert, „dieses Gefühl, das Revolutionen vorausgeht“, hat dazu beigetragen, seinen Ruf als Prophet zu festigen. Vielleicht nicht ganz zu Recht, denn in dieser Rede, als er das Neue an dem revolutionären Geist von 1848 auf schmerzhaft Weise spürte, verließ er nur einer Angst Ausdruck, die von vielen wachen Köpfen geteilt wurde. Im übrigen hatte er seine eigene Besorgnis etwas übertrieben, um den Optimismus der Mehrheit im Parlament zu erschüttern...

Die Reden Tocquevilles sind von unterschiedlicher Qualität, jedoch wird die Tragweite ihrer Aussagen durch die Notizen zu ihrer Vorbereitung erhellt. *Die Demokratie in Amerika* war das abschließende Ergebnis einer Arbeit, deren erste Phase durch die *Tagebücher der Reise in die Vereinigten Staaten* gekennzeichnet ist. Diese Aufzeichnungen, die im Anschluß an die Reise im Verlaufe mehrerer Jahre entstanden sind, erlauben es uns, einen langsamen Entwicklungsprozeß nachzuvollziehen. Ebenso resümiert Tocqueville in jeder seiner Reden, in jedem politischen Aufsatz eine Arbeit, der er mit Ausdauer nachgegangen ist. Er redete oder schrieb nur über das, womit er sich lange beschäftigt hatte. So hat er beispielsweise, um eine Stellungnahme zur Freiheit des Schulwesens vorzubereiten, nicht nur Auszüge aus Zeitungen, Zeitschriften und

Gekürzte und überarbeitete Fassung eines Beitrages aus der französischen Zeitschrift *Contrepointe*. Übersetzung: Jutta Hössken.

Flugblättern, die die aktuellen Auseinandersetzungen wiedergaben, angefertigt, sondern er hat darüber hinaus auch die Werke von Cousin und Villemain exzerpiert und das Universitätsgesetz von Ambroise Rendu auf alphabetisch geordnete Karteikarten übertragen. Seine Akten quollen über von Anmerkungen zu Schriften oder Gesprächen über die verschiedensten Gegenstände, die er irgendwann zu erforschen haben könnte. Wenn ihn

ein Gedanke besonders beeindruckt hatte, griff er ihn in Skizzen wieder auf, die er mehrfach revidierte, bevor er einen Leitfaden für die endgültige Fassung entwarf. Neben den tatsächlich benutzten, sind in seinen Archiven jene begraben, die für Reden bestimmt waren, die dann nie gehalten wurden und manchmal Aufzeichnungen von Gedanken, die der Öffentlichkeit preiszugeben ihm nicht opportun schienen.

## Die Interessen des „einzigartigen Frankreich“

Im Juni 1849 wird Tocqueville Außenminister des Prinz-Präsidenten. Die internationalen Beziehungen waren eines seiner Hauptanliegen; und gerade hier begründete sich wesentlich seine Feindschaft gegen Guizot während der Juli-Monarchie. Wir werden im folgenden die Grundlinien seiner Vorstellungen herausarbeiten, und zwar für den Zeitraum von seiner ersten Parlaments-Rede über die Orient-Frage am 20. Juli 1839 bis zur Revolution von 1848. Seit 1839, nach dem zweiten siegreichen Feldzug Mohammed Alis gegen den Sultan, ist die Orient-Frage die Hauptsorge in politischen Kreisen. Die Sorge steigerte sich zu einem Gefühl der Angst, als sich 1840 die vier Großmächte miteinander verständigten und über die Angelegenheiten im Orient ohne die Beteiligung Frankreichs eine Vereinbarung trafen. Die Notizen Tocquevilles bezeugen sein Interesse an diesem Problem, und sie verdeutlichen, welchen Stellenwert diese Krise bei der Festlegung seines außenpolitischen Konzeptes gehabt hat.

Dabei wirkt die Einengung seines Blickwinkels auf die Interessen des „einzigartigen Frankreichs“ — ein Ausdruck, den Maurras später freudig aufgreifen wird — manchmal ein wenig befremdend.

Bereits 1831 hatte er, als junger Mann auf Reisen in Kanada, seine Sympathie für den zu jener Zeit drohenden Aufstand der französischen Bevölkerungsgruppen gegen die englische Regierung bekundet. 1840 gibt der Politiker, der den Erhalt der Einheit des osmanischen Reiches wünscht, dafür als einzige Begründung an, daß Frankreich im Falle einer Teilung eine schlechtere Position als Rußland und England habe; auf jeden Fall sollte es sich, wenn sich die Anzeichen für eine Teilung verstärkten, ein Unterpand sichern und mit einer der Mächte ein Bündnis gegen die andere eingehen: Falls die Einheit des Reiches erhalten bliebe, könne man mit den Engländern einig werden, im Falle der Teilung jedoch sollte man sich mit Rußland verständigen, da Österreich, dessen Position ebenfalls zu schlecht ist, nicht

in Betracht kommt. Zur gleichen Zeit vertritt Tocqueville die Ansicht, daß die Franzosen die Hand nach den Balearen ausstrecken sollten, da sie für die Verbindung zu Algerien unentbehrlich sind. Und in einem Aufsatz, der nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, wendet er sich mit folgenden Worten gegen die Absicht gewisser Liberaler, auf die Kolonie zu verzichten:

„Im Vollbesitz seiner Kraft und sogar auf dem Höhepunkt seiner Expansionsstärke kann ein Volk in einem Krieg unterliegen und dabei Provinzen verlieren. Wenn aber Frankreich vor einem Unternehmen zurückschreckt, bei dem es nichts zu fürchten hat außer den Schwierigkeiten, die die natürlichen Gegebenheiten des Landes mit sich bringen, und dem Widerstand kleiner Barbarenstämme, die dort leben, dann erweckt das in den Augen der Welt den Eindruck, als beuge es sich seinem eigenen Unvermögen und erliege seinem Mangel an Mut. Jedes Volk, das leichten Herzens wieder hergibt, was es erworben hat und sich ohne aufzubegehren in seine alten Grenzen zurückzieht, erklärt damit, daß die guten Zeiten seiner Geschichte der Vergangenheit angehören. Für alle sichtbar beginnt die Zeit seines Niedergangs.“

Dieser Text steht keineswegs allein. Tocqueville empfiehlt eine umsichtige Politik, die aufmerksam die Entwicklung in der Welt verfolgt, denn Frankreichs „vornehmstes“ Anliegen sei es, überall despotische durch freiheitliche Institutionen zu ersetzen. Nur diese Politik sei dem nationalen Stolz und der erhabenen „Tugend“ des französischen Volkes angemessen und dem kostbaren Erbe der Revolution verpflichtet, folglich sei dies die einzige Politik, die das Juli-Regime festigen könne. Im Gegensatz dazu glaubt Guizot, „daß das Land schwerlich Krieg führen kann, ohne daß eine Revolution im Inneren stattfindet“.

Nach Tocquevilles Auffassung soll der Frieden erhalten werden, solange es mit der nationalen Ehre vereinbar ist. Und das scheint ihm im Europa seiner Zeit einfacher zu sein als im

zerstückelten Europa des 18. Jahrhunderts. Der Zar, der ideologisch in gleicher Weise Frankreichs Feind ist wie es Philipp II. zur Zeit der Reformation war, ist vollauf mit der Gleichschaltung Polens beschäftigt, und die deutschen Herrscherhäuser haben genug damit zu tun, sich ökonomisch zu sanieren und ihre Völker zu vereinigen. Eine kontinentale Allianz gegen Frankreich ist folglich wenig wahrscheinlich, solange die Franzosen nicht angreifen. Und ein solches Bündnis ist ohne die Unterstützung Englands nicht denkbar. England ist aber mit seiner Expansion in Übersee beschäftigt, die von vitalem Interesse für seine Industrie ist und den Lebensunterhalt der arbeitenden Bevölkerung gewährleistet. Eine Annäherung Englands an Rußland kann darüber hinaus für England nur eine prekäre Angelegenheit sein — es liefe Gefahr, den Preis dafür im Orient zu zahlen.

Vor Krisen wie jener des Jahres 1840 ist man indessen nicht geschützt: die vier verbündeten Großmächte stellten dem französischen Schützling Mohammed Ali ein Ultimatum (für ihn empfand Tocqueville weder die Begeisterung vieler seiner Zeitgenossen noch teilte er deren Illusionen). Es muß also festgelegt werden, von welchem Punkt an Frankreich zu keinem weiteren Nachgeben mehr bereit ist — für den Fall, daß diese Staaten ihre Drohung wahr machen und den Vizekönig absetzen. Sollte der unvorherzusehende Fall eintreten, daß es die Alliierten auf einen Krieg ankommen ließen, wäre die Herausforderung im Vertrauen auf die Tapferkeit des französischen Volkes anzunehmen, das „in außergewöhnlichen Situationen ... eine Kraft entfaltet, die ohnegleichen ist, dessen ungestüme, kühner Schwung alle Berechnungen der alten Mächte

über den Haufen wirft und den Sieg nach Hause trägt". Hier handelt es sich gewiß um eine romantisch verklärte Erinnerung an die „grande nation“, wie sie sich bei vielen Liberalen jener Zeit finden ließe. Für sie jedoch, beispielsweise für Thiers, bleibt nach wie vor die Wiederherstellung der natürlichen Grenzen oder zumindest eine Verschiebung der Rheingrenze zugunsten Frankreichs das Hauptziel. Tocqueville glaubt nicht, daß Frankreich auf dem Kontinent noch die Möglichkeit hat, sein Territorium auf Dauer zu erweitern. Für ihn liegt die Zukunft des Landes anderswo, jenseits der Meere.

Wie sehr sich die Einflußsphären nach dem Sturz des Kaiserreiches verschoben haben, ist er sich in der Tat sehr wohl bewußt. Der kranke Riese Asien leidet unter dem Ansturm Rußlands vom Land aus, von den Küsten her wird er von der Seemacht England angegriffen; alle beide stellen die Vorhut der europäischen Nationen dar. Aus diesem Grunde lastet das schwerwiegende Problem, ob das Osmanische Reich, an der Pforte nach Asien gelegen, erhalten oder geteilt werden soll, heute mit seinem ganzen Gewicht auf Europa. Das Mittelmeer erlebt eine Blüte, die es zum „politischen Meer unserer Tage“ macht. Diesem Maßstab muß die französische Außenpolitik gerecht werden. Und Tocqueville hofft, daß Frankreich die revolutionären Neuerungen in der Schifffahrt nutzen wird, um eine Streitkraft zur See zu errichten, die der Englands ebenbürtig ist. Wenn er sich so sehr darum kümmert, daß der französische Stützpunkt in Cherbourg ausgebaut wird, dann geschieht dies aus Gründen, die über die Sorgen eines Abgeordneten, der seinen Wahlkreis am Ärmelkanal hat, weit hinausgehen.

## Liberal und anglophob

Anders als Thiers und Billaut wirft Tocqueville Guizot nicht „Maßlosigkeit“ im Bündnis mit England vor, sondern das Bündnis selbst. England, für das er ansonsten, wie man weiß, große intellektuelle Bewunderung hegt, kann den Franzosen aufgrund seiner inneren Struktur und unter den gegebenen historischen Umständen gerade im Bereich des Welthandels keine Zugeständnisse machen, weil es seine Fabriken mit Rohstoffen versorgen muß und einen Absatzmarkt für seine Waren braucht:

„Bedenken sie die besondere Situation Englands; es ist außergewöhnlich in seiner Größe und außergewöhnlich gefährdet; stellen Sie sich eine Nation vor, der es gelungen ist,

den gesamten Welthandel unter ihre Kontrolle zu bringen und mit ihrer Industrie die ganze Welt zu versorgen und ... die, um zu leben, diesen außergewöhnlichen und anormalen Zustand aufrechterhalten muß.“

Als möglichen „Bundesgenossen“ sieht Tocqueville die Vereinigten Staaten. Als es 1846 zwischen England und den Vereinigten Staaten um Oregon zu einem Konflikt kommt, packt ihn die Wut, als er feststellt, daß Guizot eine Art wohlwollender Neutralität gegenüber der Vorgehensweise der Engländer wahrte. Diese Englandfeindlichkeit bringt ihn, den Gegner der Sklaverei, dazu, gegen den von Guizot eingebrachten Vertrag, in dem das Recht auf Inspektion der Schiffe vorgesehen

ist, zu opponieren. Seines Erachtens läuft dieser Vertrag darauf hinaus, daß Frankreichs Marine der englischen zu Lehen gegeben werde. Dennoch verschließt sich Tocqueville nicht der Einsicht, daß das Bündnis zwischenzeitlich den Erfordernissen entsprach, als nämlich die Klärung der Probleme um Belgien anstand, aber selbst in diesem Fall habe England die Franzosen daran gehindert, Luxemburg als selbständigen Staat sicherzustellen; das Bündnis war von äußerst begrenztem Nutzen.

Das Argument, daß die Ähnlichkeit hinsichtlich der freiheitlichen Institutionen für das Bündnis mit England spreche, läßt Tocqueville andererseits nicht gelten. Gewiß können die beiden Länder sich in Ausnahmefällen (wie im Fall der willkürlichen Repressionen in der Romagna) in gegenseitigem Einvernehmen und in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts aus humanitären Gründen engagieren. Aber auch hier unterscheiden sich die Ausgangspositionen grundlegend: England ist und bleibt eine Aristokratie, seine Außenpolitik dient als Instrument seiner materiellen Interessen; einzig und allein durch die Befriedigung dieser Interessen kann sich die Aristokratie an der Macht halten. Frankreich dagegen ist „das Herz und der Kopf der Demokratie“, sein Einfluß in der Welt steht und fällt mit der Verbreitung der Prinzipien von 1789.

So stellt sich für Tocqueville die Weltlage dar, und vor diesem Hintergrund wird verständlich, welche Bedeutung in seinen Überlegungen der Aufrechterhaltung des französischen Einflusses in Ägypten zukommt; dort gilt es Mohammed Ali dahingehend zu ermutigen, daß er die Engländer daran hindert, über den Euphrat oder die Landzunge von Suez einen Weg nach Indien zu monopolisieren. Es ist auf Tocquevilles Interesse an Indien zurückzuführen, daß er während der Zeit seiner politischen Betätigung noch ein einziges Mal versucht, eine Schrift zu verfassen. In Griechenland, wo die beiden Länder ständig um die Erweiterung ihres Einflusses kämpfen, müssen die Franzosen ihre Anhängerschaft mit Nachdruck gegen die der Engländer unterstützen. In noch stärkerem Maße hebt Tocqueville die Bedeutung des westlichen Mittelmeerraums hervor: hier läge der wahre Schwerpunkt von Frankreichs Expansion. Einer der schwersten Vorwürfe, die er gegen Guizot erhebt, besteht darin, daß dieser in Spanien die gemäßigte

Partei, die die Franzosen bisher unterstützt haben, im Stich gelassen habe (obwohl schon ein maßvolles Eingreifen, wie er anmerkt, ausgereicht hätte, sie an der Macht zu halten) und daß er tatenlos zugesehen habe, wie Espartero dort seine Diktatur errichtete, nach dessen Sieg aber keine Anstalten gemacht habe, diese Person für sich zu gewinnen. In Espartero sieht Tocqueville nicht den Liberalen, für den die französische Linke eine Schwäche hat, sondern einen Militärdiktator des Typs, wie Revolutionen ihn hervorbringen, die sich in die Länge ziehen: Durch eine geschickte Politik hätte man erreichen können, daß dieser General, der von Berufs wegen die Ordnung schätzen muß, eher der Seite Frankreichs Verbündeter, der Gemäßigten, zuneigt als zu den Schwärmern auf Seiten der englischen Partei-gänger.

In diesem Teil der Erde ist besonders Algerien von sehr großer Bedeutung für Frankreich, alles in allem ist es von „absolut“ größter Bedeutung. Dort müssen die Franzosen Fuß fassen, indem sie die Eroberung des Landes zu Ende bringen und es zugleich mit Siedlern bevölkern. Im Verlaufe der Jahre 1839—1848 ist es Tocquevilles beständige Sorge, daß eine kohärente Algerienpolitik entwickelt wird; aus diesem Grunde trägt er in seinem Bericht von 1847 dem Parlament Leitlinien vor; und es empört ihn, daß die Regierung sich bei einem solchen Unternehmen vom „Zufall“ leiten läßt.

Kurz gesagt: Gegen eine Politik, deren Ziel es ist, die Isolation zu überwinden, sei es durch das Bündnis mit England, sei es durch das Bemühen um den entsprechenden Rückhalt auf dem Kontinent, vertritt Tocqueville eine Diplomatie des Einzelgängertums, die nur durch befristete Abkommen über dieses oder jenes konkrete Problem aufgelockert wird. Als es dann über die spanischen Hochzeiten zum Bruch mit England kommt, bleibt er sich selbst treu, indem er ausnahmsweise die Politik Guizots billigt, wenn auch unter der Bedingung, daß der Gewinn für die Dynastie nicht mit einem entsprechenden Ausgleich für die Engländer bezahlt wird. Hierin unterscheidet er sich vom größten Teil der Abgeordneten der dynastischen Linken und des Linken Zentrums, die, nachdem sie Guizot als Bundesgenossen der Engländer getadelt haben, sich jetzt über den Bruch der Allianz aus dynastischen Gründen empören.

Guizot vertraut darauf, daß im Laufe der Zeit und bei wachsendem materiellen Wohlstand im Lande die politischen Leidenschaften verebben und sich das französische Volk an die neue Monarchie gewöhnt. Allerdings glaubt er 1840 noch, daß es sich auf einer Gratwanderung über revolutionären Abgründen befindet. Tocqueville hält diese Furcht vor der Revolution für abwegig. Die Feinde des Regimes, so läßt er uns wissen, sind die Legitimisten und die Republikaner. Die zuerst genannten können im Volk nur Erinnerungen wachrufen, die aber endgültig der Vergangenheit angehören; allein durch eine Intervention des Auslands bekämen sie noch einmal eine Chance. Auf sich selbst gestellt, sind sie nicht mehr als Offiziere ohne Truppen. Genau umgekehrt verhält es sich mit den Republikanern: da handelt es sich um Soldaten ohne Offiziere. Sie rekrutieren sich, von einigen ehrenwerten Ausnahmen abgesehen, aus den unteren Schichten des Volkes und sind weniger die Feinde der Monarchie als des Eigentums. Gefährlich würden sie erst, wenn eine bürgerliche Partei sich an ihre Spitze stellte. Frankreich ist das Land, in dem die Mittelschicht zahlenmäßig am stärksten und homogensten ist. Wenn durch die Revolution 1789 bei dieser Schicht der Hang zur Gleichheit gefördert worden ist, so hat sie auch Geschmack an der Freiheit gefunden und ihre Liebe zum Eigentum entwickelt; dieses Eigentum weit zu streuen, dazu hat die Revolution beigetragen.

Diese breite Schicht mittelständischer Eigentümer wird in der französischen Gesellschaft erst dann nicht mehr dominieren, wenn die ökonomische Entwicklung dazu geführt haben wird, daß auf der einen Seite ein starkes Unternehmertum, „die strengste aller Aristokratien“, entstanden ist, dem auf der anderen Seite Massen proletarisierter Arbeiter gegenüberstehen. Der aus dieser Entwicklung resultierende Klassenkampf wird zu einem Problem ersten Ranges für das Land werden, auch wenn im Jahre 1840 nach Tocquevilles Einschätzung der Zeitpunkt noch fern liegt. 1840 ist das soziale Gewicht jenes Mittelstandes (den er später in seinen *Erinnerungen* so scharf verurteilt wird) nach wie vor der entscheidende Faktor in der Politik. Pointiert ausgedrückt: Tocqueville wirft der letzten Regierung des Bürgerkönigtums hauptsächlich vor, daß sie dem Eigennutz der Mittelschicht geschmeichelt und den Staat zu deren Vorteil regelmäßig ausgebeutet habe.

Gewiß ist die Situation Frankreichs außerordentlich verwickelt: im Gegensatz zur zentra-

lisierten Verwaltungsmonarchie Preußens und zur dezentralisierten repräsentativen Regierungsform Englands ist seine Regierungsform eine Art Zwitter, der bis dahin unbekannt war und sich zur damaligen Zeit auch sonst in Europa nirgends findet: eine von der absolutistischen Monarchie ererbte zentralistische Verwaltungsstruktur existiert neben einer repräsentativen Regierungsform weiter; die repräsentative Regierungsform, die sich aus der Aristokratie entwickelt hat, verdankt ihre Existenz gerade einer Wählerschaft, die aus nichtprivilegierten Schichten hervorgegangen ist, und das ist es, was sie als Demokratie auszeichnet (denn nach Tocquevilles Auffassung ist nicht das allgemeine Wahlrecht das Charakteristikum der Demokratie). In einer solchen gesellschaftlichen Situation stellt sich die große Aufgabe, diese Wählerschaft, die die demokratische Komponente darstellt, aufzuklären, ihr ihre Funktion in der Gesellschaft bewußtzumachen. Auf diese Weise kann man die für die Zukunft unvermeidbare Ausweitung der Demokratie durch fortschreitende Reformen einleiten und damit revolutionären Ausbrüchen vorbeugen. Aber nur große Parteien, die sich ihrer politischen Verantwortung bewußt sind, können im erzieherischen Sinne auf diese Wählerschaft meinungsbildend wirken.

Unter dem Vorwand, revolutionäre Leidenschaften zu besänftigen oder auszulöschen, laufen alle Maßnahmen Guizots in diesem Bereich darauf hinaus, politische Meinungen im Keime zu ersticken. Tocqueville ist der Ansicht, daß er mit den schlechten politischen Leidenschaften gleichzeitig die guten auslöscht und das mit Methoden, die auf den größten Teil der Nation eine demoralisierende Wirkung haben. Wenn in einem dezentralisierten Land eine festverwurzelte Aristokratie innerhalb der Gesellschaft eine repräsentative Funktion innehat, ist es von zweitrangiger Bedeutung, ob die Mitglieder dieser Aristokratie verstorben sind. Aber politische Korruption, wie sie die Regierung Soult-Guizot praktiziert, stellt den ungeheuren Apparat der napoleonischen Verwaltungszentralisation den Abgeordneten des Mittelstandes zur Disposition. Nirgends in Europa gibt es so viele Posten zu verteilen, aber die Gier nach Stellen ist auch nirgends sonst so groß, allein deshalb, weil die mittleren Einkommen den vorherrschenden Einfluß ausüben. Der Korruption des Abgeordneten durch die Regierung steht die Korruption der Wählerschaft durch den Abgeordneten nicht nach. So entsteht eine Situation, in

der das genaue Gegenteil dessen eintritt, was durch die Institutionen erreicht werden sollte: Abgeordnete verwalten ihre Wahlkreise; und zum Ausgleich dafür überlassen sie es der Exekutive, Gesetze auszuarbeiten und zu beschließen. Der Weg führt, wenn auch auf verschlungenen Pfaden, zu jenem schleichenden

Despotismus, der im Hinblick auf die modernen Gesellschaften eine fixe Vision Tocquevilles ist. Um dieses Übel zu verringern, hält er es für unumgänglich, den Eintritt in eine Verwaltungslaufbahn und die Beförderung strengen Regeln zu unterwerfen, wie sie für die militärische Laufbahn existieren.

## Ein „Verteidigungs“-Programm

Die Regierung beschränkt sich nicht darauf, ihre Kompetenzen schrittweise in Einzelfällen auszudehnen. Insgesamt erfolgt eine umfassende Wende hin zur Reaktion, die das liberale Gebäude, das man 1830 errichtet hat, zu weiten Teilen einreißt und in die letzten Jahre der Restauration zurückführt. Tocqueville deckt die fortwährenden Kompetenzüberschreitungen der Regierung auf.

Zuallererst ist da das Gesetz vom April 1834 zu nennen, in dem die Anordnungen des Strafgesetzbuches, die sich auf das Vereinsrecht beziehen, verschärft worden sind, ohne daß der Zweck des jeweiligen Vereins berücksichtigt wird; Verstöße gegen dieses Gesetz sollen vor einem Strafgericht verhandelt werden oder im Falle eines Anschlags auf die Staatssicherheit sogar der Gerichtsbarkeit der Pairs-Kammer unterworfen werden. Wenig später, nach dem Attentat Fieschis auf Louis Philippe, werden die berechtigten Gesetze vom September 1835 verabschiedet: sie verbieten es, sich öffentlich zum Republikanismus zu bekennen. Auf ihrer Grundlage werden die Schwurgerichte neu organisiert und die Richtlinien für die Beurteilung von aufrührerischen Handlungen geändert: im Falle ungebührlichen Verhaltens auf seiten der Angeklagten kann das Urteil auch in deren Abwesenheit gefällt werden. Pressedelikte sollen geahndet werden, und gegebenenfalls sollen sie sogar vor der Pairs-Kammer, die dann als Gericht fungiert, verhandelt werden.

Von da an ist die Ablehnung oder Billigung der September-Gesetze für Tocqueville ein echter Prüfstein, um Liberale von Nicht-Liberalen zu unterscheiden.

Immer mehr Ereignisse weisen jedoch von diesem Zeitpunkt an darauf hin, daß das Werk der Reaktion sich fortsetzt, so z. B. das Gesetz über die Provinzzeitungen, die Vorauswahl der Geschworenen durch die Präfekten. Den Zeitungen wird mehr und mehr nachgestellt, um sie der geistigen Mittäterschaft bei politischen Delikten anzuklagen; die Verwaltung fordert, daß die protestantischen Kultur-Vereinigungen ihre Gottesdienste, die nicht subventio-

niert werden, vorher genehmigen lassen müssen.

All diese Fakten sind in den Augen Tocquevilles Anzeichen einer antiliberalen Reaktion. Sie geht einher mit der Anmaßung des Königs, in zunehmendem Maße hinter den Kulissen die Staatsgeschäfte zu beeinflussen und auch hierdurch zu einer Politik wie zu Zeiten der Restauration zurückzukehren. Tocqueville prangert nicht nur diese Mißstände an, sondern er hegt, wie viele seiner liberalen Zeitgenossen, selbstverständlich auch ein tiefes Mißtrauen gegen die seit der Verfassung aus dem Jahre VIII geltende Regel, die den Beamten Garantien zusichert, was einschließt, daß der Verwaltung richterliche Kompetenzen übertragen werden.

All dies erscheint ihm von so gravierender Bedeutung, daß er daraus den Schluß zieht, daß eine der Dynastie verbundene „sachgemäße“ Opposition sich darauf beschränken sollte, die Wiederherstellung all jener Freiheiten zu fordern, die seit 1830 abgeschafft oder eingeschränkt worden sind. Auf diese Weise würde sie sich am deutlichsten von den Radikalen absetzen, denen die Demagogen, Revolutionäre und Aufrührer zuliefen. Dieses „Verteidigungs“-Programm unterbreitet er Barrot, da jener sich im Jahre 1842 nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Regentschaft mit Thiers entzweit hat. Es ist das gleiche Programm, das er wenige Monate später in Aufsätzen im *Siècle* vorstellt. Im großen und ganzen lassen sich die Überlegungen Tocquevilles folgendermaßen zusammenfassen: Guizot ist der Meinung, daß wir mehr Freiheit haben, als wir tragen können. Gegen diese verächtliche Haltung muß man den Kampf aufnehmen und eine Partei gründen, die die öffentliche Meinung und das Bürgertum (*Pays légal*) so anleitet, daß sie den liberalen Institutionen der Revolution von 1830 gerecht werden.

Vor dem Hintergrund dieser politisch-moralischen Überlegungen muß man die Haltung Tocquevilles gegenüber den Reformvorhaben beurteilen, die vom Parlament unter der Juli-Monarchie im Laufe der Zeit häufig diskutiert, aber nie durchgeführt worden sind: die Erklä-

zung der Unvereinbarkeit von Abgeordnetenmandat und der Übernahme öffentlicher Ämter sowie die Ausweitung des Wahlrechts.

In der ersten Frage ist Tocqueville unschlüssig. Er weiß sehr wohl, wie leicht es bei der Kandidatur von Beamten zu Wahlmanipulationen kommt; er selbst hat in der Abgeordnetenkammer die Wahl Delangles, der Generalstaatsanwalt des Kassationshofes war, angefochten, weil dessen Wahlkampf von so schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten wie der Freilassung von Angeklagten durchsetzt war. Gleichwohl scheint es ihm von Vorteil für die Debatten, wenn dem Parlament Beamte angehören; außerdem schränkt ihr Ausschluß die Auswahlmöglichkeiten der Wähler gefährlich ein. Was aber vor allem ein Ende haben muß, ist, daß die parlamentarische Laufbahn als Sprungbrett dient, um in den öffentlichen Dienst einzutreten, oder als Vehikel zur Beförderung nach eigenem Belieben. Verständlicherweise nimmt Tocqueville auch Anstoß daran, daß Beamte, die gegen die Regierung gestimmt haben, abberufen werden, wie es im Fall Drouyn Lhuys, dem Ministerialdirektor im Außenministerium, geschehen ist.

Was die Ausweitung des Wahlrechts angeht, so ist er theoretisch dafür, aber auch hier zeigt

er sich sehr vorsichtig: Bevor das Wahlrecht ausgeweitet wird, möchte er einzelne Teilreformen durchsetzen, wie zum Beispiel die Neu-Einteilung der kleinen Wahlkreise, da in diesen „verrotteten Marktstellen“ die Korruption in höchstem Maße gedeiht. Vor allem wünscht er sich, daß das politische Leben auf regionaler Ebene neue Impulse bekommt. In diesem Punkt gründet sich seine Hoffnung auf die Tätigkeit der Generalräte (*conseils généraux*), die seit 1833 von einer breiteren Basis gewählt werden als die Abgeordnetenkammer. In diesem Punkt kommt wieder seine Überlegung zum Tragen, daß die Gewohnheiten der Menschen so zu verändern seien, daß sie sich der Freiheiten, die ihnen 1830 zugestanden worden sind, würdig erweisen. Das ist das Hauptanliegen Tocquevilles, und hieraus erklärt sich, daß er, im Gegensatz zu seinen politischen Freunden, die berühmten Reformbankette am Ende der Juli-Monarchie so außerordentlich zurückhaltend beurteilt. In deren Verlauf wird, wie er es voraussieht, die dynastische Linke, der die Radikalen den Rang abgelaufen haben, für die zu plötzlich auftauchende große Unbekannte, das allgemeine Wahlrecht, gewonnen. Wie Dufaure und Thiers gehört Tocqueville am Vorabend der Revolution vom Februar 1848 zur „nüchternen Opposition“.

## Die Leidenschaft für die Freiheit

Wir können hier nicht allen politischen Themen nachgehen, mit denen sich Tocqueville in der Zeit von 1839 bis 1848 beschäftigt hat. Aber zweifellos hat sein politischer Standpunkt in der Frage der Beziehungen zwischen Kirche und Staat eine sehr persönliche Färbung. Dabei handelt es sich um ein Problem, das 1844/45 einen heftigen Sturm von Auseinandersetzung auslöst.

Rufen wir uns den Gang der Ereignisse noch einmal ins Gedächtnis: die in der Verfassungsurkunde zugesagte Freiheit des Schulwesens ist im Hinblick auf die höheren Schulen und Hochschulen nicht verwirklicht worden (dies geschieht erst durch das Gesetz Falloux während der Zweiten Republik). Neben der Universität genießen nur kleine Seminare das Privileg der Freiheit. Eine sehr lebhaftere Kampagne von Katholiken, die sich, einem Aufruf Montalemberts folgend, zusammengeschlossen haben, zwingt den Minister für das Unterrichtswesen Villemain einen Gesetzentwurf vorzulegen. Aber die Qualifikationen, die dieser Entwurf für die Ausübung der Lehre als obligatorisch vorschreibt, und die Aufsicht der

Universität über zukünftige Unterrichtsanstalten sowie über die Vergabe von Diplomen, die der Entwurf ebenfalls vorsieht, rufen auf seiten der Katholiken Widerstand hervor. Ein anhaltender Feldzug des *l'Univers* und verschiedener Geistlicher gegen die Universität provoziert als Antwort einen starken antiklerikalen Ausbruch auf breiter Front, die vom Regierungsblatt *Journal des Débats* bis zum radikalen *National* reicht, während im Collège de France Quinet und Michelet auf die Jesuiten losgehen.

Die gesamte parlamentarische Linke, die sich hinter Thiers, der zum Berichterstatter des Gesetzes Villemain ernannt worden ist, sammelt, ist entschlossen, das Monopol der Universität zu verteidigen, das von Kongregationen bedroht und angegriffen wird, die dazu nicht bevollmächtigt sind. Auf der Linken sind Tocqueville und die Zeitschrift *Le Commerce*, die zu diesem Zeitpunkt sein Organ ist, fast die einzigen, die die Freiheit des Unterrichts weiterhin verteidigen und gleichzeitig die gekünstelten Aspekte der antireligiösen Polemik aufzeigen. Damit zieht sich Tocqueville von

seiten des *Constitutionnel* und des *Siècle* eine Pressekampagne voller perfider Unterstellungen zu. Damals entzweit er sich sogar mit seinem alten Freund Gustave de Beaumont; und erst durch die Revolution von 1848 wird diesen Auseinandersetzungen ihre Schärfe genommen.

Im Rückblick ist die Position Tocquevilles kohärent und entspricht seinen Ansichten insgesamt; weil er sie aber zu einer Zeit vertritt, die von Leidenschaften geprägt ist, unterstellen ihm seine Gegner auf der Linken legitimistische oder klerikalistische Hintergedanken. Sie sind nicht mehr fähig, einen Mann zu verstehen, dessen einzige Leidenschaft nach wie vor, selbst in diesem ganzen Wirrwarr, die Freiheit ist und der die anstehenden Probleme weiterhin kühl analysiert.

Zunächst einmal unterscheidet Tocqueville zwischen dem Problem der Freiheit des Unterrichts und dem der Übergriffe von Seiten des Klerus. Ganz gewiß ist er ein entschiedener Anhänger jener Freiheit, aber er mißtraut Montalembert, der sie nur im Interesse der Kirche lobt, fast ebenso wie de Cousin, einem Verteidiger des universitären Monopols (was Thiers betrifft, so ist für ihn das Ganze offensichtlich nur ein schlichter Hanswurststreich, den man der Regierung spielt). Für Tocqueville muß die Freiheit von Unterricht und Lehre darauf abzielen, die Universität in eine echte Konkurrenzsituation zu versetzen und Möglichkeiten zu eröffnen, z. B. auch ohne die alte Methode und nicht auf der Grundlage des Lateinischen gebildete Menschen heranzuziehen. Diese Konkurrenz wird die Universität, deren Verdienste er im übrigen keineswegs bestreitet, davor schützen, der reinen Routine zu verfallen, was im allgemeinen eine Begleiterscheinung des Monopols ist. Unglücklicherweise ist die katholische Ausbildung zur Zeit die einzig mögliche Alternative; vielleicht vermittelt sie eine bessere moralische Erziehung, da der französische Klerus sehr „tugendhaft“ ist; aber er ist in intellektueller Hinsicht zu mittelmäßig, um eine Bildung zu vermitteln, die der der Gymnasien vergleichbar ist. Man wird deshalb Maßnahmen ergreifen und versuchen müssen, das Niveau dieses neuen Lehrkörpers wieder anzuheben. Tocqueville nennt auch die Wurzel des Übels: Im Gegensatz zu den Gymnasiallehrern, die die Lehrerbildungsanstalt besuchen und sich dem staatlichen Examen unterziehen, liegt die Ausbildung des Klerus in den Händen von Geistlichen, die aufgrund einer Laune von Bischöfen habilitiert worden sind; und so soll der Klerus dann ohne genügende Vorbereitung Unter-

richt in den Seminaren erteilen. Das Privileg der kleinen Seminare, an das die Katholiken sich klammern, ist nicht zu rechtfertigen und muß gänzlich abgeschafft werden.

Tocqueville bedauert die antireligiöse Polemik und macht dafür zum großen Teil die Regierung verantwortlich. Das große Verdienst der Revolution von 1830 war, daß der Klerus genötigt wurde, sich auf den Bereich seiner religiösen Kompetenzen zurückzuziehen. Das Ergebnis war eine Renaissance des Katholizismus, über die sich der Verfasser der *Demokratie* nur freuen konnte, da die Religion bei den Menschen den Sinn für soziale Verantwortung schärft. Das sittliche Niveau der Bürger ist also angehoben worden, aber die Regierung hat versucht, sich bei der moralischen Autorität, zu der der Klerus wieder geworden war, einzuschmeicheln und sie in ihren Dienst zu stellen. Gemeinsam mit Beaumont hat Tocqueville sich daran gemacht, dies nachzuweisen, indem er detailliert dargelegt hat, welche Vergünstigungen Geistlichen gewährt wurden, die durch ihre Beflissenheit auf sich aufmerksam gemacht hatten. Das Ergebnis ist ein in geringem Maße aufgeklärter Klerus, der über die Probleme seiner Zeit nur wenig weiß und der in dem Glauben lebt, die schönen Tage der Restauration seien wieder angebrochen, weshalb er sich immer häufiger mit viel Ungeschick in die Politik einmischt. Und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da die Regierung durch ihren einlullenden Einfluß ein Vakuum geschaffen hat, das, da es an großen politischen Leidenschaften fehlt, die Kontroversen aus dem 18. Jahrhundert zwischen den Philosophen und dem Katholizismus wieder aufleben läßt. Im übrigen sieht die Regierung tatenlos zu, wie diese Kontroversen sich frei entfalten, und sie versucht noch nicht einmal, schlichtend in den Streit zwischen Klerus und Universität einzugreifen.

Die religiösen Ordensgesellschaften, so scheint es Tocqueville, befinden sich in Übereinstimmung mit natürlichem Recht, wenn sie sich zusammenschließen. Dennoch können einige von ihnen die öffentliche Ordnung stören. Wenn Tocqueville auch jene Volksaufwiegler angreift, die jeden Morgen schreien: „Vertreibt die Jesuiten“, um sich der Verpflichtung zu entheben, für die Freiheit zu kämpfen, so bleibt er doch, vielleicht bedingt durch den Atavismus eines Abkömmlings alter Familie mit parlamentarischer Tradition, mißtrauisch gegenüber diesem berühmten Orden: er vertritt die Ansicht, daß man zwar in aller Stille, aber strikt das Gesetz anwenden kann, das die Jesuiten in Frankreich verbietet.

Dieses Gären der öffentlichen Meinung anlässlich der religiösen Auseinandersetzungen läßt vom Jahre 1846 an wieder nach. Tocqueville aber hat sich zum Schluß mit der dynastischen Linken überworfen, ist mit Thiers und seinen Freunden entzweit und enttäuscht über den Mißerfolg der Zeitschrift *Le Commerce*, die er zu einem großen meinungsbildenden Blatt machen wollte. Unterstützt von einigen persönlichen Freunden sucht er Kontakt zu weiteren Andersdenkenden, die ebenfalls in den bestehenden Parteien keine politische Heimat mehr finden, um zu versuchen, gemeinsam mit ihnen eine neue Linke zu bilden; neben ihm finden wir dort Dufaure, Billaut, Rivet, Corcelle, Combarel de Leyval. Diese kleine Gruppe hat auf sich aufmerksam gemacht, als sie einen Verbesserungsvorschlag zu der Parlamentsresolution von 1847, anlässlich der spanischen Hochzeiten, unterstützt. Bald entwickelt sich aus diesem losen Zusammengehen das Bedürfnis, ein Programm zu erstellen. Eine große öffentliche Erklärung, die eigens mehrere von ihnen gemeinsam verfaßt haben, soll von Dufaure zu Beginn der Sitzungsperiode von 1848 in Umlauf gesetzt werden. Weil diesem Bedenken kommen, die Erklärung zu veröffentlichen, wird die neue Linke, noch bevor sie das Licht der Welt erblickt, vom Februaraufstand überrollt.

Aber der Beitrag Tocquevilles, der die Präambel des Manifests entworfen hat, ist von großem Interesse. 1842 glaubte er an die revolutionäre Gefahr nur in einer langfristigen Perspektive. Dann liest er Owen und die Saint-Simonisten, Fourier und Louis Blanc, und so schwärmerisch ihm ihre Lehren auch erscheinen, sind sie für ihn die ersten Anzeichen eines Klassenkampfes, der weniger weit in der Ferne liegt, als er vorausgesehen hat. In diesem Klassenkampf werden diejenigen, die Eigentum haben und diejenigen, die nichts haben, gegeneinanderstehen: das Besitzbürgertum und das einfache Volk. So erscheinen die großen Blöcke, die verschwunden waren, wieder auf der Bildfläche; diesmal geht es aber nicht um die Freiheit oder die bürgerliche

Gleichheit, sondern um die Grundlage des sozialen Lebens selbst, um das Privateigentum.

Tocqueville, das versteht sich, bleibt ein Verteidiger des Eigentums. Aber um einen gewaltsamen Konflikt zwischen beiden Lagern zu vermeiden, schlägt er eine Reihe von Maßnahmen vor, durch die den Armen Unterstützung und Sicherheit gewährt werden soll. Insbesondere beharrt er auf seiner Idee, daß vor allem die Reichen besteuert werden sollten; das Steuersystem aber belastet durch indirekte Steuern und Zoll vor allem die Armen. Im großen und ganzen setzt er mit einer Analyse nach marxistischem Muster an und legt dann in den Grundzügen ein Programm der sozialen Solidarität vor, in dem sich die Vorstellung von sozialer Sicherheit mit der gleichmäßigen Verteilung der Lasten verbindet — ein Programm, mit dem er die Grenzen der klassischen Sichtweise des Liberalismus weit überschreitet...

Dennoch haben die Februar-Ereignisse bei Tocqueville zunächst Unbehagen hervorgerufen; seine erste Reaktion war zweifellos die Befürchtung, daß durch das plötzliche Eindringen unwissender und ungebildeter Massen in die Politik der erreichte Stand der Zivilisation gefährdet werde. Der Wahlkampf, den er bei den Bauern in der Manche führte, hat ihn in dieser Hinsicht aber wieder beruhigt. Die verschreckte Landbevölkerung interessierte sich plötzlich für die Politik, wollte von Abenteurern nichts mehr wissen und unterstützte diejenigen Notablen, die diesen Namen aufgrund ihrer Uneigennützigkeit und ihres Mutes noch verdienten. Und Tocqueville, der Verfechter der Dezentralisation, gewann durch den belebenden Kontakt mit seiner engeren Heimat seine ganze Kraft wieder. Als Autor eines Buches, in dem das Wort Demokratie, das auf einmal zur Zauberformel der Zeit geworden ist, eine wesentliche Rolle spielt, aber auch als erfahrener Politiker, der die verhängnisvollen Mißstände des gestürzten Regimes angeprangert hat, geht Tocqueville mit wachsamer Zuversicht in die Ära der Zweiten Republik.

## Die Gleichheit als Gegner der Freiheit?

Wenn die Freiheit gegen die Gleichheit ausgespielt werden soll, gerät dieses Unternehmen so manchem Autor allzu leicht zu einem Kampf gegensätzlicher Ideen, die im Himmel wie auf Erden in einem unüberwindbaren Gegensatz zu geraten scheinen. Die Formel ist schnell zur Hand, nach der jedes Mehr an Gleichheit zu einem Verlust von Freiheit führe, und bei der Hochschätzung, die die Freiheit genießt, ist diese Formel natürlich ein Abwehrinstrument von Gleichheitspostulaten.

Nun sind die Menschen tatsächlich weder in ihren Lebensweisen noch in ihren Talenten, Wünschen und Hoffnungen einander völlig gleich. Auch gibt es wahrscheinlich kaum einen vernünftigen Menschen — sieht man von einigen ideologischen Spekulant<sup>en</sup> einmal ab —, der eine derartige Egalisierung meint, wenn er „Gleichheit“ fordert. Es kann sich also bei den unter dem Symbol „Gleichheit“ vorgetragenen politischen Ideen, Zielen und Forderungen nicht darum handeln, über faktische Gleichheit im Sinne völliger Einheitlichkeit aller Menschen oder Bürger einer Gesellschaft zu reden. Bei der Rede über Gleichheit geht es vielmehr um Gleichheit in bezug auf einen bestimmten Bereich, auf Rechte etwa, oder um Gleichheit im sozioökonomischen Bereich, d. h. um gleiche oder wenigstens um nicht allzu ungleiche Verteilung des Sozialproduktes. Mit anderen Worten: Wo immer Freiheit und Gleichheit als abstrakte Begriffe zu einem Gegensatzpaar gemacht werden, ohne daß deutlich davon gesprochen wird, in bezug auf welchen Bereich von Gleichheit die Rede ist, kommt es leicht zu einer Vernebelung der tatsächlichen Probleme, die dabei nicht geklärt, sondern — mit oder ohne Absicht — verwischt und undeutlich gemacht werden.

### I. Das Verschmelzen von Freiheit und Demokratie

„Man kann sich einen äußersten Punkt vorstellen, in dem die Freiheit und die Gleichheit einander berühren und verschmelzen. Ich setze voraus, daß alle Bürger an der Regierung teilhaben und daß jeder ein gleiches Recht zu dieser Teilhabe hat. Da keiner sich dann von Seinesgleichen unterscheidet, wird niemand eine tyrannische Macht ausüben können; die Menschen werden vollkommen frei sein, weil sie

Ein deutscher Staatslehrer schreibt: „In der Gleichheitsidee liegt jedoch auch die Möglichkeit einer unmittelbaren Wendung gegen die Freiheit. Denn in ihr ... steckt von vornherein eine Tendenz zur gleichen *tatsächlichen* Chance, ja letzten Endes sogar zum gleichen tatsächlichen Ergebnis des Freiheitsgebrauches.“<sup>1)</sup> Die Dunkelheit dieser Worte Krügers, der unspezifiziert aus der Idee der Gleichheit die mögliche Tendenz einer homogenen Praxis der Freiheit ableitet, scheint auch dem Autor selbst Schwierigkeiten zu bereiten. Er sucht nach einer Autorität, die der Dunkelheit seiner Worte höhere Weihe verleiht. Und weil man in Deutschland nicht müde wird, wenn der Gegensatz von Freiheit und Gleichheit behandelt werden soll, den großen französischen Liberalen Alexis de Tocqueville als Kronzeugen anzurufen, findet der suchende Leser auch bei Krüger am Ende des zitierten Satzes die fundstellenlose Fußnote: „A. de Tocqueville ist nicht müde geworden, hierauf hinzuweisen“.

Was sich beim ersten Lesen wie eine Ehrung des großen Franzosen darstellt — er wird als offensichtlich allgemein geachtete Autorität zur Bestätigung einer These herangezogen — entpuppt sich allerdings für denjenigen, der die Werke und Schriften Alexis de Tocquevilles genauer studiert, als gedankenloser Mißbrauch des zitierten Autors. In seinem Buch „Über die Demokratie in Amerika“ teilt Tocqueville dem nun doch erstaunten Leser mit, daß in unseren Tagen die Freiheit nicht ohne die Hilfe der Leidenschaft für die Gleichheit errichtet werden könne<sup>2)</sup>. Das klingt anders. Von einem Gegensatz ist da wohl nicht die Rede. Und so scheint es doch der Mühe wert zu sein zu überprüfen, wie es sich mit dem vielzitierten Gegensatz von Freiheit und Gleichheit in den Erfahrungen und im Denken des Alexis de Tocqueville wirklich verhält.

alle völlig gleich sind; und sie werden alle vollkommen gleich sein, weil sie ganz frei sind. Dies ist das Ideal, dem die demokratischen

<sup>1)</sup> Herbert Krüger, Allgemeine Staatslehre, Stuttgart 1964, S. 531.

<sup>2)</sup> Alexis de Tocqueville, De la Démocratie en Amérique II, in: Oeuvres complètes (ed. Mayer), Paris 1951 ff I, 2 p. 104; deutsche Ausgabe: Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Mün-

Völker nachstreben.“<sup>3)</sup> Es fällt auf, daß Tocqueville hier von Gleichheit in bezug auf politische Rechte und politische Teilhabe spricht, die Gleichheit besteht also selbst im Ideal in den gleichen Freiheiten und nicht in der gleichen Praxis dieser Freiheiten.

Das völlige Verschmelzen von Gleichheit und Freiheit, das Tocqueville beschreibt, ist aber nicht das, was man tatsächlich in den bestehenden politischen Gesellschaften vorfindet. Und so deutet er verschiedene Variationsmöglichkeiten — etwa soziale Gleichheit bei gleichzeitiger politischer Unfreiheit oder politische Gleichheit bei allgemeiner Unfreiheit — an, um darauf hinzuweisen, „daß man mithin berechtigt ist, die beiden voneinander zu unterscheiden“<sup>4)</sup>.

Erst nach diesen allgemeinen Bemerkungen stellt er das politische Problem dar. Dieses aber beteht nicht im Gegensatz von Gleichheit und Freiheit, sondern vielmehr in den verschiedenen Beweggründen, die die Menschen dazu veranlassen, eher die Gleichheit zu lieben oder stärkere Vorliebe für die Freiheit zu entwickeln. Was also in einer mit Mißverständnissen überfrachteten Debatte als Gegensatz von Dingen diskutiert wird, ist bei Tocqueville eine Frage der Ordnung des Bewußtseins, der Psyche. Er unterscheidet zwischen dem Geschmack an der Freiheit (*goût de liberté*) und der Leidenschaft für die Gleichheit (*l'amour de l'égalité*). Beides steht nicht im Gegensatz zueinander; aber es ist unübersehbar, daß in der Psyche des Menschen sehr wohl eine Präferenz für eins von beidem bestehen kann. Auf dieser Ebene handelt es sich also um eine Konkurrenz verschiedener psychischer Bewegungen, die die Lebensweise des Bürgers bestimmen können.

Tocquevilles Analyse bleibt allerdings auch bei diesem Punkt nicht stehen. In seinem politischen Denken ist die platonische Einsicht, daß die Polis der großgeschriebene Mensch ist, präsent. Das heißt, er weiß, daß die Ordnung der Psyche des einzelnen — und damit für das gegebene Problem die Konkurrenz von Geschmack an der Freiheit und Liebe zur Gleichheit — nicht von der Gesellschaft isoliert werden kann. Die Meinungen, Stimmun-

gen, Überzeugungen und vorherrschenden Glaubenshaltungen der Gesellschaft wirken auch auf den einzelnen Bürger ebenso ein, wie dieser jene beeinflusst.

Hier liegt nun nach Tocqueville eines der Probleme demokratischer Gesellschaften. Die besondere und vorherrschende Erscheinung, die das Zeitalter der Demokratie auszeichnet, ist nach seiner Analyse die Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen, und „die Hauptleidenschaft, die in solchen Zeiten die Menschen bewegt, ist die Liebe zu dieser Gleichheit“<sup>5)</sup>. Die Entwicklung zur Gleichheit der Rechte und zur Gleichheit der Bedingungen verstärkt in den Bürgern diese Liebe und das Streben nach Gleichheit noch, was wiederum auf den Prozeß verstärkend zurückwirkt. Da die Menschen gleich sein und als Gleiche behandelt werden wollen, sieht Tocqueville wenig Sinn in einer Debatte, die dieser Entwicklung gegensteuern wollte<sup>6)</sup>. Er ist vielmehr der festen Überzeugung, daß die Frage vernünftiger demokratisch-egalitärer Ordnung unter dem Aspekt der Wiederherstellung oder Erhaltung politischer Freiheit in der egalitären Gesellschaft gesehen werden muß. Die vielzitierte Einleitung des Buches über die Demokratie in Amerika behandelt als zentrale Gegebenheit die Entwicklung moderner Gesellschaft hin zu demokratischer Gleichheit der Bedingungen. Diese nach Tocqueville unaufhaltsame Entwicklung konfrontiert er mit der Aufgabe seiner „neuen politischen Wissenschaft“, die eben in der Herstellung und Erhaltung der Freiheit in der Demokratie besteht. Es handelt sich also beim Verhältnis von Freiheit und Gleichheit nach Tocqueville nicht um einen unüberwindbaren Gegensatz, sondern um ein bedeutend differenzierteres Ineinanderwirken von Geschmack an der Freiheit und Liebe zur Gleichheit.

Hier und erst hier, im Ineinanderwirken von Freiheitsstreben und Liebe zur Gleichheit, die in der Psyche des Menschen aufeinandertreffen und die vom Entwicklungsprozeß der Gesellschaft beeinflusst sind, findet jene dramatische Konkurrenz der verschiedenen Beweggründe statt, deren Beschreibung einen großen Teil des Werkes von Alexis de Tocqueville prägt.

chen 1976, S. 584 (im folgenden werden die Fundstellen nach der deutschen Ausgabe in Klammern angegeben).

<sup>3)</sup> Ebd. S. 101 (581).

<sup>4)</sup> Ebd. S. 102 (582).

<sup>5)</sup> Ebd.

<sup>6)</sup> Dazu: Michael Hereth, Alexis de Tocqueville — Die Gefährdung der Freiheit in der Demokratie, Stuttgart 1979, S. 91 ff.

## II. Der Zerfall der politischen Kultur

„Es gibt in der Tat einen sehr gefährlichen Übergang im Leben demokratischer Völker. Entwickelt sich in einem dieser Völker die Vorliebe für materielle Genüsse schneller als die Bildung und die freiheitliche Gewohnheit, so kommt ein Augenblick, da die Menschen vom Anblick der neuen begehrten Güter fortgerissen werden und sie wie außer sich sind. Besessen vom Wunsch nach Reichtum bemerken sie nicht mehr das enge Band, welches das Wohlergehen jedes einzelnen von ihnen mit dem Gedeihen aller verknüpft. Man braucht derartigen Bürgern die Rechte, die sie besitzen, nicht zu entreißen, sie lassen sie selber gern fahren.“<sup>7)</sup>

Bürgerliche Gleichheit, die im Verständnis der Gesellschaftsglieder darin besteht, daß der einzelne gleichberechtigt neben seinesgleichen wirtschaftliche Vorteile verfolgen kann, reduziert die Bürger und ihr Handeln auf den Verfolg ökonomischer Interessen. Derartige Bürger sind nicht bereit, ihre politischen Rechte zu verteidigen, die Voraussetzung für die Praxis der Freiheit sind. Sie sind zufrieden unter einem Regime, das die Gleichheit wirtschaftlicher Chancen garantiert, die Freiheit aber beseitigt. Tocqueville erkennt sehr genau, daß es also neben seiner Vorstellung von Gleichheit, „die darin besteht, daß alle gleich frei sind“<sup>8)</sup>, auch die Möglichkeit der Gleichheit unter einem gemeinsamen Beherrscher gibt. Diese Möglichkeit kann dann Wirklichkeit werden, wenn die Bürger sich von der Politik abwenden und sich ausschließlich ihren privaten und wirtschaftlichen Zielen widmen.

Dieser Rückzug aus Politik und bürgerlicher Verantwortung, den Tocqueville vor allem im Frankreich des Jahres 1840, aber in Ansätzen auch in den Vereinigten Staaten von Amerika beobachtet<sup>9)</sup>, bezeichnet er mit dem Ausdruck *Individualismus*<sup>10)</sup>. Dieser Individualismus aber ist seinerseits eine Folge eines Verständnisses von Gleichheit, das diese nicht in der Gleichheit politischer Rechte und Teilhabechancen sieht, sondern in der Gleichheit wirtschaftlicher Chancen und Möglichkeiten.

Die mit der Beseitigung wirtschaftlicher Privilegien des Adels verbundene Öffnung wirt-

<sup>7)</sup> Tocqueville, *De la Démocratie*, 2, S. 147 (630).

<sup>8)</sup> Tocqueville in einem Brief an Frau Swetchine vom 10. 9. 1856, in: *Oeuvres complètes* (ed. Beaumont), Paris 1866 ff., Band VI, S. 339; ebenso in: *Etat social et politique de la France avant et depuis 1789*, in: *oe. cpl.* (ed. Mayer) II, 2. S. 62.

<sup>9)</sup> Dazu: Hereth, a. a. O., S. 56 ff., S. 97 ff.

<sup>10)</sup> Tocqueville, *De la Démocratie*, 2. S. 105 ff. (585 ff.).

schaftlicher Aufstiegsmöglichkeiten für Bürger und Kleinbürger, die die demokratische Gesellschaft bietet, droht ihren politischen Charakter zugunsten des Erwerbsstrebens zu zerstören. Politik wird den Regierenden überlassen. Freiheiten werden weder praktiziert noch verteidigt. Die Segnungen ökonomischer Vorteile, denen die einzelnen gleichberechtigt nachjagen, machen diese Gleichheit so liebenswert, daß die Freiheit in Vergessenheit zu geraten droht.

Tocqueville geht es mit diesen Feststellungen nicht um die Diskreditierung wirtschaftlicher Betätigung, er will ihr nur einen Platz unter oder höchstens neben der politischen Aktivität sichern. „Ich werfe der Gleichheit nicht vor, daß sie die Menschen zur Jagd nach verbotenen Genüssen treibe; sondern, daß sie sie mit dem Begehren erlaubter Freuden ganz und gar ausfüllt. Auf diese Weise könnte sich in der Welt sehr wohl eine Art ehrbarer Materialismus einnisten, der die Seelen nicht verdirbt, sie aber verweichlicht und sie schließlich aller Spannkraft beraubt.“<sup>11)</sup>

Die Konkurrenz von Freiheit und Gleichheit, die sich in der Psyche als Konkurrenz von Geschmack an der Freiheit und Liebe zur Gleichheit abspielt, wird in der Gesellschaft zur Konkurrenz verschiedener Aktivitäten. In der Gesellschaft der gleichen Startchancen verdrängt das ökonomische Erwerbsstreben tendenziell das politische Handeln, welches für Tocqueville die Praxis der Freiheit ist<sup>12)</sup>. Damit aber wird eine Lebensweise in der Gesellschaft zum ‚normalen‘ Habitus, die nicht die Lebensweise des freien Bürgers in der Republik ist; dies wiederum gefährdet die Republik selbst.

Ein Hauptschwerpunkt der kritischen Anmerkungen Tocquevilles bezieht sich demnach darauf, daß unter der Entfesselung ökonomischen Erwerbsstrebens in der egalitären Gesellschaft die Freiheit aus dem Bewußtsein der Bürger verdrängt werden könnte.

Es geht ihm also nicht um einen Gegensatz von Gleichheit und Freiheit, sondern um die Gefahr, daß die Vorteile, die die Gleichheit den Bürgern auf wirtschaftlichem Gebiet gewährt, dazu führen, daß sie ihre politischen Rechte, d. h. ihre Rechte als politische Bürger, vergessen und fahrenlassen.

<sup>11)</sup> Ebd. S. 138f (622).

<sup>12)</sup> Wie sehr Tocqueville Freiheit als Freiheit, politisch zu handeln, versteht, wird in seinem gesamten Werk sichtbar. Dazu: Hereth, a. a. O., S. 20 ff.

Wirtschaftliche Vorteile werden in diesem Verständnis nicht als Basis praktischer politischer Aktivität angestrebt, sondern umgekehrt: Die in der Politik errungenen gleichen Rechte werden zu Instrumenten des Strebens nach Wohlstand. Der politische Bereich der Praxis der Freiheitsrechte wird den Imperativen privat-ökonomischer Ziele untergeordnet. Die Politik wird zur Magd der Wirtschaft und die Freude am Freisein wird der Liebe zur Gleichheit wegen der wirtschaftlichen Vorteile, die diese bringt, unterworfen.

### III. Die Probleme der Politik, die durch Streben nach Gleichheit hervorgerufen werden

Jenseits der bis auf den heutigen Tag zweifellos wichtigen Untersuchungen Tocquevilles, in denen die Durchdringung der Politik mit wirtschaftlichem Denken kritisch dargestellt wird, hat der französische Liberale aber auch im politischen Bereich selbst problematische Auswirkungen der demokratischen Liebe zur Gleichheit auf die Republik beschrieben.

Wir wollen im folgenden seine kritischen Bemerkungen über die Auswahl politischer Repräsentanten in der Demokratie (A) und seine Analyse der Gefahren eines übergroßen Konformisierungsdruckes (B) untersuchen, um die Darstellung dann mit Tocquevilles wichtiger Unterscheidung von Einheitlichkeit und Gleichheit fortzusetzen.

#### A. Der Sieg des Mittelmaßes

Auch demokratische Gesellschaften bedürfen politischer Repräsentanten und politischer Führer. Da aber das Volk selbst das entscheidende Wort bei der Auswahl der politischen ‚Elite‘ spricht, treten hier eine Reihe von bedeutsamen Problemen auf. Nach den Beobachtungen Tocquevilles ist die Auswahl der Inhaber öffentlicher Ämter weniger von abwägender Überlegung als von Stimmungen und Emotionen bestimmt. Er hat den Verdacht, daß es nicht immer das Bestreben ist, den Besten auszuwählen, das das wählende Volk bei der Stimmabgabe bewegt.

Es ist nicht so sehr böser Wille oder eine Vernachlässigung des Wohles des Landes, die die Bürger zu Fehlern beim Auswählen politischer Repräsentanten bewegen, als vielmehr ihre Unfähigkeit, klug und wohlabgewogen über Kandidaten für öffentliche Ämter zu entscheiden. Diese hat eine ihrer Ursachen darin, daß die meisten Bürger einen großen Teil ihrer Zeit mit anderen Dingen beschäftigt sind als mit der Politik. Das Volk „... muß immer in

Die von Tocqueville festgestellte Konkurrenz zwischen Geschmack an der Freiheit und Liebe zur Gleichheit entpuppt sich bei genauer Untersuchung als Konkurrenz der Tätigkeitsbereiche Wirtschaft und Politik. Es geht dabei nicht um eine Konkurrenz, bei der das eine das andere ausschließt, sondern um Konkurrenz um die Vorherrschaft. Tocqueville, dem es um die Erhaltung praktischer Freiheitsrechte geht, warnt vor der Unterwerfung der Freiheit unter die Imperative ökonomischen Besitzstrebens.

Hast urteilen und sich an das Vordergründigste halten. Dies hat zur Folge, daß Schwindler aller Art sich trefflich darauf verstehen, dem Volk zu gefallen, während seine wahren Freunde darin sehr häufig scheitern<sup>13)</sup>.

Das von Tocqueville angesprochene Problem der Rekrutierung der politischen Führungsschicht ist in der Tat ein gewichtiges Dilemma demokratischer Ordnung. Einerseits sollen die politischen Repräsentanten die Interessen, Wünsche und Vorstellungen der Bürger in der Politik berücksichtigen und beachten. Wie könnte dies besser erzwungen werden als dadurch, daß das Volk seine Vertreter selbst wählt? Andererseits erfordert die sachgerechte und abgewogene Auswahl politischer Amtsinhaber einen hohen Grad von Kenntnissen der öffentlichen Angelegenheiten. Besäßen die Bürger diese Kenntnisse, wäre die Wahl von Repräsentanten eigentlich unnötig. Die Bürger wüßten dann ja selbst, was notwendig und vernünftig ist. So hat das Wählen politischer Vertreter seinen Sinn nicht in der Identität von Wählern und Gewählten, sondern im Ziel der Auswahl der Besten. Woher und wie sollen aber die weniger klugen, weniger kenntnisreichen und weniger interessierten Wähler die Maßstäbe haben, um die Klügeren und Kenntnisreicheren als ihre Vertreter auszuwählen zu können? Die Möglichkeiten, die die Demokratie Demagogen, Scharlatanen und Schwindlern bietet, stellen tatsächlich eine unübersehbare Gefahr dar. Die Antwort, die die moderne Politik mit den politischen Parteien gefunden zu haben scheint, verschiebt nur das Problem, ohne es tatsächlich zu lösen. Denn für die Auswahl von Kandidaten in den Parteien gilt entsprechend, daß weniger kundige Parteimitglieder die Kundigsten den Bürgern als Kandidaten vorschlagen sollen.

<sup>13)</sup> Tocqueville, *De la Démocratie* ... 1, S. 204 (227).

Dieses nicht endgültig lösbare Problem auch demokratischen Regierens wird durch einen sozialpsychologischen Umstand noch verstärkt. Wo die Gleichheit annähernd verwirklicht ist, beobachtet Tocqueville, wird das Streben nach ihr zum Hindernis der Wahl hervorragender Männer<sup>14</sup>). Alles, was das Volk „... in irgendeinem Bereich überragt, erscheint ihm als ein Hindernis seiner Wünsche, und es gibt keine noch so erwiesene Überlegenheit, deren Anblick sein Auge nicht belästigt“<sup>15</sup>). Der Durchschnittsbürger neigt dazu, „bedeutende Männer von der Macht fernzuhalten“<sup>16</sup>), teils aus Neid<sup>17</sup>), teils aus dem Wunsch nach Ausbau der Gleichheit und teilweise, weil er sich mit einem hervorragenden Repräsentanten nicht identifizieren kann. Objektiv hat er außerdem Schwierigkeiten, die Besten als solche zu erkennen. All dies weist darauf hin, daß der Vorzug des allgemeinen Wahlrechts ganz sicher nicht darin liegt, daß es die Gewähr für die Wahl der Besten gibt. „Das allgemeine Wahlrecht hat andere Vorteile, aber nicht diesen.“<sup>18</sup>)

Wer immer das Problem des Wählens in einer demokratischen Gesellschaft vorurteilslos analysiert, muß einräumen, daß Tocqueville eine richtige Beobachtung wiedergibt. Die demokratischen Verfahren zur Bestellung politischer Amtsinhaber sind keine quasi automatischen Garantien für die Qualität der Gewählten; und die Stimmungen und Meinungen der Wähler sind nicht immer das vernünftigste Kriterium für die Auswahl der Repräsentanten des Volkes. Was Tocqueville über die Möglichkeit sagt, daß die Wähler Irrtümern, Fehleinschätzungen oder falschen Auswahlkriterien erliegen, gilt nicht nur für die Masse des Volkes. Auch „die größten Geister“ können sich bei der Beurteilung von Personen — das schreibt er ausdrücklich — irren<sup>19</sup>).

### B. Die Tyrannei der Mehrheit

Nun kann man nicht ohne Grund einwenden, daß die Politik gar nicht so sehr überdurchschnittlicher Menschen bedarf und daß der politische Alltagsbetrieb wahrscheinlich sogar unter allzuvielen außerordentlichen Persönlichkeiten mehr leiden als davon profitieren würde. Dieser Einwand würde Tocqueville jedoch nur dann treffen, wenn man seine Aussa-

gen im Sinne einer vom Geniekult des 19. Jahrhunderts geprägten Vorstellungswelt, die ihre Vorbilder aus der italienischen Renaissance bezieht, interpretiert. Tocqueville ist weder Opfer eines wie auch immer gearteten Geniekults noch ein nostalgischer Verehrer italienischer Condottieri. Kents Commentaries zitierend, macht er deutlich, daß er Menschen mit einer strengen, nicht auf Popularität abgestellten Lebensführung und „Unnachgiebigkeit in den Grundsätzen“ meint<sup>20</sup>).

Tocqueville befürchtet ganz offensichtlich — und nicht zu Unrecht —, daß in der Demokratie ein Typus von Amtsinhaber vorherrschend wird, der seine Meinungen, Ziele und Vorstellungen den Stimmungen seiner Wähler anpaßt und sie nicht an den Prinzipien der Freiheit, des Rechts und der Verfassung entwickelt. Dies aber gefährdet die Freiheit der Bürger. Das Streben nach Sicherheit, Stabilität und Wohlstand, das das Verhalten der Mehrheit bestimmt, kann, wenn sich die Repräsentanten des Volkes dem anpassen, leicht zur Zerstörung von Freiheit und republikanischer Verfassung führen, auf jeden Fall aber einen so massiven Konformitätsdruck erzeugen, daß der Wille der Mehrheit sich in allen Fragen des kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Lebens durchsetzt. „Die Mehrheit hat in den Vereinigten Staaten also tatsächlich eine unermeßliche Macht... und steht sie einmal in einer Frage fest, gibt es sozusagen keine Hindernisse, die sie, ich sage nicht einmal aufhalten, sondern auch nur in ihrem Vormarsch verzögern könnten... Die Folgen dieser Verhältnisse sind unheilvoll und für die Zukunft gefährlich.“<sup>21</sup>)

Tocqueville prägt in diesem Zusammenhang der Möglichkeit der Unterdrückung nicht mehrheitskonformer Meinungen, Einsichten und Vorstellungen die Formulierung von der „Tyrannei der Mehrheit“. Eine der Voraussetzungen für eine solche Entwicklung ist jener Typus von Bürger, der nicht Freiheit und Gerechtigkeit als einsetzbare und vorgegebene Prinzipien kennt und zur Maxime seines Urteils macht, sondern sich nach den Meinungen und Stimmungen der Mehrheit richtet.

„Es gibt Leute, die sich nicht scheuen zu sagen, ein Volk könne in den Angelegenheiten, die es allein angehen, nicht vollkommen die Grenzen von Recht und Vernunft verlassen, und man solle sich folglich auch nicht scheuen, der Mehrheit, die es vertritt, alle Macht zu geben. Aber dies ist die Rede von Sklaven.“<sup>22</sup>)

<sup>14</sup>) Dies gilt nur für ‚normale‘ Tagespolitik. In außerordentlichen Situationen ist die Mehrheit sehr wohl geneigt, die Besten zu wählen, da diese allein die Chance vergrößern, große Gefahren für die Gesellschaft zu bewältigen. Ebd. S. 205 ff (S. 228 ff).

<sup>15</sup>) Ebd. S. 204 (227).

<sup>16</sup>) Ebd. S. 205 (228).

<sup>17</sup>) Ebd. S. 204 (227).

<sup>18</sup>) Ebd. S. 205 (228).

<sup>19</sup>) Ebd. S. 204 (227).

<sup>20</sup>) Ebd. S. 205 (228).

<sup>21</sup>) Ebd. S. 259 (286).

<sup>22</sup>) Ebd. S. 262 (289).

Tocqueville nennt diese Meinung sklavisch, nicht etwa nur irrig oder unüberlegt. Und tatsächlich handelt es sich bei dieser Meinung und der sich aus ihr ergebenden Haltung um eine Form von Unterwerfung und Selbstaufgabe, die sehr wohl sklavische Züge erkennen läßt. Warum sollte eine Mehrheit nicht irren können? Warum sollte sie nicht ungerecht, unvernünftig oder freiheitsfeindlich sein? Nur weil eine Überzeugung oder eine bestimmte Politik die einer Mehrheit ist, gewinnt sie noch keine qualitative Überlegenheit; sie ist mächtig und durchsetzbar, aber ob sie richtig, gerecht und vernünftig ist, kann nicht durch Abstimmung festgestellt werden.

Wer also die Beurteilung, Kritik und Auseinandersetzung mit Mehrheitsmeinungen von vornherein ablehnt, unterwirft sich ihnen unter Verzicht auf die Anwendung der eigenen Vernunft. Er verhält sich sklavisch.

„Was ist denn die Mehrheit im Gesamten genommen anderes als ein Einzelner, der Meinungen und meist Interessen hat, die einem anderen Einzelnen entgegenstehen, den man Minderheit nennt. Wenn man einräumt, daß ein Mann, der über Allmacht verfügt, diese gegen seine Gegner mißbrauchen kann, warum soll man dann nicht auch zugeben, daß dies auch für eine Mehrheit gilt?“<sup>23)</sup> Gleichgültig, wer sie ausübt und welche Mehrheiten hinter ihr stehen, unkontrollierte und durch keine

Tocqueville sieht Despotismus dann heraufziehen, wenn parlamentarische Mehrheiten bestrebt sind, in alles und jedes einzugreifen, um die Gleichheit durch Einheitlichkeit voranzutreiben. Was Tocqueville, europäische Fürsten kritisierend, schreibt, ist auch eine Versuchung für parlamentarische Mehrheiten. Die Fürsten schaffen als Basis für „... jene besondere Form der Tyrannei, die man den demokratischen Despotismus nennt...“ ein aus beinahe ganz gleichartigen und einander völlig gleichgestellten Individuen bestehendes Volk; diese verworrene Masse wird zwar als einzig legitimer Souverän anerkannt, aber sorgsam aller Möglichkeiten beraubt, die es ihr gestatten würden, ihre Regierung selbst zu leiten oder wenigstens zu überwachen. Über ihr steht ein einziger Bevollmächtigter, beauftragt, alles in ihrem Namen zu tun, ohne sie zu Rate zu ziehen. Um diesen zu kontrollieren, eine öffentliche Meinung ohne Organe, um sie in Schranken zu halten, Revolutionen und

Gegenkräfte im Zaum gehaltene Macht ist eine Bedrohung der Freiheit. „Sehe ich also, daß irgendeiner Macht das Recht und die Fähigkeit, alles zu tun, eingeräumt wird, ob man sie Volk oder König, Demokratie oder Aristokratie nennt, und ob man diese Macht in einer Monarchie oder in einer Republik ausübt, ich erkläre: Hier ist der Keim der Tyrannei und ich will unter anderen Gesetzen leben.“<sup>24)</sup>

Der geistige und politische Konformitätsdruck, die irrije Meinung, die Mehrheit habe nicht nur immer recht, sondern auch das Recht, alles zu bestimmen, und die fehlende Standfestigkeit von demokratischen Politikern stellen so im geistigen und politischen Leben einer Demokratie eine Gefahr für die Freiheit dar.

Tocqueville, der seine französische Erfahrung auf die Zustände der amerikanischen Republiken bezieht, sieht drohend den Despotismus als Folge eines übermächtigen Strebens nach Konformität, das die Freiheit nicht gleichzeitig erhalten will. Dieser Despotismus aber kann in Anarchie umschlagen. „Sollte jemals die Freiheit in Amerika untergehen, so wird man dafür die Allmacht der Mehrheit verantwortlich machen müssen, die die Minderheiten zur Verzweiflung trieb und sie zwang, Gewalt anzuwenden. Man wird dann Zeuge der Anarchie sein, aber sie wird als Folge des Despotismus eintreten.“<sup>25)</sup>

#### IV. Einheitlichkeit oder Gleichheit

nicht Gesetze: de iure ein untergeordneter Agent, de facto ein Herrscher.“<sup>26)</sup>

Die durch die Konzentration aller politischen Entscheidungsbefugnisse in einer Zentralgewalt angestrebte und entstehende Vereinheitlichung aber ist eine Bedrohung der Freiheit.

Einheitlichkeit und Gleichheit der Rechte bzw. Mitwirkungsmöglichkeiten sind verschiedene Dinge. Und es ist nicht diese Gleichheit, sondern die aus falsch verstandenem Streben nach Gleichheit resultierende Einheitlichkeit, die im Gegensatz zur Freiheit steht.

In dem Maße, in dem ein zentrales Regierungsorgan alles für die Bürger einheitlich regeln will, geht die Freiheit der Bürger verloren, ob es sich nun um einen Fürsten handelt oder um eine gewählte Volksvertretung, die sich als Souverän anmaßen, um der Gleichmä-

<sup>24)</sup> Ebd. S. 263 (291).

<sup>25)</sup> Ebd. S. 271 (300).

<sup>26)</sup> L'ancien Régime et la Révolution, in: oe. cpl. (ed. Mayer) Tome II, 1, S. 213, deutsch: Der alte Staat und die Revolution, München 1978, S. 163f.

<sup>23)</sup> Ebd. S. 262 (289f).

bigkeit willen die Entscheidungs- und Handlungsbereiche der Bürger einzuengen oder zu zerstören. Ein Streben nach Gleichheit, das alles gleich regeln will, führt nicht zur Gleichheit der Rechte, sondern zur Einheitlichkeit der Rechtlosen, zur Homogenität der einer

Herrschaft Unterworfenen. Dabei ist es nach Tocqueville von geringer Bedeutung, ob diese Herrschaft von einem gewählten Parlament, einem erblichen Monarchen oder einer die Zentrale kontrollierenden Aristokratie ausgeübt wird.

## V. Die Selbsterziehung der Gleichen zur Freiheit in der Demokratie

Aus den angeführten Gründen verwirft Tocqueville alle zentralistischen Ordnungsentwürfe und setzt ihnen sein am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts gewonnenes Vorbild einer nicht-zentralen, in lokale teilautonome Republiken aufgeteilten politischen Ordnung entgegen<sup>27)</sup>. Diese föderative, die Macht im ganzen Land unter den Bürgern verteilende politische Ordnung erlaubt es, die beiden Hauptprobleme einer demokratischen Verfassung, wie Tocqueville sie sieht, zu lösen: den Bürgern eine aktive politische Teilnahme zu ermöglichen und eine Demokratie zu schaffen, die diesen Namen — Herrschaft des Volkes — auch tatsächlich verdient, und zum anderen die Bürger für die verantwortliche Aufgabe der selbstbewußten Gestaltung der eigenen Angelegenheiten zu erziehen.

In den Notizen zum nicht mehr vollendeten zweiten Teil seiner Arbeit über das Ancien Régime und die Revolution kritisiert Tocqueville den vieldeutigen Gebrauch der Worte ‚Demokratie‘, ‚demokratische Institution‘ und ‚demokratische Regierung‘, der in Frankreich zur Verwirrung des Denkens beitrage. Einmal werde das Wort Demokratie gebraucht, um ein Land zu bezeichnen, das von einem absoluten Herrscher regiert werde, wenn dieser nur mit Gesetzen und mittels Institutionen regiere, die für die Lebensbedingungen des Volkes günstig seien. Zum anderen werde das Wort aber auch, seinem wahren Sinn entsprechend, zur Bezeichnung einer Regierungsform verwendet, „in der das Volk mehr oder weniger stark am Regieren teilnimmt“. Dieses Verständnis verbinde Demokratie aufs engste mit der politischen Freiheit, während eine Herrschaft, die zwar im Interesse des Volkes regiert, dieses aber von der Teilnahme ausschließt, keinesfalls mit dem Wort Demokratie bezeichnet werden dürfe<sup>28)</sup>.

Tocqueville spricht damit eines der zentralen politischen Ordnungsprobleme moderner

Volksherrschaft an. Wenn Demokratien mehr sein sollen als Akklamationsveranstaltungen der Bürger für miteinander konkurrierende Herrschaftsgruppen, müssen sie so gestaltet sein, daß dem einzelnen Bürger eine Vielzahl von Teilnahmemöglichkeiten offensteht. Neben der Chance, die Politik der Zentrale beeinflussen zu können, müssen dezentrale politische Vereinigungen, ein System von Geschworenengerichten und eine Reihe weiterer, vor allem den örtlichen Bereich betreffenden politischen Institutionen vorhanden sein. Erst dann habe der Bürger die tatsächlichen politischen Mitwirkungsrechte und Handlungsmöglichkeiten, die politische Freiheit als praktisches Handeln zur erfahrbaren Realität des täglichen Lebens machen.

Tocquevilles Kritik an der Zerstörung der lokalen Selbstregierungsrechte in Europa, die sein Werk *L'Ancien Régime* und die Revolution ebenso prägen wie das Buch über die Demokratie in Amerika, ist keine Marotte des ja selbst kommunalpolitisch tätigen<sup>29)</sup> Autors. Tocqueville ist der festen Überzeugung, daß gerade in der Demokratie die Existenz eines reichhaltigen lokalen politischen Lebens jene Art von praktischer Freiheit zum Handeln sichert, die die Freiheit mit der Gleichheit in Einklang bringt.

„Ohne gemeindliche Institutionen kann sich eine Nation zwar eine freie Regierung geben, aber den Geist der Freiheit besitzt sie nicht“<sup>30)</sup>. Dieser Geist der Freiheit nämlich wird nicht durch theoretisches Wissen oder eine abstrakte Liebe zur Menschheit in einem Volke lebendig, sondern in erster Linie durch praktische Erfahrung. Wer selbst in Gemeinschaft mit seinesgleichen praktische Probleme des überschaubaren Lebensbereiches zu regeln gelernt hat, lernt auch seine Mitbürger achten und das Recht lieben, über die eigenen Angelegenheiten selbst zu bestimmen.

<sup>27)</sup> Zum für Tocqueville paradigmatischen Charakter der Vereinigten Staaten von Amerika siehe: Hereth, a. a. O., S. 36 ff.

<sup>28)</sup> *L'Ancien Régime et la Révolution* 2 in: Alexis de Tocqueville, *Oeuvres Complètes* (ed. J. P. Mayer) Paris 1951 — Tome II, 2, p. 199.

<sup>29)</sup> Dazu: Charles H. Ponthas, A. de Tocqueville, *Représentant de la Manche*, in: Alexis de Tocqueville, *Livre du Centenaire*, Paris 1960, S. 17 ff., bes. S. 26 f. Die Dokumente über Tocquevilles lokalpolitische Aktivitäten sind leider zum größten Teil noch immer nicht zugänglich.

<sup>30)</sup> Tocqueville, *De la Démocratie* 1, S. 59 (68).

Wer als Geschworener unter der Leitung eines Richters lernt, das Recht in Streitfällen der Mitbürger anzuwenden, erfährt das Recht der Gesellschaft als seine Angelegenheit. Und wer sich in freien Vereinigungen um die Regelung öffentlicher Angelegenheiten und Interessen bemüht, erfährt durch eigene Praxis die Demokratie der gleichberechtigten Bürger als seine ureigenste Sache: Freiheit wird praktisch, Volksherrschaft wird durchschaubar und Demokratie wird zu einem das praktische Leben gestaltenden Prinzip. Die Bürger nehmen ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand als Gleichberechtigte in Freiheit; daß sie dabei — selbstverständlich — zu unterschiedlichen Lösungen kommen, verhindert Einheitlichkeit, ist aber die Folge ihrer Gleichheit, die eine Gleichheit der Teilnahme-rechte ist.

Gleichheit, d. h. die Nicht-Existenz ökonomischer, ständischer oder gar politischer Privilegien, steht somit im Denken Tocquevilles keineswegs im Gegensatz zur Freiheit. Im Gegenteil, wenn Freiheit eine praktische Angelegenheit ist, setzt sie ein bestimmtes Mindestmaß sozio-ökonomischer Unabhängigkeit voraus, muß ein Mindestmaß an sozio-ökonomischer Gleichheit angestrebt werden, wenn die Freiheit nicht ein Privileg weniger sein soll.

Vor diesem Hintergrund müssen — entgegen einer verbreiteten kulturpessimistischen Interpretation Tocquevilles, die aus ihm einen Gegner von Gleichheit und Demokratie machen will — die kritischen Bemerkungen Alexis de Tocquevilles über konkrete Auswirkungen des Strebens nach Gleichheit gesehen werden. „Ich liebe die Freiheit aus Neigung, die Gleichheit aus Instinkt und Einsicht“, schreibt er 1837 an John Stuart Mill<sup>31)</sup>, und er macht mit diesen Worten deutlich, daß Freiheit ihm das wichtigere Gut ist. Nur sollte man aus dieser Aussage kein Abwägen von Alternativen herauskonstruieren<sup>32)</sup>.

Der Demokrat aus Instinkt und Einsicht war kein Gegner der Gleichheit, wohl aber sah er

<sup>31)</sup> Oeuvres Complètes (ed. Mayer), Band VI, 1, S. 293.

<sup>32)</sup> Ein Teil der Interpretation Tocquevilles als Gegner der Demokratie geht sicher auch zu Lasten seines englischen Übersetzers H. Reeve, der Tocqueville für einen Kritiker des für unvermeidlich gehaltenen Übels Demokratie hält — siehe dazu die Einleitung von J. P. Mayer in: Oeuvres Complètes, Band VI, 1 bes. S. 10. — Tocqueville selbst schreibt 1839 seinen Übersetzer vorsichtig kritisierend: „Es schien mir, daß Sie bei der Übersetzung des letzten Buches, ohne dies zu wollen und dem Instinkt ihrer Meinungen folgend, alles was kritisch zur Demokratie gesagt ist, sehr stark hervorhoben, und daß sie alles eher gedämpft haben, was die Aristokratie ins Unrecht setzen könnte“. Brief an H. Reeve vom 15. 11. 1839, ebenda S. 48.

wegen seiner bestimmenden Liebe zur Freiheit sehr klar die Möglichkeiten einer Entartung der Demokratie zur Einheitlichkeit. Er zeichnet sie mit aller Deutlichkeit auf, nicht weil er Demokratie und Gleichheit ablehnt, sondern um rechtzeitig Gefährdungen der Freiheit bewußt zu machen. Tocqueville erweist sich damit als kritischer Freund der Demokratie<sup>33)</sup>.

Seine kritische Freundschaft zur Demokratie und zur Gleichheit lassen ihn warnend auf die Gefährdung der Freiheit in der Demokratie hinweisen. Ihm geht es um die Verfassung der Freiheit im revolutionsgeschundenen Frankreich; und so entwickelt er seine kritisch-freundschaftliche Schilderung der Gefahren der Demokratie in zweifacher pädagogischer Absicht:

1. Mit seinen Werken und Schriften will er die Gebildeten, Einsichtigen und Vernünftigen für das Unternehmen der Errichtung und Erhaltung einer demokratischen Verfassung gewinnen, in der die Freiheit bewahrt bleibt, und

2. diese Verfassung muß durch Ausgestaltung der praktischen Handlungsmöglichkeiten vor allem in der lokalen Politik die Bürger an die durch Erfahrung gewonnene Liebe zur Freiheit gewöhnen.

Tocquevilles kritische Schilderungen sind auch als pädagogische Warnungen vor möglichen Fehlentwicklungen der Demokratie zu verstehen. Am Ende seines Buches „Über die Demokratie in Amerika“ erklärt er: „Ich sehe große Gefahren, die sich bannen lassen; große Übel, die man vermeiden oder verringern kann, und ich sehe mich mehr und mehr in dem Glauben bestärkt, daß die demokratischen Nationen in Ehre und Wohlstand leben können, wenn sie es nur wollen.“

Der Versuch, Tocquevilles kritisch abwägende Stellungnahmen zu den Ordnungsproblemen der Demokratie in eine Ablehnung demokratischer Gleichheit umzuinterpretieren, wird von den Gegnern der Gleichheit auf der Suche nach Verbündeten betrieben; aber auch die Anhänger der Demokratie neigen oft dazu, kritische Freunde dem gegnerischen Lager zuzuordnen, nur weil diese die oft unreflektierte Parteinahme der Protagonisten der Gleichheit nur mit Reserve teilen. Beide Haltungen taugen nicht für überlegendes Abwägen, sie dienen oft nur dem Bedürfnis nach einem Schwarz-Weiß-Bild für den politischen Tageskampf.

<sup>33)</sup> Siehe dazu den oben zitierten Brief an Reeve vom 15. 11. 1839.

## Zur Problematik eines Systemvergleichs

Demokratie im *Systemvergleich* darzustellen ist ein ebenso altes wie schwieriges *Problem* der praktischen Politik, der Politikwissenschaft und der politischen Bildung. Demokratietheoretische Überlegungen und die Analyse eines konkreten politischen Systems unter dem Aspekt der Demokratie fordern den Vergleich geradezu heraus. Bereits die berühmte Staatsformenlehre in der „Politik“ des Aristoteles basierte auf einem umfassenden Vergleich von politischen Systemen der Antike. Und noch in der heutigen Politikwissenschaft ist „Vergleichende Regierungslehre“ eines der Standardfächer.

Die Schwierigkeiten des Demokratievergleichs in der Gegenwart resultieren nicht zuletzt aus dem inflationären Gebrauch des Begriffs „Demokratie“ in der politischen Alltagssprache. Der ursprüngliche Wortsinn — „Volksherrschaft“ — ist vollends unscharf geworden. Seine präzise Bedeutung gewann er in der Neuzeit als Antithese zu einer transzendenten Legitimation der Staatsgewalt, wie sie im Gottesgnadentum des Absolutismus ihren Höhe- und Endpunkt fand. Heute dagegen nehmen nahezu alle Staaten der Welt für sich in Anspruch, ihre jeweilige Herrschaft vom Volkswillen abzuleiten und unter Berufung auf ihn auszuüben. Die westlichen Verfassungsstaaten und die kommunistisch regierten Länder, die neuen Nationen der Dritten Welt und die herkömmlichen Militärdiktaturen Lateinamerikas — sie alle behaupten von sich, Demokratien zu sein. Der Begriff Demokratie verschluckt von daher gleichsam alle Gegensätze und Unvereinbarkeiten der Wertordnung, des Gefüges der politischen Institutionen, der Wirtschafts- und Sozialordnungen und der kulturellen Überlieferung.

Dies spricht zum einen für den Siegeszug der demokratischen Idee als Legitimationsgrundlage der politischen Herrschaft, zum anderen macht es mangels eines verbindlichen Maßstabs den Vergleich unterschiedlicher politischer Systeme schwierig, wenn nicht unmöglich. Denn der Vergleich bedarf des Maßstabs, des Kategoriengerüsts, das nicht nur eine gegenüberstellende *Beschreibung*, sondern vielmehr eine vergleichende *Bewertung* der un-

tersuchten Systeme auf ihren Demokratiegehalt hin ermöglicht. Gerade angesichts der diffusen und zutiefst kontroversen Situation des Demokratiegedankens in der Gegenwart ist die Auffindung und Anwendung eines solchen Maßstabes das entscheidende komparatistische Problem.

Dieses Problem ist relativ einfach zu lösen, wenn die vergleichende Analyse auf politische Systeme verengt wird, die sich in zugrunde liegender Wertordnung und institutioneller Ausprägung stark ähneln. So ist der *West-West-Vergleich* ein klassischer Topos der modernen Politikwissenschaft: Die Grundprinzipien der westlichen Demokratie — Geltung der Menschenrechte, freie Wahl, Mehrparteiensystem, Pluralität der gesellschaftlichen Interessen, Recht auf Opposition, parlamentarische Kontrolle der Regierung, Unabhängigkeit der Dritten Gewalt etc. — bilden dann die *Basis* des Vergleichs, die unterschiedlichen institutionellen Ausprägungen etwa im präsidentiellen System der USA und im parlamentarischen System Großbritanniens das *Vergleichsobjekt*. In Frage steht die jeweilige Ausgestaltung der genannten Prinzipien, das Mehr oder Weniger ihres Funktionierens in einer bestimmten institutionellen Form. Die Ergebnisse der Analyse lassen sich unschwer in praktisch-politische Vorschläge, etwa zur Verfassungsreform eines der verglichenen Systeme, umsetzen.

Ähnliches ist beim *Ost-Ost-Vergleich* möglich: Stellt man sich auf den Boden der marxistisch-leninistischen Prinzipien der *sozialistischen Demokratie* — Vergesellschaftung der Hauptproduktionsmittel, politische Herrschaft der Arbeiterklasse, führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, zunehmende Homogenität der sozialen Interessen und des politischen Willens, demokratische Leitung und Planung von Wirtschaft und Gesellschaft — und analysiert vergleichend z. B. UdSSR und DDR nach diesen Kriterien, so kann man ebenfalls ein Mehr oder Weniger und unterschiedliche institutionelle *Ausprägungen* feststellen. Auch hier ist eine vergleichende Bewertung und praktische Umsetzung möglich.

In beiden Beispielen ist es jedoch erforderlich, die *Immanenz* der theoretisch vorgegebenen Kategorien zu wahren. Für den *West-Ost-Vergleich*, wie er im Falle der vergleichenden

*Vorabdruck aus dem im Herbst 1980 erscheinenden Band: Eckhard Jesse (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Die beiden deutschen Staaten im Vergleich, Colloquium Verlag, Berlin.*

Analyse von Bundesrepublik Deutschland und DDR unter dem Aspekt der Demokratie angezeigt ist, läßt sich aus den geschilderten Möglichkeiten so gut wie nichts entnehmen.

Dennoch ist gerade ein solcher Vergleich auf deutschem Boden unverzichtbar: Die Realität zweier deutscher Staaten, der Wettkampf der Systeme auf deutschem Boden, die gemeinsame Geschichte, Sprache, kulturelle Überlieferung fordern ihn geradezu heraus. Beide deutschen Staaten verstehen sich als Demokratien; beide sprechen dem jeweils anderen diese Qualität ab. Es ist gerade dieses Selbstverständnis in expliziter Antithese zum jeweils anderen, das den Vergleich ebenso erschwert wie unabweisbar macht. Zu einer rationalen politischen Orientierung in Deutschland, wie sie die politische Bildungsarbeit auf allen ihren Feldern vermitteln soll, gehört zwingend die Kenntnis der politischen Systeme beider deutscher Staaten und die Fähigkeit, zu einer informierten Entscheidung über die eigene normative Präferenz im Wettkampf der Systeme zu gelangen.

Auf den ersten Blick bietet sich dabei an, die Gegensätze der beiden Systeme zu nutzen, um ex negativo die Vorteile des eigenen Systems ins Bewußtsein zu heben: Für die offizielle Meinung in der DDR etwa ist dies die einzig zulässige Methode. Die „sozialistische Demokratie“ wird permanent als die eigentliche, reale Demokratie hingestellt und gilt als historischer Fortschritt gegenüber der westlichen „bürgerlichen Demokratie“, die nur auf den Überbau beschränkt und Verhüllung der Klassenherrschaft des Großkapitals und der „Monopolbourgeoisie“ sei. Umgekehrt hat in der Bundesrepublik bis zum Einsetzen der Entspannungspolitik eine Blickrichtung dominiert, die die DDR als Ausprägung des Totalitarismus brandmarkte und demgegenüber das System der Bundesrepublik als Ausdrucksform der freiheitlichen Demokratie hervorhob.

Konsequent formuliert daher die Kultusministerkonferenz in ihrem am 23. November 1978 gefaßten Beschluß „Die deutsche Frage im Unterricht“: „Entscheidend kommt es auf den Vergleich unserer eigenen Gesellschaftsordnung mit dem System der DDR unter dem Wertmaßstab des Grundgesetzes an.“ Sicherlich ist „Wertmaßstab des Grundgesetzes“ nicht notwendig gleich „Realität der Bundesrepublik“. Gleichwohl steht bei einem solchen Verfahren die *normative vergleichende Bewertung* a priori fest: Die Bundesrepublik ist, zumindest nach ihrem Selbstverständnis, der Maßstab für Demokratie, die DDR wird an diesem (nicht: ihrem) Selbstverständnis gemessen

und verworfen. Praktischer — und legitimer — Zweck ist dabei die Werbung für die Grundlagen des eigenen Systems, der Aufruf zur bewußten Parteinahme für seine Werte und seine institutionelle Ordnung.

In Frage steht nur, ob in einer offenen pluralistischen Gesellschaft wie der unseren ein solches Verfahren seinen Zweck erreicht. Wo die Bewertung nicht *Ergebnis*, sondern *Prämisse* des Systemvergleichs ist, vermag leicht eine Glaubwürdigkeitslücke zu entstehen. Der Adressat politischer Bildung, etwa der Schüler, kann das Gefühl bekommen, ihm würden Informationen vorenthalten und Spielräume eigener Wertentscheidung unzulässig beschnitten. Ergebnis wäre dann gerade nicht eine begründete Entscheidung für die westliche Demokratie, sondern ein Unbehagen, das sich in Gleichgültigkeit, Zynismus oder Ablehnung gegenüber ihren Normen manifestieren könnte.

Der Verfasser schlägt daher eine andere Vorgehensweise vor. Es wird der Versuch unternommen, trotz des antithetischen Verhältnisses der Demokratieverständnisse beider deutschen Staaten *Kategorien der Demokratie* zu entwickeln, die auf beide gleichermaßen angewandt werden und somit als *Vergleichsmaßstab* dienen. Anhand dieser Kategorien wird die Demokratiewirklichkeit in der Bundesrepublik und der DDR analysiert und abschließend vergleichend bewertet. Die vergleichende Bewertung bemißt sich an dem Grad, in dem den in den Kategorien steckenden Funktionserfordernissen von Demokratie in der jeweiligen Realität Rechnung getragen wird. Der Vorteil dieser Verfahrensweise existiert darin, daß beide Systeme an einem *gemeinsamen, weder ihrem Selbstverständnis entnommen noch aus dem jeweils anderen System hergeleiteten* Maßstab gemessen werden. Der mögliche Einwand gegen diese Methode besteht in der etwaigen *Willkürlichkeit* und *Subjektivität* des zu entwickelnden Maßstabs. Um diesen Einwand auszuschalten, sind daher folgende Prämissen zu beachten:

— Ein Maßstab, unter dem pluralistische (westliche) wie sozialistische (östliche) Demokratie gemeinsam vergleichbar ist, muß notwendig allgemein formuliert und von institutionellen Konkretionen entlastet sein. Er sollte *Funktionserfordernisse* von Demokratie enthalten, denen in unterschiedlicher verfassungs- und verfahrensmäßiger Ausprägung entsprochen werden kann.

— Ein solcher Maßstab muß *mehrdimensional* sein: Die Reduktion des Wesensgehalts von Demokratie auf einen einzigen Faktor (wie freie Wahl mit Alternativen, größtmögliche

Partizipation oder sozioökonomische Egalität) wäre unzulässig und würde eine vergleichende Bewertung verzerren. Demokratie wird daher *komplex*, als Versuch der Optimierung verschiedener, oft spannungsreicher Funktionserfordernisse verstanden.

— Als Anwendungsbereich von Demokratie kann nicht nur die Staatswillensbildung gelten: Demokratie muß *makro- und mikropolitisch*, also auch als Prinzip zur Gestaltung gesellschaftlicher Teilbereiche begriffen werden. Damit würde den in der Bundesrepublik vorhandenen Demokratisierungsbestrebungen ebenso Rechnung getragen wie dem Anspruch der sozialistischen Demokratie in der DDR, reale Demokratie an der Basis der Gesellschaft, vor allem im Produktionsbereich, zu sein.

— Demokratie ist *dynamisch* zu verstehen. Die politischen Ordnungen von Bundesrepublik und DDR sind nicht als unverrückbare Gefüge, sondern als Etappen in einem historischen Prozeß mit unterschiedlichen Entwicklungsalternativen aufzufassen. So zeigen die vielfältigen sozialistischen Bestrebungen im Westen mögliche Veränderungen ebenso auf wie Versuche, in den kommunistisch regierten Ländern Elemente des westlichen Freiheitsverständnisses und des Pluralismus zur Geltung zu bringen (etwa ČSSR 1968). Von daher ist es möglich, normative Kategorien für Demokratie zu formulieren, die in vergleichbar entwickelten, aber unterschiedlich verfaßten Gesellschaften nicht Realität sein müssen, aber Realität werden könnten.

— Schließlich kann ein solches Kategoriengerüst der Demokratie einer *subjektiv-normativen Entscheidung* dessen, der es formuliert, nicht ausweichen. Diese subjektive Entscheidung ist bei jedem Demokratievergleich unausweichlich, auch wenn sie sich nur auf die Auswahl zwischen vorhandenen, vorgegebenen Wertorientierungen bezieht. Die intersubjektive Verbindlichkeit von Kategorien der Demokratie ist daher begrenzt. Andererseits wird die notwendige Subjektivität eingeschränkt durch die These, daß die nachfolgend genannten Kategorien in historischen wie gegenwärtigen Diskussionen um Demokratie eine wichtige Rolle spielen, und zwar sowohl in westlich-liberalen wie in sozialistischen Positionen.

Von der Fähigkeit, Demokratie als Prozeß der Verwirklichung von Wertvorstellungen zu denken, diese Wertvorstellungen explizit zu machen und auf zutiefst unterschiedliche, sich antithetisch zueinander definierende Systeme anzuwenden, hängt die Plausibilität der folgenden *Kategorien des Demokratievergleichs* ab.

### *Kategorie A:*

#### *Demokratie als Legitimation von Macht durch Machtadressaten*

Damit ist das Prinzip der Volkssouveränität umschrieben. In jeder Form der Demokratie muß als Mindestbedingung die Staatsgewalt vom Volke ausgehen. Institutionell ist dies durch formale Wahlakte, durch Formen der direkten Demokratie (z. B. Rätssystem) oder auch durch die reine Geltendmachung von Willenseinheit (nach Rousseau: „volonté générale“) denkbar. Für die DDR stellt sich speziell die Frage, ob die Grundlegitimationsquelle der Parteiherrschaft — die Rolle der Partei als Träger der wissenschaftlichen Einsicht in die Bewegungsgesetze von Gesellschaft und Geschichte — das Kriterium hinreichend erfüllt. Diese Kategorie ist notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingung von Demokratie. Sie gewinnt an Trennschärfe, wenn sie auf gesellschaftliche Subsysteme angewandt wird, in denen durchaus andere Legitimationsquellen der Macht (wie Eigentum, Sachverstand o. ä.) neben oder gegen die Quelle „Zustimmung durch die Machtadressaten“ treten.

### *Kategorie B:*

#### *Demokratie als Chance der Machtadressaten, bestellte Machträger gewaltlos abzubufen, wenn ein Dissens zwischen der Mehrheit der Machtadressaten und den Machträgern auftritt*

Stichwortartig läßt sich diese Kategorie mit dem Begriff der „Kontrolle“ treffend benennen. Sie ist die Konkretisierung von „Kategorie A“ im Konfliktfalle. Notwendig sind also institutionelle Mechanismen, die eine einmal erteilte Legitimation zur Herrschaftsausübung überprüfbar und rücknehmbar machen. In der hier verwandten Formulierung ist dies als legitimer und legaler Bestandteil eines politischen Systems, nicht als Widerstandsmöglichkeit in einer Ausnahmesituation (z. B. revolutionäre Lage, gewaltsamer Regimewechsel) zu verstehen. Eine wichtige Rolle spielt das Mehrheitsprinzip als die am wenigsten unerträgliche Form der Durchsetzung eines Teils der Gesellschaft gegen einen anderen. Für die Bundesrepublik wäre bei der Anwendung dieser Kategorie vor allem das Funktionieren des politischen Richtungswechsels durch Parlamentswahlen, aber etwa auch der Prozeß der Kandidatenaufstellung in Parteien zu analysieren. In der DDR käme es darauf an, die im System vorgesehenen Abwahlmöglichkeiten einzelner Funktionsträger (nicht: die durch das Wahlsystem nach Einheitsliste unmöglich gemachte Richtungsablösung) auf ihre demokratische Kontrollwirkung hin zu untersuchen.

### Kategorie C:

#### *Demokratie als Optimum an Partizipation der Bevölkerung an sie betreffenden Entscheidungen*

Partizipation als aktive Teilnahme wird hier als Eigenwert der Demokratie herausgestellt. Im Gegensatz zur Reduktion von Demokratie auf reine Elitenkonkurrenz wird auf eine Kombination von direktdemokratischen und repräsentativdemokratischen Elementen abgehoben. Dabei ist Optimum allerdings nicht gleich Maximum: Aktive Beteiligung der Betroffenen muß mit anderen Funktionserfordernissen (wie Freiheitswahrung für den einzelnen, Leistungsfähigkeit, übergeordnete gesellschaftliche Ziele usw.) vereinbar sein und sich gegebenenfalls durch sie begrenzen lassen. Unter dieser Kategorie wäre für die Bundesrepublik zu prüfen, welche Beteiligungsspielräume das Verbände- und Parteiensystem bietet, wie sich Bürgerinitiativen in das politische System einfügen und welche Chancen es für die Demokratisierung von gesellschaftlichen Teilbereichen wie Schulen, Hochschulen, Industriebetrieben usw. gibt. Für die DDR wäre zu fragen, wie die zweifellos hohe formale Partizipation (Partei- und Gewerkschaftsaktivitäten, Volksaussprachen, Wählerkonferenzen u. ä.) in ihrer Wirkung und in den durch sie geschaffenen Mitentscheidungsmöglichkeiten zu gewichten ist.

### Kategorie D:

#### *Demokratie als System von Institutionen, die den Postulaten Wert- und Interessenberücksichtigung einerseits, Leistungsfähigkeit andererseits gleichermaßen unterworfen sein müssen*

Hier wird zunächst verdeutlicht, daß Demokratie als eine regel- und dauerhaft funktionierende politische Ordnung, nicht als Akklamation, Stimmungsdemokratie oder ähnliches gemeint ist. Vielmehr kommt es auf das institutionalisierte Gefüge und die in ihm liegenden Spielräume entscheidend an. Gesellschaftliche Werte und Interessen sind gleichermaßen das Material der Politik: Die Möglichkeit ihrer Artikulation und Durchsetzung im Entscheidungsprozeß ist fundamental wichtig. Gleichzeitig gilt es, Bereiche demokratischer *Zielfindungsrationalität* von Bereichen leistungsorientierter *Zielverwirklichungsrationalität* abzugrenzen und damit einen realistischen Spielraum der Demokratisierbarkeit von Entscheidungen zu ermitteln. Für die Bundesrepublik wäre nach der Durchsetzungsfähigkeit gesellschaftlicher Interessen, nach dem Funktionieren des Pluralismus und der eventuellen Existenz struktureller

Ungleichheit der Machtchancen zu fragen. Für die DDR ist zu untersuchen, ob die behauptete Homogenität der gesellschaftlichen Interessen der Wirklichkeit entspricht und welche Spielräume es gegebenenfalls für die Artikulation heterogener Werte und Interessen gibt.

### Kategorie E:

#### *Demokratie als Sicherung eines Minimums an verbindlichen Grundwerten*

Hitlers Machtübernahme mit formaldemokratischer Mehrheit illustriert die Bedeutung dieser Kategorie: Demokratie ist nicht voraussetzungslos, sondern kann nur bei Sicherung bestimmter Wertentscheidungen sinnvoll praktiziert werden. Entgegen einem demokratischen *Relativismus*, der der jeweiligen Mehrheit alles, auch die Beseitigung der Demokratie, anheimstellt, besteht der hier vertretene *Normativismus* auf der Überprüfbarkeit und Revidierbarkeit auch von Mehrheitsentscheidungen, was die Sicherung demokratischer Verfahrensregeln bedingt. Solche Grundwertesicherung existiert in beiden deutschen Staaten: Art. 79 Abs. 3 des Grundgesetzes steht Art. 2 Abs. 2 der DDR-Verfassung von 1968/74 gegenüber, in dem die Verbindlichkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung fixiert wird. Kritisch zu prüfen ist in beiden Systemen sowohl der Inhalt der Festlegungen wie der Spielraum, den sie jeweils dem politischen Willensbildungsprozeß für Veränderungen und Alternativen lassen. In der Bundesrepublik ist dies etwa die Frage nach der Reichweite der abwehrbereiten Demokratie oder der gesellschaftspolitischen Offenheit des Grundgesetzes, in der DDR die Frage nach Veränderungschancen innerhalb der sozialistischen Prämissen und des Primats der Partei.

Ziel dieser Kategorien der Demokratie ist, politische Systeme, die in ihrem Selbstverständnis und in ihren Institutionen unterschiedlich sind, vergleichbar zu machen, ohne in die Gefahr der a-priori-Höherbewertung eines der beiden Systeme bzw. der reinen systemimmanenten Deskription beider Systeme zu verfallen.

Die Kategorien sind — wie die wenigen hier angedeuteten Anwendungsbeispiele zeigen — so formuliert, daß sie gegenüber beiden deutschen Staaten gleichermaßen kritische Analysen und Aussagen ermöglichen. Sie können also auch dem bei einem Systemvergleich naheliegenden Erkenntnisinteresse dienen, Schwächen des eigenen Systems aufzudecken und Perspektiven seiner Veränderung zu gewinnen.

Auf der anderen Seite erlauben sie durchaus die deutliche Herausarbeitung des gegensätzlichen Selbstverständnisses und der fundamentalen Unterschiede der politischen Ordnungen in beiden deutschen Staaten. Sie begründen weder eine Theorie der Konvergenz noch verfallen sie in das Extrem, die problematisch gewordene Totalitarismus-Theorie durch de-facto-DDR-Apologetik zu ersetzen. Es kann daher nicht als Widerlegung der Anwendbarkeit der hier genannten Kategorien auf beide deutsche Staaten akzeptiert werden, wenn sich in einer Reihe von Anwendungsfeldern (wie z. B. Parlamentarismus, Parteiensystem, Rolle der Gewerkschaften o. ä.) eine deutliche Überlegenheit an demokratischer Qualität für die Bundesrepublik zeigt. Wichtig ist lediglich, daß dies dann eben *Ergebnis*, nicht — wie bei Totalitarismus-Ansätzen — *Prämisse* des Vergleichs ist.

In vielen Bereichen wird zudem bei der Anwendung nicht ein klares Plus oder Minus, sondern eine kritisch-differenzierte Beurteilung der Demokratiewirklichkeit in beiden deutschen Staaten herauskommen. Gerade diese Differenzierung, die Möglichkeit, starres

Freund-Feind-Denken abzubauen und durch die kritische Prüfung anhand ausgewiesener normativer Kriterien zu ersetzen, ist ein Ziel des Systemvergleichs, das auch für die politische Praxis im geteilten Deutschland große Bedeutung besitzt.

#### *Literatur:*

Wolfgang Behr, Bundesrepublik Deutschland — Deutsche Demokratische Republik. Systemvergleich Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, Stuttgart u. a. 1979.

Klaus Böger/Hans Kremendahl, Bundesrepublik Deutschland — Deutsche Demokratische Republik. Vergleich der politischen Systeme, 2 Bände, Stuttgart 1979.

Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokraten, Stuttgart u. a. 1974<sup>6</sup>.

Gerhard Haney, Die Demokratie. Wahrheit, Illusionen und Verfälschungen, Frankfurt/M. 1971.

Peter Christian Ludz, Parteilite im Wandel, Köln/Opladen 1970<sup>3</sup>.

## Werner Röder: Deutscher Widerstand im Ausland. Zur Geschichte des politischen Exils 1933—1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/80, S. 3—22

Dieser Überblick ist Teil der Einleitung zu Band I des vom Institut für Zeitgeschichte, München, und von der Research Foundation for Jewish Immigration, New York, herausgegebenen *Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933*. Ein dort ebenfalls enthaltener Beitrag von Herbert A. Strauss (New York) behandelt die Verfolgungs-, Wanderungs- und Akkulturationsgeschichte der annähernd 500 000 aus dem „Großdeutschen Reich“ vertriebenen Juden: ihre Emigration setzte den „Illusionen einer dauerhaften Integration der Juden in Deutschland“ ein Ende und führte über die Rückbesinnung auf das jüdische Volkstum zu neuen Lebensformen innerhalb des ethnischen Pluralismus überseeischer Einwanderungsländer (H. A. Strauss). Die etwa 30 000 politischen Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich, Österreich und den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei verstanden sich dagegen — bei vielfältiger personeller Überschneidung und Mobilität zwischen diesen beiden Hauptgruppen der Emigration und unabhängig von Konfessionen oder Abstammung — als freier Arm der Volksoption gegen das Regime in der Heimat und als auf baldmögliche Rückkehr verpflichtete Mandatsträger demokratischer Traditionen ihrer Herkunftsländer.

Ausgehend von dem extremen Gegnerbild, das sich der Nationalsozialismus von der sozialistischen Bewegung ebenso wie vom Judentum aufgebaut hatte, beschreibt der vorliegende Beitrag die den einzelnen politischen Verfolgungsphasen entsprechenden Fluchtwellen. Er beschäftigt sich dann mit der Verteilung der Exilanten auf die Asylländer und mit der dort praktizierten, größtenteils höchst restriktiven Flüchtlingspolitik. Anschließend werden die von den Exilorganisationen als historischer Auftrag begriffenen Tätigkeiten skizziert: die Unterstützung der Widerstandsbewegungen in der Heimat und die Aufklärung der Weltöffentlichkeit durch eine „Offensive der Wahrheit“ gegen den Nationalsozialismus. Nach dem weitgehenden Abreißen der Verbindungen zu illegalen Kreisen im Innern reduzierte sich die direkte Aktivität gegen das NS-Regime auf eine durch beidseitige politische Vorbehalte stark eingegrenzte Zusammenarbeit mit den militärischen Gegnern Hitlers. Angesichts des Ausbleibens einer innerdeutschen Volkserhebung wurde ein alliierter Sieg an den Fronten schließlich auch für das Exil zur Voraussetzung einer freiheitlichen Ordnung in der Heimat. Die nichtkommunistischen Gruppen wandten sich dabei aber mehr und mehr gegen radikale Deutschlandpläne der Anti-Hitler-Koalition: die „antifaschistische“ Phase des Exils wurde von einem „demokratischen Patriotismus“ abgelöst, der bei unversöhnlicher Gegnerschaft zu Traditionen und Trägern des nationalsozialistischen Gewaltregimes Gebietsabtrennungen, Entindustrialisierung, dauernden Souveränitätsverlust und Kollektivschuldthesen ablehnte.

Als zentrale Ergebnisse der Exilerfahrungen sieht der Autor die in der Emigration entwickelten neuen Bündniskonzeptionen zur Überwindung der historischen Isolierung der Arbeiterbewegung und des Liberalismus: Nach dem Scheitern der Volksfrontexperimente von Kommunisten, linken Splittergruppen, bürgerlichen Demokraten und Teilen der Sozialdemokratie setzte sich bei den nichtkommunistischen Exilparteien die Überzeugung durch, daß politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Demokratie nur im Bündnis einer parlamentarisch orientierten und von „proletarischen“ Klassenabgrenzungen freien Arbeiterbewegung mit dem liberalen Bürgertum zu verwirklichen sein werde.

## André Jardin: Tocqueville als Parlamentarier

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/80, S. 25—33

Der große politische Denker Alexis de Tocqueville hat auch als aktiver Politiker eine bedeutende Karriere gemacht: Während der Juli-Monarchie war er Berichterstatter über Gesetzesvorlagen zu so wichtigen Gegenständen wie Abschaffung der Sklaverei, Gefängniswesen und Algerienstatut; während der Zweiten Republik arbeitete er als Mitglied des Verfassungsausschusses, als Außenminister und als Berichterstatter über den Entwurf zur Revision der Verfassung.

Tocqueville stammt aus einer Familie von Parlamentariern, die der Monarchie stets die Treue gehalten haben; er wächst in einem Milieu der heimlichen Opposition gegen das Kaiserreich Napoleons auf. Frühzeitig entwickelt er eine Neigung zur Politik und den Habitus eines politischen Menschen. In den Fraktionskämpfen der Revolution von 1830 schließt er sich Louis Philippe an. Als er 1837 erstmals für die Nationalversammlung kandidiert, unterliegt er seinem Gegenkandidaten knapp. 1839, 1842 und 1846 wird er in die Abgeordnetenkammer gewählt.

In der Außenpolitik ist die Position Tocquevilles bestimmt von den Interessen des „einzigartigen Frankreich“. Der Nachdruck, mit dem er sich zu seinem nationalistischen Standpunkt, besonders in der Algerienfrage, bekennt, ist zuweilen ein wenig befremdend. So opponiert er nicht nur aufgrund einer ausgeprägten Anglophobie gegen das Bündnis mit Eng-

land, sondern er vertritt insgesamt eine Diplomatie des Einzelgängertums, die nur durch befristete Abkommen über dieses oder jenes konkrete Problem aufgelockert wird.

Auch in innenpolitischen Fragen wird Tocqueville zum Widersacher Minister Guizots. Hauptsächlich wirft er der letzten Regierung des Bürgerkönigtums vor, daß sie den Staat zum Vorteil der Mittelschicht ausgebeutet habe. Sorgsam verfolgt er die Kompetenzüberschreitungen der Regierung und die damit einhergehende umfassende politische Wende zur Reaktion. Er folgert daraus, daß eine „sachgemäße“ Opposition sich darauf beschränken sollte, die Wiederherstellung all jener Freiheiten zu fordern, die seit 1830 abgeschafft oder eingeschränkt worden sind. Es gelte, eine Partei zu gründen, die die öffentliche Meinung und das Bürgertum dazu bringt, den liberalen Institutionen, die durch die Revolution von 1830 geschaffen worden sind, gerecht zu werden. Besonders deutlich wird der politische Standort Tocquevilles in der Frage der Freiheit des Schulwesens und der Frage der Beziehungen von Kirche und Staat.

Die Werke von Owen und der Saint-Simonisten, von Fourier und Louis Blanc sind für ihn die ersten Anzeichen eines Klassenkampfes, in dem sich das einfache Volk und das Besitzbürgertum gegenüberstehen werden. Tocqueville bleibt ein Verteidiger des Eigentums; aber geleitet von dem Wunsch, daß ein gewaltsamer Konflikt zwischen beiden Lagern vermieden werde, legt er in Grundzügen ein Programm der sozialen Solidarität vor, in dem soziale Sicherheit durch eine gleichmäßige Verteilung der Lasten angestrebt wird.

### **Michael Hereth: Die Gleichheit als Gegner der Freiheit?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/80, S. 34—41

Vor 175 Jahren, am 29. Juli 1805, wurde der große französische Liberale Alexis de Tocqueville geboren. Bis auf den heutigen Tag ist sein Werk Mißverständnissen und Fehlinterpretationen ausgesetzt. Tocqueville bemüht sich, die Freiheit des Bürgers zum Handeln auch in der egalitären Demokratie zu erhalten. Die Liebe zur Gleichheit droht zur Forderung nach Einheitlichkeit umzuschlagen, die nur durch zentralistische Regelungen erreicht werden kann. Nur eine nicht-zentralisierte Ordnung vermag dagegen, bei Erhaltung gleicher Rechte und Lebensbedingungen, die Handlungsmöglichkeiten und damit die politische Freiheit der Bürger zu sichern. Tocquevilles Warnungen vor dem Versuch, Einheitlichkeit herzustellen, wollen die Handlungsfreiheiten der gleichberechtigten Bürger in der demokratischen Republik vor dem homogenisierenden Gestaltungswillen zentraler Regierungen und Parlamente schützen. Wer Tocqueville zu einem Gegner der Gleichheit erklären will, verkennt seine berechtigten Befürchtungen.

### **Hans Kremendahl: Zur Problematik eines Systemvergleichs**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/80, S. 42—46

Der Vergleich politischer Systeme unter dem Aspekt der Demokratie ist ein klassischer Gegenstand von Politikwissenschaft und politischer Bildung. Ein sinnvoller Vergleich bedarf eines Maßstabs, der über die bloße Beschreibung hinaus die vergleichende Bewertung der untersuchten Systeme ermöglicht. Beim Vergleich Bundesrepublik Deutschland—DDR ist ein solcher Maßstab aufgrund der antithetischen Selbstverständnisse beider Systeme nicht von vornherein gegeben. Ansätze wie z. B. die Totalitarismus-Theorie, die das eine System an den Kriterien des anderen messen, erlauben keinen wirklichen Vergleich. Die in diesem Beitrag vorgeschlagenen Kategorien des Demokratievergleichs beanspruchen hingegen, auf beide deutsche Staaten anwendbar zu sein. Sie benennen Funktionserfordernisse der Demokratie, die institutionell unterschiedlich konkretisierbar sind. Die angestrebte wertende Feststellung, welches der beiden Systeme mehr Demokratie verwirklicht, ist daher Ergebnis, nicht aber Prämisse des Systemvergleichs.